

Pressecho Januar 2009

für den Vorstand: Dr. Walter Hölzel

Themen:

1.	Vorbemerkung-----	4
2.	Aus der Politik-----	5
3.	Runder Tisch-----	7
4.	Laugenversenkung-----	10
5.	Der „Vertrag“-----	11
6.	Schacht Roßleben und der Stand der Technik-----	41
7.	Werra-Gutachten-----	43
8.	Verschiedenes-----	56

Vorbemerkung

Der Dezember 2008 war ausgesprochen ruhig. Heute wissen wir, dass damals ein öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen den Bundesländern Hessen und Thüringen sowie der K+S AG vorbereitet wurde.

Interessant ist der Hinweis von Staatssekretär Baldus, der sich in der Thüringer Landeszeitung vom 31.01.2009 findet: der Runde Tisch war schon Mitte Dezember über den **öffentlich-rechtlichen Vertrag** informiert. (S. 39)

Staatssekretär Baldus meint damit offenbar die Leitung des Runden Tisches, denn die Mitglieder des Runden Tisches haben den Vertrag erst am 26.01.2009 erhalten.

Noch vor Weihnachten 2008 hat die Leitung des Runden Tisches den Entwurf eines zweiten „Infobriefs“ den Mitgliedern vorgelegt. Die **WWA** hatte dazu eine Stellungnahme geschrieben (Dezember 2008), weil zahlreiche zweifelhafte Darstellungen uns Rätsel aufgaben. Insbesondere ein von der Wissenschaftlichen Begleitung des Runden Tisches beigesteuertes Diagramm schien wissenschaftlich nicht nachvollziehbar. Erst das Interview mit Prof. Dr. Brinckmann (HNA 21.01.2009, S. 7) brachte Aufklärung: es sollte die Aussage untermauern, dass es unvermeidlich sei, die Werra bis 2015 deutlich stärker zu belasten, damit es später „besser“ werden könne.

Anfang Januar hat K+S ein Gutachten der Fa. Ecoring der Presse vorgestellt, nachdem vorher flächendeckend ganzseitige Anzeigen geschaltet worden waren. Die **WWA** hat auf das Ergebnis der Anrainerkonferenz in Bremen verwiesen, dass dieses Gutachten wissenschaftlich nicht haltbar sei (S. 52 ff.). Die Antwort von K+S darauf war stilgerecht. (S. 54).

1. Aus der Politik

Osthessen-News

KOCH zu Kali: "Arbeitsplätze und Umweltschutz gleichberechtigt" - VIDEO

11.01.09 - **HERINGEN** - "Ich möchte die Umwelt schützen, aber auch Menschen, die in dieser Umwelt leben, weil sie dort einen Arbeitsplatz haben", sagte Hessens geschäftsführender Ministerpräsident Roland Koch am heutigen Samstagmittag im Heringer Bürgerhaus. Zusammen mit der Landtagskandidatin Elisabeth Apel erklärte Koch die Haltung der Christdemokraten im Streit zwischen der Kali+Salz AG und Anrainern von Werra und Weser. Die CDU will die Arbeitsplätze im Kalibergbau in der Region Ost- und Nordhessen halten, jedoch dem Betreiber Auflagen zum Umweltschutz machen. Im Kern geht es um die umstrittene Ableitung von Kalilauge aus dem Werk Neuhoef-Ellers (Landkreis Fulda) in die Werra nahe des Werk Philippsthal-Hattorf (Landkreis Hersfeld-Rotenburg). K+S plant den Bau einer Salzpipeline. Derzeit wird der "Abfall" mit Lastwagen und Zugwaggons auf Straße und Schiene transportiert. Umweltschützer befürchten eine weitere Verschmutzung der Werra, die in Hann. Münden in die Weser mündet.

Acht Tage vor der Landtagswahl in Hessen am kommenden Sonntag sprach Koch zu den etwa 300 Kalikumpel, Gewerkschaftern, Bürgermeistern, Kommunalpolitikern und Bürgern sowie den Werksleitern von K+S aus den betreffenden Regionen, die zur Mittagszeit den Weg in das Bürgerzentrum der Werrastadt im Osten des Landkreises Hersfeld-Rotenburg gefunden hatten.

Koch kam direkt von einer Tagung des Bundesvorstandes der CDU in Erfurt.

"Wir müssen die wirtschaftlichen Interessen von K+S und die Umweltbelastung in Einklang bringen", erklärte der Landesvater. Er wolle keinen Arbeitsplatz gefährden, sagte Koch, der dem weltweit agierenden Unternehmen mit Firmensitz in Kassel auf der Gegenseite jedoch keinen Freibrief geben werde. Vertreter der Interessensgruppen und dem Unternehmen diskutieren derzeit am "Runden-Tisch-Werra" über Lösungen. Ein Vertreter der Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie forderte von Koch, dass der geplante "Staatsvertrag" der Länder Hessen und Thüringen sowie der K+S AG unterschrieben werde. "Damit bringen Sie in dem heutigen schweren Krisenzeiten eine 360 Millionen Euro starke Investition, die sowohl Umwelt, Wirtschaft und Arbeitsplätzen förderlich sind", sagte IG BCE-Bezirksleiter Friedrich Nothhelfer. "Ich bin optimistisch, dass der Vertrag unterschrieben wird und es schnell zu einer Einigung kommt", antwortete Koch.

Natürlich ließ sich Koch nicht die Chance entgehen, während seiner Stippvisite in Heringen den Wahlkampf zu forcieren. Neben der Arbeitsmarktpolitik ging Koch auf die Verkehrsprojekte auf der Straße und der Luft ein (Autobahnen in Nordhessen, Bundesstraße 87n Fulda-Meiningen und den Ausbau der Flughäfen Frankfurt am Main und Kassel-Calden) und deren möglichst schnelle Umsetzung ein. Rund 90 Minuten weilte Roland Koch in Heringen, plauderte noch mit Landrat Karl-Ernst Schmidt sowie dem CDU-Ehren-Kreisvorsitzenden Reinhold Stanitzek und lobte Elisabeth Apel als "hartnäckige umweltpolitische Sprecherin der CDU", die in Wiesbaden "von manchen gefürchtet werde". Sie Sorge dafür, dass die Kali-Problematik auch in der Landeshauptstadt weit oben auf der Tagesordnung stehe.

Kali plus Salz beschäftigt nach eigenen Angaben weltweit über 12.000 Mitarbeiter, davon in Deutschland 10.032 Männer und Frauen, die im Jahre 2008 (Januar bis September 2008) einen Umsatz von über 3,8 Milliarden Euro erwirtschaftet haben.

(Hans-Hubertus Braune) +++

Quelle: http://www.osthessen-news.de/beitrag_C.php?id=1160294

SN-online 22.01.2009

Wirtschaft

Kampf gegen Salzbelastung immer nur verschoben

Rinteln. Die gegen die steigende Salzbelastung der Weser kämpfenden Anrainerkommunen und Landkreise werden von der niedersächsischen Landesregierung nicht hinreichend unterstützt. Zu diesem Schluss kommen die Grünen nach der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Ursula Helmhold in der Landtagsitzung.

In der Debatte hatte die Landesregierung eingeräumt, dass sie keinerlei eigene Aktivitäten gegen die auch ihrer Meinung nach unerträgliche Salzbelastung durch das Abkippen von täglich 200 Lastwagen-Ladungen Salzlauge in die Werra in den letzten Monaten unternommen habe und auch die Klagen der Kommunen nicht aktiv unterstütze.

Die grüne Landtagsabgeordnete und Rintelner Ratsfrau hält das für ausgesprochen kurzfristig: „Die Folgekosten für die Weser sind sowohl für die Umwelt, Fischerei und Tourismus als auch für Landwirtschaft und Trinkwassergewinnung enorm.“ Daher müsse das Unternehmen K+S endlich deutlich stärkere Anstrengungen zur Minimierung der Salzabfälle in der Produktion unternehmen. Dazu gehöre auch eine dauerhafte Lösung für die noch Jahrhunderte bestehenden riesigen und das Grundwasser gefährdenden Salzhalde im Einzugsgebiet der Werra. Umweltverbände, Landräte, Kommunen und Wasserexperten hatten daher auch die Prüfung einer Entsorgungspipeline zur Nordsee für die auch nach Einstellung der Produktion unvermeidlichen Salzabfälle gefordert, um das Süßwassersystem Weser zu schützen.

In seiner Antwort im Plenum, schilderte Helmhold, habe Umweltminister Hans-Heinrich Sander jedoch weiterhin die Vorprüfung einer solchen Lösung strikt abgelehnt, obwohl er gleichzeitig habe einräumen müssen, dass die jetzt von K+S offengelegte Zusammensetzung der Salzlauge nicht gegen eine Vermischung mit dem Nordseewasser spräche. Helmhold will sich deshalb weiter engagieren. „Wir brauchen klare Anstrengungen von K+S, seine Salzabfälle durch Investitionen weiter zu reduzieren“. Die CDU-FDP-Landesregierung entlaste mit ihrem Nichtstun und ihrer Verweigerungshaltung das Unternehmen K+S von den Kosten einer teuren Alternativplanung zur Nordsee und schwäche damit die Alternativen zur im Genehmigungsverfahren befindlichen dauerhaften Versalzung der Weser über die geplante Kurzpipeline zur Werra.

Veröffentlicht am 22.01.2009 21:46 Uhr

Zuletzt aktualisiert am 22.01.2009 21:46 Uhr

Quelle: <http://www.sn-online.de/newsroom/wirtschaft/dezentral/wirtschaft/art5090,785398>

2. Runder Tisch

Südthüringer Zeitung

Ressort Thüringen

Erschienen am 14.01.2009 17:20

Halbzeit für Runden Tisch zum Werrasalz

Halbzeit für Runden Tisch zur Salzlauge- Entsorgung in der Werra. Die Phase der Informationssammlung sei abgeschlossen, nun gehe es in die Entscheidungsphase, teilte das Gremium mit Vertretern aus Politik,

Kassel (dpa/th)

Wirtschaft, Kommunen und Verbänden am Mittwoch in Kassel mit. Die Arbeitszeit des Runden Tisches ist auf eineinhalb Jahre angelegt. Der Runde Tisch will in den kommenden Monaten zu einer konstruktiven Lösung kommen können», sagte Leiter Hans Brinckmann. Zwei Gutachten sollen letzte Details klären. K+S ist seit Jahren in der Kritik, weil er eine 63 Kilometer lange Pipeline von einem Werk bei Fulda zur Werra bauen will.

Quelle: <http://www.stz-online.de/nachrichten/thueringen/thueringen/art2935,887896>

HNA

Hessen

Versalzene Werra, verdoppeltes Problem

Interview mit Hans Brinckmann, Leiter des runden Tisches: 'Mit drastischen, schnellen Rückgängen ist nicht zu rechnen'

Von Wolfgang Riek

kassel. Halbzeit am runden Tisch zur Werraversalzung: Gestern wurden 20 "Bausteine" ins Internet gestellt, mit denen dem belasteten Fluss zu helfen wäre - Chancen, Vor- und Nachteile sollen öffentlich diskutiert werden. Wir sprachen mit Prof. Dr. Hans Brinckmann, Kassels früherem Unipräsidenten, der das Gremium aus Behördenmitarbeitern, Vertretern von Landesregierungen und K+S, Wissenschaftlern sowie Flussanliegern leitet.

K+S hat angekündigt, 360 Mio. Euro gegen die Salzabfall-Umweltprobleme seiner Werke zu investieren. Hat der runde Tisch damit schon zur Halbzeit der geplanten anderthalb Jahre nichts mehr zu tun?

Hans Brinckmann: Von wegen - das Maßnahmenpaket von K+S geht in die richtige Richtung. Aber selbst wenn das Unternehmen wie angekündigt seine jährliche Abwasserfracht von derzeit 14 Millionen Kubikmetern halbiert, muss das der Werra nicht zwangsläufig helfen.

Wieso das - wo der Konzern doch so viel Geld für mehr Umweltschutz verspricht?

Brinckmann: Die von K+S zugesagte Vermeidung und Verwertung von sieben Millionen Kubikmetern Salzabwasser ist nur die halbe Lösung, weil zugleich Hessen die Versenkung in tiefe Gesteinsschichten über 2011 hinaus höchstens stark eingeschränkt genehmigen will. In Thüringen wird vermutlich sogar überhaupt keine Versenkung mehr möglich sein. Der Untergrund im Werraraum ist mit einer Milliarde Kubikmetern seit 1925 versenkter Salzabwässer übervoll - das kann das Grundwasser gefährden. Was nicht mehr versenkt werden darf, muss bei der Kaliproduktion vorneweg vermieden oder anderweitig entsorgt werden. Vielleicht wird es für eine Übergangszeit sogar in die Werra geleitet werden.

Zusätzlich zu dem, was den Fluss schon jetzt belastet? Der runde Tisch ist doch angetreten, die Werra zu entlasten ...

Brinckmann: Das bleibt auch unser Ziel. Aber mit drastischen, schnellen Rückgängen ist nicht zu rechnen. Selbst wenn K+S die technisch anspruchsvollen Pläne zur Abwasserreduzierung bis

2015 umsetzen kann, bleiben noch etwa sieben Millionen Kubikmeter. Also ziemlich genau jene Menge, die jetzt schon jedes Jahr über Werra und Weser zur Nordsee treibt.

Die versalzene Flüsse und die mögliche Besserung waren über Monate doch das Top-Thema des runden Tisches

Brinckmann: ... bis im Herbst plötzlich mit dem drohenden Aus für den zweiten Entsorgungsweg, die Versenkung eben, ein zweites Problem aus dem Untergrund heraufdrängte und unser Anfangsproblem verdoppelt hat. Von der dritten Umwelthypothek, den riesigen Salzhalde, ist dabei noch gar nicht die Rede: Sie sollen - zu Gunsten der Abwasserminderung - sogar noch ein bisschen schneller wachsen als bislang geplant.

Welche Rolle spielt in der Debatte die Nordsee-Pipeline?

Brinckmann: Das Abwasserrohr bleibt eine unverzichtbare Option. Man darf realistischere Weise nicht davon ausgehen, dass der Salzabwasseranfall der Werke an der Werra auf Null gedrückt werden kann. Für die unvermeidbaren Restmengen wäre die Pipeline ein Entsorgungsweg. Offen ist, ob das Rohr bis an die Nordsee reichen muss. Je nach Menge und Inhaltsstoffen wäre irgendwann auch die Einleitung irgendwo an der Weser vorstellbar, um die Belastung von Leitungsbau und -betrieb so niedrig wie möglich zu halten.

Das würde die Werra entlasten - aber die Weseranlieger klagen auch über Salz im Fluss.

Brinckmann: Wir sprechen von einer Möglichkeit. Sie könnte ins Spiel kommen an einem Punkt der Weser, wo das Salzwasser im Fluss so stark verdünnt wird, dass es ökologisch vertretbar ist. Wir lassen die Details aber genau untersuchen.

21.01.2009 |

Quelle:

http://www.hna.de/hessensolo/00_20090121205400_Versalzene_Werra_verdoppeltes_Problem.html

Freies Wort

Ressort Thüringen

Erschienen am 21.01.2009 23:33

Umwelt

Lösungen für Werra-Lauge im Internet

Kassel/Untereibach - Im Streit um die Einleitung von Salz aus der Kaliproduktion in die Werra will der Runde Tisch mögliche Lösungen des Problems zur Diskussion ins Internet stellen.

Veröffentlicht würden 20 Maßnahmen mit ihren Vor- und Nachteilen, teilte das Gremium mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Kommunen und Verbänden gestern mit. Der Rat erhofft sich eine breite Diskussion dieser Varianten. Der Kasseler Kaliriese K+S steht seit Jahren wegen der Einleitungen in der Kritik. *(red/dpa)*

Quelle: <http://www.freies-wort.de/nachrichten/thueringen/seite2thueringenfw/art2437,923163>

HNA

Hessen

Werra: Erst schlechter, bevor's besser wird

Brinckmann: Ende der Salzwasser-Versenkung verdoppelt Probleme

Kassel. Böses Erwachen an der Werra: Die Belastung des hessisch-thüringischen Grenzflusses mit Salzwässern aus der Kaliproduktion könnte für einige Jahre noch schlimmer werden, bevor langfristig Besserung in Aussicht ist.

Der Grund: Aus den K+S-Werken gehen rund sieben Millionen Kubikmeter Salzwässer jährlich in den Fluss, eine ähnlich große Menge wird in tiefe Gesteinsschichten versenkt. Diesen zweiten Entsorgungsweg will das Land Hessen Ende 2011 allenfalls noch unter verschärften Auflagen und für deutlich reduzierte Mengen genehmigen.

Aus Angst ums Grundwasser - und mit möglichen Folgen für den Fluss. Hans Brinckmann, Leiter des runden Tisches zur Werraversalzung gegenüber der HNA: "Was nicht mehr versenkt werden darf, muss bei der Kaliproduktion vorneweg vermieden oder anderweitig entsorgt werden. Vielleicht wird es für eine Übergangszeit sogar in die Werra geleitet werden."

In den Bemühungen, am runden Tisch länderübergreifend gegen die Werraversalzung anzugehen, habe sich im Herbst teilweise überraschend "das Anfangsproblem verdoppelt", sagte Brinckmann.

Logische Konsequenz für Kassels früheren Unipräsidenten: Obwohl der Kasseler K+S-Konzern angekündigt hat, mit 360 Mio. Euro bis 2015 die Salzwässer aus den Werken Wintershall, Hatdorf und Unterbreizbach stark zu reduzieren und ab 2011 die Gewässerqualität von Werra und Weser "schrittweise deutlich" zu verbessern, bleibt eine Abwasserleitung Richtung Norden "eine unverzichtbare Option".

Mit dem steigenden Salzwasserdruck auf die Werra soll sich der runde Tisch unter anderem am 28. Januar befassen. Und mit Verträgen zwischen K+S sowie den Ländern Hessen und Thüringen: Sie sollen nach HNA-Informationen die weiteren Strategien zur Lösung der Salzwasserprobleme im Werragebiet festschreiben.

Von Wolfgang Riek

22.01.2009

Quelle:

http://www.hna.de/hessensolo/00_20090122072138_Werra_Erst_schlechter_bevoraposs_besser_wird.html

3. Laugenversenkung

Freies Wort

Erschienen am 09.01.2009 00:00

Gerstungen widerspricht dem Bergamt

Gerstungen – Der Trinkwasserstreit in der Gemeinde Gerstungen (Wartburgkreis) geht auch 2009 weiter. Erst in dieser Woche hatte das Landesbergamt in Gera mitgeteilt, dass für das Trinkwasser in Gerstungen keine Gefahr durch salzhaltige Kali-Abwässer des Düngemittel-Herstellers K+S (Kassel) besteht. Das habe eine erneute Untersuchung ergeben. Die Ergebnisse sollten zugleich die Befürchtungen der Gemeinde entkräften, dass aufsteigende hoch mineralisierte Lösungen zu einer zunehmenden Versalzung des oberen Teils des Grundwasserstocks führten. Es habe sich sogar gezeigt, dass die hohe Mineralisation des Grundwassers zwischen der Bohrung im Oktober und der im Dezember 2008 insgesamt abgenommen habe, hieß es zu Begründung.

Das sieht Gerstungenens Bürgermeister Werner Hartung ganz anders: „Für uns stellt das Bohrloch selbst durchaus eine weitere Gefahr für das Grundwasser dar.“ Denn das Loch mit einer Weite von 30 Zentimetern ermögliche wie eine große Rohrleitung den Aufstieg von hoch konzentrierten Salzabwässern aus tiefen Gesteinsschichten. „Diese salzhaltigen Mischwässer breiten sich von der Bohrung aus seitlich in durchlässige Gesteinsschichten aus und verdrängen das dort vorhandene Süßwasser“, erklärt Hartung. Dass durch das Bohrloch tatsächlich aufsteigendes Grundwasser auch salzhaltiges Mischwasser transportiert, hätten Strömungsmessungen im September 2008 eindeutig nachgewiesen. „Diese Tatsachen sind auch dem Bergamt bekannt, blieben aber offenbar unberücksichtigt“, so der Bürgermeister.

Hartung forderte, dass die Bohrung „umgehend nach schnellstmöglicher, umfassender Beprobung wieder geschlossen wird, damit die Überströmungen von mit Salzabwasser verunreinigtem Tiefenwasser in höhere Stockwerke und damit eine weiter Versalzung des Grundwassers aufhört.“

Dass der Buntsandstein in der Gerstunger Mulde als Grundwasserleiter durch versenkte Kali-Abwässer verunreinigt ist, haben die am 30. Oktober 2008 amtlich genommenen Wasserproben bewiesen. Die neuerlichen Messergebnisse belegten nun ebenfalls, dass nicht nur in einer Tiefe von 480 Metern ein Salzabwasser-Einfluss zu verzeichnen sei, sondern Produktionsabwässer auch bei mindestens 180 Metern und somit im Einzugsgebiet der Trinkwasserbrunnen vorhanden seien, betonte der Gemeindechef.

Die Wiederaufnahme der Laugenversenkung in Gerstungen ist nach Aussage von Thüringens Umweltstaatssekretär Stefan Baldus ohnehin ausgeschlossen. Denn die Landesregierung hatte sich gegen die weitere Versenkung von Salzabwasser des Düngemittel-Herstellers in der Gerstunger Mulde ausgesprochen. Weitere Genehmigungen seien nach einer festgestellten Beeinträchtigung des Grundwassers nicht begründbar, so Baldus. red

Quelle: <http://www.freies-wort.de/nachrichten/thueringen/seite3thueringenfw/art2402,917891>

4. Der „Vertrag“

Osthessennews

Steht der "Runde Tisch" zur Werraversalzung vor dem "AUS"? Kritik der WWA

25.01.09 - **REGION - Während der Vorsitzende des Runden Tisches vorschlägt, die Werra noch stärker zu belasten, wird hinter den Kulissen bereits ein Vertrag mit der K+S AG vorbereitet. Dies kritisiert der Sprecher der Werra-Weser-Anrainerkonferenz (WWA), Dr. Walter Hölzel, Erster Stadtrat von Witzenhausen. Er verlangt die Umsetzung von Europarecht und kritisiert, dass man "miteinander redet und insgeheim von der Industrie Fakten geschaffen werden". Deshalb wird ein "Aus" des Runden Tisches nicht mehr ausgeschlossen.**

Nach Angaben von Dr. Hölzel will die Kali-Industrie erreichen, dass sich die Länder mit dem so genannten „Maßnahmenpaket“ abfinden, außerdem sollen die Pipeline aus dem Fuldarevier an die Werra und die Flutung von Bergwerken genehmigt werden. So viel habe die Kali-Industrie seit der Wiedervereinigung noch nie verlangt. Der Betriebsplan des Florett-Konsortiums für die Grube Roßleben in Thüringen zeige dagegen, was technisch möglich und wirtschaftlich vernünftig ist. Stand der Technik bedeutet: die Kali-Industrie kann ohne Salzlaugen und ohne Salzhalde produzieren und profitieren. Das ist der Maßstab, an dem wir uns orientieren können.

Eigentlich sollte es Aufgabe des Runden Tisches sein, die Grundlagen eines Vertrages zwischen den Ländern Thüringen und Hessen sowie der K+S AG zu erarbeiten. Der Runde Tisch konnte seine Arbeit nicht abschließen, weil ihm bislang noch kein einziges Gutachten vorliegt. Der Vertrag dagegen soll schon am 28. Januar in einer Sondersitzung dem Runden Tisch zur Kenntnis gegeben und dann zügig unterzeichnet werden. Damit wird der Runde Tisch zum zweiten Mal öffentlich vorgeführt. Der niedersächsische Minister für Umwelt und Klimaschutz, Hans-Heinrich Sander, sagte dazu in einer parlamentarischen Anfrage des Abgeordneten Ronald Schminke (SPD) am 16.01.2009: „Ich muss Ihnen sagen: Wir kennen den Vertrag nicht. Wir haben aber darauf hingewiesen, dass, wenn das eintreten sollte, der Runde Tisch sofort überflüssig wäre. Dann bräuchten wir über nichts mehr zu reden. Es wäre ganz schlimm: Erst setzt man einen Runde Tisch ein, und dann schließen Landesregierungen irgendwelche Verträge.“

Die WWA vermutet, dass der Vertrag für die K+S AG „altes Recht“ schaffen soll, um so den Vollzug des Europarechts zu umgehen. Die Äußerung des niedersächsischen Umweltministers deutet darauf hin, dass die anderen Bundesländer mit diesem Vorgehen nicht einverstanden sein könnten. Auch die Reaktion der EU-Kommission auf ein solches Husarenstück darf man mit Spannung erwarten.

Der Vorsitzende des Runden Tisches setzt unbeirrt auf ein „Maßnahmenpaket“, das die K+S AG im Oktober des letzten Jahres veröffentlicht hatte. Für Prof. Brinckmann ist es „ein Schritt in die richtige Richtung“. Tatsächlich ist dieses Konzept nicht mehr als eine „Mogelpackung in Geschenkpapier“. Es war schon zwei Tage nach seiner Veröffentlichung gescheitert, weil einzelne Verfahren nicht mehr genehmigt werden können. Die K+S AG hat noch nicht einmal plausibel gemacht, dass mit ihrem Vorschlag die angebotenen Grenzwerte auch nur annähernd zu erreichen sind. Dem Gewässerschutz dient lediglich ein kleiner Teil der für das „Maßnahmenpaket“ angeblich vorgesehenen 360 Mio. Euro, der Rest wird für Energiesparmaßnahmen und für die Flutung von Bergwerken aufgewandt.

Die Vertragspartner müssen sich deshalb beeilen, weil das „Maßnahmenpaket“ bei Anwendung des Europäischen Rechts nicht genehmigungsfähig ist. Bei der jetzt beginnenden öffentlichen Beteiligung an der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie können auch verbesserte Aufbereitungsverfahren der Kali-Industrie zur Sprache kommen – siehe Roßleben. Das hatte man am

Runden Tisch mit Rücksicht auf die K+S AG verhindern können. Für eine Übergangsfrist könnte durchaus eine höhere Belastung des Flussgebiets hingenommen werden, um Betriebsstilllegungen im Werrarevier zu vermeiden. Grundlage einer solchen Vereinbarung kann aber nicht das unzulängliche „Maßnahmenpaket“. Die K+S AG muss sich vielmehr am Stand der Technik orientieren. Voraussetzung für einen Kompromiss ist daher die konsequente Umsetzung des Europarechts bis zum Jahre 2015.

Konkret heißt das:

- Die Laugenverpressung muss sofort und vollständig eingestellt werden.
- Die K+S AG muss sofort Betriebsanlagen beantragen und bauen, die dem Stand der Technik entsprechen.

Spätestens bis zum Jahre 2015 kann die Einleitung von Salzlaugen in die Werra eingestellt werden.

- Die K+S AG muss sofort mit dem Abtragen der Salzhalden beginnen und dies durch Bildung von Rücklagen sicherstellen.

- Die Landesregierungen müssen dafür Sorge tragen, dass die K+S AG nicht vorzeitig den Kalibergbau in

Deutschland einstellt und die Standorte verlässt, bevor sie ihre Verträge erfüllt hat. +++

Quelle: http://www.osthessen-news.de/beitrag_A.php?id=1160995

HNA

Hessen

Werra-Weser-Anrainerkonferenz: "Runder Tisch nicht mehr nötig"

Walter Hölzel, Chef der Konferenz, im Interview: Wir wurden mit Vertrag überfahren

Kassel / Göttingen. Niedersachsens Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP), den Hann. Mündener Landtagsabgeordneten Ronald Schminke (SPD) und die Werra-Weser-Anrainerkonferenz eint Misstrauen.

Auch die Bürgerinitiative "Rettet die Werra" und der Landesfischereiverband Hessen fragen sich: Macht der bis Montag geheime Vertrag, den die Länder Hessen und Thüringen mit dem Kasseler Düngerkonzern ausgehandelt haben, mit weit gehenden Absprachen am runden Tisch vorbei dessen Arbeit sinnlos? Wir sprachen mit Walter Hölzel, dem Vorsitzenden der Werra-Weser-Anrainerkonferenz.

Am Mittwoch soll am runden Tisch der Vertrag zwischen Hessen und Thüringen sowie K+S diskutiert werden. Details waren bis gestern geheim - das hat auch die Werra-Weser-Anrainerkonferenz alarmiert ...

Walter Hölzel: Der runde Tisch scheint nicht mehr nötig zu sein. Seine Arbeit sollte ja erst die Grundlage eines Vertrages zwischen K+S und den Ländern Hessen und Thüringen schaffen - bis Sommer 2009.

Warum dann die Eile?

Hölzel: Das wird man morgen sagen können - falls der runde Tisch den vollständigen Vertrag zu sehen bekommt. Wir vermuten aber, dass jetzt möglichst schnell Dinge festgeschrieben werden sollen, die später juristisch und politisch nicht mehr durchzusetzen wären. Das europäische Recht verlangt nämlich, dass alle Anrainer von Werra und Weser beteiligt und berücksichtigt werden - nicht nur Hessen, Thüringen und die K+S AG. Auch andere Länder, Kommunen und Wirtschaftsbetriebe haben das Recht, von und mit dem Fluss zu leben.

Andererseits haben sich die Probleme dadurch verschärft, dass ein Ende der Salzabwasser-Versenkung in Sicht ist. K+S muss die Hälfte seiner Abwässer anders loswerden ...

Hölzel: Was möglich ist, zeigt die Kaligrube Roßleben in Nordthüringen. Die soll wieder aufgemacht werden. Neben K+S hat sich dafür ein Konsortium unter Führung des israelischen ICL-

Konzerns beworben. Dessen Betriebsplan für Roßleben zeigt, was technisch möglich und wirtschaftlich vernünftig ist. Stand der Technik bedeutet: Die Kali-Industrie kann ohne Salzlaugen und ohne Salzhalden produzieren und profitieren. Das ist der Maßstab, an dem wir uns orientieren können. Der runde Tisch hat diese Diskussion nicht führen wollen - jetzt gibt es für ihn nichts mehr zu tun.

Noch tagt er aber. Und dort dürfte auch ein HNA-Interview von Hans Brinckmann, dem Leiter des runden Tisches, für Diskussionen sorgen. Er hat angedeutet, dass statt schneller Besserung für Werra und Weser die Salzabwassereinleitung vielleicht sogar erhöht werden muss - eine Zeit lang, weil die Versenkung ausläuft.

Hölzel: Das könnte für eine Übergangsfrist akzeptiert werden, um Betriebsstilllegungen im Werrarevier zu vermeiden. Aber nicht auf der Grundlage des 360-Millionen-Euro-Pakets, das K+S ab 2015 angeboten hat. Dieses Konzept berücksichtigt nur einen Teil der Abwässer, aber nicht die Aufbereitungsverfahren. Im Gegenzug muss vielmehr der Stand der Technik umgesetzt werden - wie in Roßleben.

Was fordern Sie für die Werra-Weser-Anrainerkonferenz?

Hölzel: Vor allem anderen: Die Laugenversenkung muss sofort und vollständig eingestellt werden. K+S muss die nötigen Betriebsanlagen beantragen und bauen, die dem Stand der Technik entsprechen, damit baldmöglichst, spätestens bis 2015 die Einleitung von Salzlaugen in die Werra eingestellt werden kann. Dazu müssen auch Salzhalden abgetragen werden.

Von Wolfgang Riek

26.01.2009 |

Quelle:

http://www.hna.de/hessenstart/00_20090126190401_Werra_Weser_Anrainerkonferenz_quotRunder_Tisch.html

Südthüringer Zeitung

Ressort Thüringen

Erschienen am 27.01.2009 00:00

Kalibergbau

Laugenstreit vor plötzlichem Ende?

Unbekannter Vertragsentwurf sorgt für Aufregung/ Kritik an K+S-Maßnahmepaket

Von stz-Korrespondent Georg Grünewald

Erfurt/Kassel – Neue Betriebsamkeit und neuer Zündstoff in der Debatte um den Kalibergbau an der Werra und den damit verbundenen Umweltproblemen: Heute will Thüringens Umweltschaatssekretär Stefan Baldus zur Pressekonferenz laden, morgen wird der runde Tisch zu einer Sondersitzung zusammenkommen. Es geht um die Vorstellung eines Vertrages, den Thüringen und Hessen mit dem Düngemittelhersteller K+S schließen wollen. Und der sorgt für heftige Kritik, noch bevor Details aus dem Inhalt öffentlich sind. Dass „insgeheim Fakten geschaffen“ werden und der runde Tisch vor dem Aus stehen könnte, noch bevor das erste Gutachten vorliegt, warnt Dr. Walter Hölzel, der Vorsitzende der Werra-Weser-Anrainerkonferenz. K+S wolle erreichen, dass sich die Länder mit dem von K+S angekündigten Maßnahmepaket abfinden, befürchtet er. Der runde Tisch werde zum zweiten Mal öffentlich vorgeführt.

Eigentlich sollte der Vertrag erst am Ende der Arbeit des runden Tisches stehen, räumt dessen Pressesprecher, Dr. Christoph Ewen, auch ein. Aber es gebe eine neue Situation. In dem Vertrag, so hätten es Ländervertreter geäußert, gehe es deshalb auch nur um prozessuale Dinge, wann was vorzulegen sei.

Bei K+S klang das gestern allerdings wesentlich verbindlicher. Zwar will sich Unternehmenssprecher Ulrich Göbel vor der Präsentation am runden Tisch nicht zu den Inhalten des Vertrages äußern. Aber laut Göbel handle es sich um den Vertrag, der von den Landtagen in Hessen

und Thüringen gefordert worden ist. Und da ging es um die Zukunft des Kalibergbaus und die dazu notwendigen Umweltmaßnahmen, um die Versalzung der Werra zu vermindern.

Brisant wäre ein Vertragsabschluss zum jetzigen Zeitpunkt vor allem auch, weil das Maßnahmenpaket im Umfang von 360 Millionen Euro, das K+S Ende Oktober vorgelegt hat, höchst strittig ist und selbst vom Thüringer Umweltministerium nur als „Schritt in die richtige Richtung“ bezeichnet wurde. Auch Runde-Tisch-Sprecher Ewen betont gestern gegenüber der stz, vieles im Maßnahmenpaket sei zu unkonkret und es reiche nicht aus, um die gesetzten Ziele zu erreichen.

Für die Anrainerkonferenz ist es gar eine „Mogelpackung im Geschenkpapier“. Zum einen gehe es vor allem um Maßnahmen, die sich wirtschaftlich rechneten und damit mehr Investitionen seien, zum anderen sei das Paket schon zwei Tagen nach seiner Veröffentlichung gescheitert, weil einzelne Verfahren nicht mehr genehmigt werden können. Hölzel spielt auf die „neue Situation“ an, von der auch Ewen spricht. Die neue Situation: Die weitere Verpressung im Plattendolomit ist angesichts von Grundwassergefährdung und indirekter Werrabelastung nicht nur in Gerstungen mehr als fraglich, sondern auch in Hessen. Die Rechnung der Kritiker: Wenn K+S bis 2015 die anfallenden Salzlaugen von 14 auf 7 Millionen Kubikmeter reduziere, aber gleichzeitig die jährlich rund 7 Millionen Kubikmeter Salzlauge in Hessen nicht mehr verpresst werden können, bliebe für die Werra alles beim alten. Die Salzbelastung wäre so groß wie zuvor, obwohl der genehmigte Grenzwert nur bis 2012 gilt und anschließend gesenkt werden soll – wie die Landtage beschlossen haben. Schlimmer noch: Bis 2015, wenn das Maßnahmenpaket voll greift, würde sogar mehr Salzwasser anfallen, dessen Entsorgung in den Sternen steht. Möglicherweise könnte für einen Übergangszeitraum sogar mehr Lauge in die Werra eingeleitet werden, deutete deshalb der Vorsitzende des runden Tisches, Professor Hans Brinckmann, jüngst in der hessischen Zeitung HNA an. „Müsste eingeleitet werden, wenn die Kaliproduktion nicht eingeschränkt werden soll“, erläutert Pressesprecher Ewen und warnt davor, seinen Chef falsch zu verstehen. Gewollt sei das nicht vom runden Tisch. Im Gegenteil: „Es würde unseren Zielen entgegenreifen.“

Die Anrainerkonferenz hat darüber hinaus noch eine andere Vermutung für die plötzliche Eile in Sachen Kali-Vertrag: K+S wolle mit dem Vertrag altes Recht schaffen, und damit die Vorgaben der EU umgehen. Denn bei der öffentlichen Beteiligung an der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie könnten auch verbesserte technische Verfahren zur Sprache kommen, erläutert Hölzel. Soll heißen: Für die Kaliproduktion an der Werra könnte der Stand der Technik verlangt werden. Und der ermöglicht nach Überzeugung Hölzels weit mehr als die Reduzierung der Abwässer von 14 auf 7 Millionen Kubikmeter.

Die Werra-Anrainer verweisen auf Roßleben. Dort soll der frühere Kalibergbau wiederbelebt werden. Und zwar ohne Salzlaugen und ohne Salzhalden. So sehe es zumindest der Betriebsplan des Florett-Konsortiums um den Kaliproduzenten Israel Chemicals und der Sondershäuser Bergwerkbeteiligungsgesellschaft GSES vor, die sich neben K+S um den Kaliabbau in Roßleben beworben haben. Die GSES-Geschäftsführung hat das der stz bestätigt. Statt Laugen einzuleiten, sei vorgesehen, die Produktionsrückstände zu einer Masse, die man sich wie eine Art Fließbeton vorstellen könnte, zu verarbeiten und damit die Gruben zu verfüllen.

Göbel will die Argumente Hölzels aber nicht gelten lassen: „Den Stand der Technik“ für alle Salze gebe es nicht, betont er. Der Kalibergbau in Roßleben sei nicht mit dem an der Werra vergleichbar und außerdem sei dieses Konzept im Detail nicht veröffentlicht worden.

Quelle: <http://www.stz-online.de/nachrichten/thueringen/seite2thueringenstz/art2478,892445>

Financial Times Deutschland

Streit um Kali-Vereinbarung Hessen-Thüringen mit K+S - 'Mogelpackung'

ERFURT/KASSEL/HANNOVER (dpa-AFX) - Eine Vereinbarung zwischen Thüringen, Hessen und dem Düngemittel-Konzern K+S soll dafür sorgen, dass die Umweltbelastung durch den Kali-Bergbau zurückgefahren wird. Das Unternehmen verpflichtete sich zu einer nachhaltigen Verringerung der Belastung des Werra-Reviere mit Salz-Abwässern, die bei der Kali-Produktion anfallen, sagte Thüringens Umweltstaatssekretär Stefan Baldus am Dienstag in Erfurt. In einem Zwischenschritt wird es einen Laugenverbund zwischen den Werken in Thüringen und Hessen geben.

Die Vereinbarung, die laut hessischem Umweltministerium bisher noch den Status eines Entwurfs hat, sorgte für heftige Kritik nicht nur von SPD, Die Linke und Grünen in Thüringen, sondern auch vom niedersächsischen Umweltminister Hans-Heinrich Sander (CDU).

In Thüringen schloss Baldus eine Wiederaufnahme der umstrittenen unterirdischen Versenkung von Kali-Lauge aus. Die Abwässer aus dem Thüringer Kali-Werk Unterbreizbach, die jahrelang in Südthüringen versenkt wurden, sollen über den Laugenverbund in Hessen entsorgt werden. Auch dort ist die Versenkung der Lauge, die örtlich zu einer Trinkwassergefährdung führte, heftig umstritten. Langfristig soll es keine Versenkungen mehr im Werra-Raum geben, sagte Baldus. Ziel bleibe, durch technische Neuerungen eine Entlastung des Flusses zu erreichen.

SANDER SCHRIEB BESCHWERDEBRIEFE

Niedersachsens Umweltminister Sander reagierte mit Beschwerdebriefen an seine Amtskollegen. Die Vereinbarung lege eine Strategie fest, ohne die Hauptbetroffenen zu beteiligen. Sie stelle einen Eingriff in die Interessen Niedersachsens dar, erklärte Sander. Es werde außerdem nicht genug zur Reduzierung der Rückstände aus der Kali-Produktion unternommen. Wegen der hohen Salzfracht in der Werra war ein Runder Tisch eingerichtet worden, an dem die Anrainerländer von Werra und Weser beteiligt sind. Das Gremium soll eine Strategie erarbeiten, wie die Umweltbelastungen der Kali-Produktion verringert werden können.

Baldus bestätigte, dass die Vereinbarung die Zusage von K+S aufnimmt, bis zum Jahr 2015 die Menge der Salzabwässer auf sieben Millionen Kubikmeter pro Jahr zu halbieren. Dafür sollen bis zu 360 Millionen Euro investiert werden. Geregelt würden nur zeitliche Abläufe bei der Umsetzung des Programms, keine Genehmigungsverfahren und Grenzwerte.

K+S MIT GESAMTKONZEPT BIS ENDE OKTOBER

K+S verpflichtete sich, bis Ende Oktober 2009 ein Gesamtkonzept vorzulegen, das auf Erkenntnissen des Runden Tisches aufbaue, teilte das Unternehmen mit. Laut Baldus und hessischem Umweltministerium soll der Entwurf der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung dem Runden Tisch vorgelegt werden. Erst dann will die hessische Regierung darüber beschließen. Das Thüringer Kabinett hat den Entwurf nur zur Kenntnis genommen. Eines Beschlusses bedürfe es nicht.

Kritiker bezeichneten die Regelung als Mogelpackung. Der Umweltpolitiker der Thüringer Landtagsfraktion Die Linke, Tilo Kummer, sieht die Forderungen der Parlamente nicht umgesetzt. Die Vereinbarung sei eine "schöne Verpackung" dafür, dass der Härte-Grad für die in die Werra eingeleitete Salzlauge für drei Jahre festgeschrieben werde. Eigentlich sollte er 2009 gesenkt werden, sagte er. Die SPD-Abgeordnete Dagmar Becker warf der Politik vor, vor dem DAX-Unternehmen K+S einzuknicken. Die Vereinbarung sei eine Farce, weil damit die Umweltprobleme mit der Kali-Produktion nicht gelöst würden. Es würden Fakten geschaffen, die die Arbeit des Runden Tisches in Frage stellen, kritisierten die Grünen.

Die Notwendigkeit einer Nordsee-Pipeline für die nach 2015 noch verbliebenen Salzlauge müssen nach Angaben von Baldus weitere Untersuchungen des Runden Tisches ergeben. Er kündigte an, dass Thüringen seine Genehmigungsverfahren umstellen wird und Zielwerte dem technisch Machbaren zur Verringerung der Abwässer anpasst.

dpa, 27.01.2009

2009 Financial Times Deutschland

Quelle: <http://www.ftd.de/unternehmen/industrie/:Streit-um-Kali-Vereinbarung-Hessen-Th%FCringen-mit-K-S-Mogelpackung/466659.html>

**Vereinbarung soll Belastung der Werra verringern Dienstag, 27. Januar 2009 -
von Redaktion NordhessenNews****SPD, GRÜNE und Umweltschützer kritisieren Vertrag**

Erfurt (*ddp-hes*). Die Salzlauge-Belastung der Werra soll durch eine neue Vereinbarung zwischen dem Kasseler Düngemittelhersteller K+S und den Ländern Hessen und Thüringen eingedämmt werden. Kernstück des Rahmenvertrags ist die Zusage des Konzerns, durch ein Investitionsprogramm die flüssigen Rückstände aus der Kaliproduktion bis zum Jahr 2015 schrittweise auf sieben Millionen Kubikmeter zu halbieren, teilte Umweltstaatssekretär Stephan Baldus heute in Erfurt mit. Neue Grenzwerte für die Belastung der Abwässer würden aber erst in einem Genehmigungsverfahren festgelegt.

Baldus versicherte, mit dem Vertrag werde eine «drastische Verbesserung» der Umweltsituation erzielt. Zugleich würden dem Unternehmen Investitions- und Produktionssicherheit gegeben. Baldus sprach von einer «Gleichrangigkeit ökologischer, ökonomischer und sozialer Ziele».

Laut Baldus sieht die Vereinbarung vor, dass die unterirdische Versenkung von Kali-Lauge im thüringischen Gerstungen nicht wieder aufgenommen wird. Bis 2015 müsse daher das K+S-Werk in Unterbreizbach durch technische Neuerungen umweltgerecht umgerüstet werden. In einer Übergangszeit werde besonders belastete Lauge nach Hessen geleitet.

Der Vertrag wurde an den Umweltausschuss des Thüringer Landtags weitergeleitet. Am Mittwoch solle der Runde Tisch «Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion» darüber beraten. Erst dann solle das Papier von Vertretern der Regierungen und des Unternehmens unterschrieben werden.

Regelungen zum Härtegrenzwert und zum Chloridgehalt der Abwässer wurden zunächst nicht getroffen. Dies stieß auf breite Kritik.

Grünen-Landessprecher Frank Augsten sagte, die Landesregierungen von Thüringen und Hessen seien vollkommen vor dem Unternehmen «eingeknickt». Einerseits solle der bestehende Härtegrenzwert weiter gelten, im Gegenzug dazu verpflichtete sich K+S zu nichts.

SPD-Umweltpolitikerin Dagmar Becker bezeichnete die Vereinbarung als «Farce». Keines der vielen mit der Kaliproduktion einhergehenden Probleme werde dauerhaft gelöst, so Becker. Und der Vorsitzende des BUND Thüringen, K+S bekomme einen «Persilschein» für die weitere Versalzung der Werra. Die Länder hätten sich über den Tisch ziehen lassen.

Quelle: <http://www.nh24.de/content/view/18408/9/>

Südthüringer Zeitung

Erschienen im Ressort Thüringen am 27.01.2009 00:00

**Unbekannter Vertragsentwurf sorgt für Aufregung/ Kritik an K+S-Maßnahmepaket
Laugenstreit vor plötzlichem Ende?**

Erfurt/Kassel Neue Betriebsamkeit und neuer Zündstoff in der Debatte um den Kalibergbau an der Werra und den damit verbundenen Umweltproblemen: Heute will Thüringens Umweltstaatssekretär Stefan Baldus zur Pressekonferenz laden, morgen wird der runde Tisch zu einer Sondersitzung zusammenkommen. Es geht um die Vorstellung eines Vertrages, den Thüringen und Hessen mit dem Düngemittelhersteller K+S schließen wollen. Und der sorgt für heftige Kritik, noch bevor Details aus dem Inhalt öffentlich sind. Dass insgeheim Fakten geschaffen werden und der runde Tisch vor dem Aus stehen könnte, noch bevor das erste Gutachten vorliegt, warnt Dr. Walter Hölzel, der Vorsitzende der Werra-Weser-Anrainerkonferenz. K+S wolle erreichen, dass sich die Länder mit dem von K+S angekündigten Maßnahmepaket abfinden, befürchtet er. Der runde Tisch werde zum zweiten Mal öffentlich vorgeführt.

Eigentlich sollte der Vertrag erst am Ende der Arbeit des runden Tisches stehen, räumt dessen Pressesprecher, Dr. Christoph Ewen, auch ein. Aber es gebe eine neue Situation. In dem Vertrag, so hätten es Ländervertreter geäußert, gehe es deshalb auch nur um prozessuale Dinge, wann was vorzulegen sei.

Bei K+S klang das gestern allerdings wesentlich verbindlicher. Zwar will sich Unternehmenssprecher Ulrich Göbel vor der Präsentation am runden Tisch nicht zu den Inhalten des Vertra-

ges äußern. Aber laut Göbel handle es sich um den Vertrag, der von den Landtagen in Hessen und Thüringen gefordert worden ist. Und da ging es um die Zukunft des Kalibergbaus und die dazu notwendigen Umweltmaßnahmen, um die Versalzung der Werra zu vermindern.

Brisant wäre ein Vertragsabschluss zum jetzigen Zeitpunkt vor allem auch, weil das Maßnahmenpaket im Umfang von 360 Millionen Euro, das K+S Ende Oktober vorgelegt hat, höchst strittig ist und selbst vom Thüringer Umweltministerium nur als Schritt in die richtige Richtung bezeichnet wurde. Auch Runde-Tisch-Sprecher Ewen betont gestern gegenüber der stz, vieles im Maßnahmenpaket sei zu unkonkret und es reiche nicht aus, um die gesetzten Ziele zu erreichen.

Für die Anrainerkonferenz ist es gar eine Mogelpackung im Geschenkpapier. Zum einen gehe es vor allem um Maßnahmen, die sich wirtschaftlich rechneten und damit mehr Investitionen seien, zum anderen sei das Paket schon zwei Tagen nach seiner Veröffentlichung gescheitert, weil einzelne Verfahren nicht mehr genehmigt werden können. Hölzel spielt auf die neue Situation an, von der auch Ewen spricht. Die neue Situation: Die weitere Verpressung im Plattendolomit ist angesichts von Grundwassergefährdung und indirekter Werrabelastung nicht nur in Gerstungen mehr als fraglich, sondern auch in Hessen. Die Rechnung der Kritiker: Wenn K+S bis 2015 die anfallenden Salzlaugen von 14 auf 7 Millionen Kubikmeter reduziere, aber gleichzeitig die jährlich rund 7 Millionen Kubikmeter Salzlauge in Hessen nicht mehr verpresst werden können, bliebe für die Werra alles beim alten. Die Salzbelastung wäre sogaß wie zuvor, obwohl der genehmigte Grenzwert nur bis 2012 gilt und anschließend gesenkt werden soll wie die Landtage beschlossen haben. Schlimmer noch: Bis 2015, wenn das Maßnahmenpaket voll greift, würde sogar mehr Salzwasser anfallen, dessen Entsorgung in den Sternen steht. Möglicherweise könnte für einen Übergangszeitraum sogar mehr Lauge in die Werra eingeleitet werden, deutete deshalb der Vorsitzende des runden Tisches, Professor Hans Brinckmann, jüngst in der hessischen Zeitung HNA an.

Müsste eingeleitet werden, wenn die Kaliproduktion nicht eingeschränkt werden soll, erläutert Pressesprecher Ewen und warnt davor, seinen Chef falsch zu verstehen. Gewollt sei das nicht vom runden Tisch. Im Gegenteil: Es würde unseren Zielen entgegenlaufen.

Die Anrainerkonferenz hat darüber hinaus noch eine andere Vermutung für die plötzliche Eile in Sachen Kali-Vertrag: K+S wolle mit dem Vertrag altes Recht schaffen, und damit die Vorgaben der EU umgehen. Denn bei der öffentlichen Beteiligung an der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie könnten auch verbesserte technische Verfahren zur Sprache kommen, erläutert Hölzel. Soll heißen: Für die Kaliproduktion an der Werra könnte der Stand der Technik verlangt werden. Und der ermöglicht nach Überzeugung Hölzels weit mehr als die Reduzierung der Abwässer von 14 auf 7 Millionen Kubikmeter.

Die Werra-Anrainer verweisen auf Roßleben. Dort soll der frühere Kalibergbau wiederbelebt werden. Und zwar ohne Salzlaugen und ohne Salzhalde. So sehe es zumindest der Betriebsplan des Florett-Konsortiums um den Kaliproduzenten Israel Chemicals und der Sondershäuser Bergwerkbeteiligungsgesellschaft GSES vor, die sich neben K+S um den Kaliabbau in Roßleben beworben haben. Die GSES-Geschäftsführung hat das der stz bestätigt. Statt Laugen einzuleiten, sei vorgesehen, die Produktionsrückstände zu einer Masse, die man sich wie eine Art Flüssigbeton vorstellen könnte, zu verarbeiten und damit die Gruben zu verfüllen.

Göbel will die Argumente Hölzels aber nicht gelten lassen: Den Stand der Technik für alle Salze gebe es nicht, betont er. Der Kalibergbau in Roßleben sei nicht mit dem an der Werra vergleichbar und außerdem sei dieses Konzept im Detail nicht veröffentlicht worden.

Von stz-Korrespondent Georg Grünewald

Südthüringer Zeitung

Erschienen im Ressort Klartext am 28.01.2009 00:00

Die Werra muss es ausbaden

Wir haben uns wieder lieb! Das ist die knappste Formel, auf die man den Inhalt der Vereinbarung zwischen Hessen, Thüringen und dem Düngemittelhersteller K+S bringen kann. Da ist man sich einig, die wird zur Kenntnis genommen, da wird geprüft und beabsichtigt. Harmonie pur, konkrete festgezurte Maßnahmen kaum. Außer: Dass der Härtegrenzwert für die Werra um drei Jahre verlängert werden soll.

Auch wenn selbst das nur als Ziel formuliert ist. Dafür verspricht K+S, umweltengagiert wie das Unternehmen nun mal ist, endlich zum Musterknaben in Sachen Umweltschutz zu werden. Und die Länder, dass sie eifrig genehmigen wollen, was zu genehmigen ist. Na prima! Alles wie gehabt. Die folgenden Fragen sind mit gesundem Menschenverstand allerdings kaum zu beantworten: Was haben drei Jahre intensive Diskussion um die Werraversalzung gebracht, wenn jetzt der 2009 auslaufende Grenzwert um drei Jahre verlängert werden soll? Wieso richtet man einen runden Tisch ein, der Gutachten vergibt und Alternativen prüfen soll, um dann einen Vertrag zu schließen, bevor die Gutachten und Endergebnisse vorliegen? Wieso schließt man jetzt einen Vertrag, mit dem man K+S als Hausaufgabe aufgibt, bis Ende Mai eine Gesamtstrategie vorzulegen, statt noch vier Monate zu warten, bis die Gesamtstrategie steht und man entscheiden kann, ob sie taugt? Warum schließt man einen Vertrag, der keinerlei konkrete Maßnahmen beschreibt, wie man die Laugenabwässer über das unzureichende Investitionsprogramm von K+S hinaus reduzieren kann? Wo in der Woche zuvor der Leiter des runden Tisches noch darauf hingewiesen hat, dass die Belastung der Werra zwischenzeitlich noch steigen könnte, wenn nicht mehr passiert. Diese Fragen machen einem das Vertragswerk mehr als suspekt. Wer will da wirklich daran glauben, dass die Umweltprobleme jetzt schnellstmöglich gelöst werden? Die Antwort auf die Fragen kann nur lauten: Wir wollen uns wieder liebhaben und uns nicht weiter um die optimale Entsorgung streiten oder Grenzwertvereinbarungen gar nachfolgenden Landesregierungen überlassen. Ärgerlich nur, dass die Werra nicht am Verhandlungstisch saß. Sie wird es wohl wieder mal ausbaden müssen.

Von Georg Grünewald

Ad-hoc-news

Vereinbarung soll Belastung der Werra verringern

Erfurt (ddp-hes) **Die Salzlauge-Belastung der Werra soll durch eine neue Vereinbarung zwischen dem Kasseler Düngemittelhersteller K+S und den Ländern Hessen und Thüringen eingedämmt werden.**

Erfurt (ddp-hes). Die Salzlauge-Belastung der Werra soll durch eine neue Vereinbarung zwischen dem Kasseler Düngemittelhersteller K+S und den Ländern Hessen und Thüringen eingedämmt werden. Kernstück des Rahmenvertrags ist die Zusage des Konzerns, durch ein Investitionsprogramm die flüssigen Rückstände aus der Kaliproduktion bis zum Jahr 2015 schrittweise auf sieben Millionen Kubikmeter zu halbieren, teilte Umweltstaatssekretär Stephan Baldus am Dienstag in Erfurt mit. Neue Grenzwerte für die Belastung der Abwässer würden aber erst in einem Genehmigungsverfahren festgelegt.

Baldus versicherte, mit dem Vertrag werde eine «drastische Verbesserung» der Umweltsituation erzielt. Zugleich würden dem Unternehmen Investitions- und Produktionssicherheit gegeben.

Baldus sprach von einer «Gleichrangigkeit ökologischer, ökonomischer und sozialer Ziele».

Laut Baldus sieht die Vereinbarung vor, dass die unterirdische Versenkung von Kali-Lauge im thüringischen Gerstungen nicht wieder aufgenommen wird. Bis 2015 müsse daher das K+S-Werk in Unterbreizbach durch technische Neuerungen umweltgerecht umgerüstet werden. In einer Übergangszeit werde besonders belastete Lauge nach Hessen geleitet.

Der Vertrag wurde an den Umweltausschuss des Thüringer Landtags weitergeleitet. Am Mittwoch solle der Runde Tisch «Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion» darüber bera-

ten. Erst dann solle das Papier von Vertretern der Regierungen und des Unternehmens unterschrieben werden.

Regelungen zum Härtegrenzwert und zum Chloridgehalt der Abwässer wurden zunächst nicht getroffen. Dies stieß auf breite Kritik. Grünen-Landessprecher Frank Augsten sagte, die Landesregierungen von Thüringen und Hessen seien vollkommen vor dem Unternehmen «eingeknickt». Einerseits solle der bestehende Härtegrenzwert weiter gelten, im Gegenzug dazu verpflichtete sich K+S zu nichts.

SPD-Umweltpolitikerin Dagmar Becker bezeichnete die Vereinbarung als «Farce». Keines der vielen mit der Kaliproduktion einhergehenden Probleme werde dauerhaft gelöst, so Becker. Und der Vorsitzende des BUND Thüringen, K+S bekomme einen «Persilschein» für die weitere Verzalzung der Werra. Die Länder hätten sich über den Tisch ziehen lassen.

ddp/erd/muc

Quelle: <http://www.ad-hoc-news.de/uebersicht-details-reaktionen-vereinbarung-soll--/de/Wirtschaft-Boerse/Marktberichte/20008108>

ROUNDUP: Streit um Kali-Vereinbarung Hessen-Thüringen mit K+S - 'Mogelpackung'

ERFURT/KASSEL/HANNOVER (dpa-AFX) - Eine Vereinbarung zwischen Thüringen, Hessen und dem Düngemittel-Konzern K+S soll dafür sorgen, dass die Umweltbelastung durch den Kali-Bergbau zurückgefahren wird. Das Unternehmen verpflichtete sich zu einer nachhaltigen Verringerung der Belastung des Werra-Reviere mit Salz-Abwässern, die bei der Kali-Produktion anfallen, sagte Thüringens Umweltstaatssekretär Stefan Baldus am Dienstag in Erfurt. In einem Zwischenschritt wird es einen Laugenverbund zwischen den Werken in Thüringen und Hessen geben.

ERFURT/KASSEL/HANNOVER (dpa-AFX) - Eine Vereinbarung zwischen Thüringen, Hessen und dem Düngemittel-Konzern K+S soll dafür sorgen, dass die Umweltbelastung durch den Kali-Bergbau zurückgefahren wird. Das Unternehmen verpflichtete sich zu einer nachhaltigen Verringerung der Belastung des Werra-Reviere mit Salz-Abwässern, die bei der Kali-Produktion anfallen, sagte Thüringens Umweltstaatssekretär Stefan Baldus am Dienstag in Erfurt. In einem Zwischenschritt wird es einen Laugenverbund zwischen den Werken in Thüringen und Hessen geben.

Die Vereinbarung, die laut hessischem Umweltministerium bisher noch den Status eines Entwurfs hat, sorgte für heftige Kritik nicht nur von SPD, Die Linke und Grünen in Thüringen, sondern auch vom niedersächsischen Umweltminister Hans-Heinrich Sander (CDU).

In Thüringen schloss Baldus eine Wiederaufnahme der umstrittenen unterirdischen Versenkung von Kali-Lauge aus. Die Abwässer aus dem Thüringer Kali-Werk Unterbreizbach, die jahrelang in Südthüringen versenkt wurden, sollen über den Laugenverbund in Hessen entsorgt werden. Auch dort ist die Versenkung der Lauge, die örtlich zu einer Trinkwassergefährdung führte, heftig umstritten. Langfristig soll es keine Versenkungen mehr im Werra-Raum geben, sagte Baldus. Ziel bleibe, durch technische Neuerungen eine Entlastung des Flusses zu erreichen.

SANDER SCHRIEB BESCHWERDEBRIEFE

Niedersachsens Umweltminister Sander reagierte mit Beschwerdebriefen an seine Amtskollegen. Die Vereinbarung lege eine Strategie fest, ohne die Hauptbetroffenen zu beteiligen. Sie stelle einen Eingriff in die Interessen Niedersachsens dar, erklärte Sander. Es werde außerdem nicht genug zur Reduzierung der Rückstände aus der Kali-Produktion unternommen. Wegen der hohen Salzfracht in der Werra war ein Runder Tisch eingerichtet worden, an dem die Anrainerländer von Werra und Weser beteiligt sind. Das Gremium soll eine Strategie erarbeiten, wie die Umweltbelastungen der Kali-Produktion verringert werden können.

Baldus bestätigte, dass die Vereinbarung die Zusage von K+S aufnimmt, bis zum Jahr 2015 die Menge der Salzabwässer auf sieben Millionen Kubikmeter pro Jahr zu halbieren. Dafür sollen bis zu 360 Millionen Euro investiert werden. Geregelt würden nur zeitliche Abläufe bei der Umsetzung des Programms, keine Genehmigungsverfahren und Grenzwerte.

K+S MIT GESAMTKONZEPT BIS ENDE OKTOBER

K+S verpflichtete sich, bis Ende Oktober 2009 ein Gesamtkonzept vorzulegen, das auf Erkenntnissen des Runden Tisches aufbaue, teilte das Unternehmen mit. Laut Baldus und hessischem Umweltministerium soll der Entwurf der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung dem Runden Tisch vorgelegt werden. Erst dann will die hessische Regierung darüber beschließen. Das Thüringer Kabinett hat den Entwurf nur zur Kenntnis genommen. Eines Beschlusses bedürfe es nicht. Kritiker bezeichneten die Regelung als Mogelpackung. Der Umweltpolitiker der Thüringer Landtagsfraktion Die Linke, Tilo Kummer, sieht die Forderungen der Parlamente nicht umgesetzt. Die Vereinbarung sei eine "schöne Verpackung" dafür, dass der Härte-Grad für die in die Werra eingeleitete Salzlauge für drei Jahre festgeschrieben werde. Eigentlich sollte er 2009 gesenkt werden, sagte er. Die SPD-Abgeordnete Dagmar Becker warf der Politik vor, vor dem DAX-Unternehmen K+S einzuknicken. Die Vereinbarung sei eine Farce, weil damit die Umweltprobleme mit der Kali-Produktion nicht gelöst würden. Es würden Fakten geschaffen, die die Arbeit des Runden Tisches in Frage stellen, kritisierten die Grünen.

Die Notwendigkeit einer Nordsee-Pipeline für die nach 2015 noch verbliebenen Salzlauge müssen nach Angaben von Baldus weitere Untersuchungen des Runden Tisches ergeben. Er kündigte an, dass Thüringen seine Genehmigungsverfahren umstellen wird und Zielwerte dem technisch Machbaren zur Verringerung der Abwässer anpasst.

Url zum Artikel: <http://www.ad-hoc-news.de/roundup-streit-um-kali-vereinbarung-hessen-thueringen--/de/Unternehmensnachrichten/20008206>

Quelle: <http://www.ad-hoc-news.de/roundup-streit-um-kali-vereinbarung-hessen-thueringen--/de/Unternehmensnachrichten/20008206>

HR-online

Werraversalzung**Streit um Kali-Vereinbarung**

Kaliabbau im Werk Werra bei Philippsthal (Kreis Hersfeld-Rotenburg).

Hessen, Thüringen und der K+S-Konzern haben sich auf eine Vereinbarung zur Verbesserung des Umweltschutzes an der Werra geeinigt. Der Runde Tisch zum Gewässerschutz fühlt sich übergangen. Umweltschützer sprechen von einer Mogelpackung.

Das Thüringer Kabinett billigte am Dienstag als erster Partner den Vertrag zur Entsorgung der Abwässer aus dem Kalibergbau. Thüringen, Hessen und der Düngemittelhersteller K+S hatten vereinbart, dass die Kaliproduktion an der Werra gesichert werden soll. Dabei soll gleichzeitig auf einen schonenden Umgang mit der Natur geachtet werden, wie das thüringische Umweltministerium mitteilte.

In den Vertrag wurde das bekannte Maßnahmenpaket von K+S aufgenommen, mit dem das Unternehmen bis 2015 die Abwässerproduktion aus der Kaliproduktion halbieren will. Gleichzeitig wurde festgelegt, dass K+S weitere Schritte ergreifen muss, um die Belastung der Werra zu reduzieren. Der Vertrag soll am Mittwoch dem Runden Tisch vorgelegt werden.

Umweltorganisationen protestieren

Mitglieder des Runden Tisch zum Gewässerschutz Werra/Weser kritisieren das Vorgehen der Landesregierungen und des Unternehmens K+S. Sie fühlen sich von der Vereinbarung übergangen. Auch Umweltorganisationen kritisierten den frühen Kabinettsbeschluss. "Ich bin skeptisch, was die aktuelle Entwicklung angeht", sagte NABU-Sprecher Mark Harthun gegenüber hr-online. Der BUND erklärte, der Vertragsentwurf sei eine "glatte Mogelpackung". Er verpflichte K+S nicht zu konkreten Maßnahmen oder zu einer verbindlichen Reduzierung der Salzbelastung.

Niedersachsens Umweltminister Heinrich Hans-Heinrich Sander (CDU) reagierte mit Beschwerdebriefen an seine Amtskollegen. Die Vereinbarung lege eine Strategie fest, ohne die Hauptbetroffenen zu beteiligen. Sie stelle einen Eingriff in die Interessen Niedersachsens dar, sagte

Sander. Die Thüringer SPD-Landtagsabgeordnete Dagmar Becker warf der Politik vor, vor dem DAX-Konzern K+S einzuknicken.

Runder Tisch soll Konflikt entschärfen

Der Runde Tisch wurde Mitte März 2008 gebildet, um den Konflikt um den Kaliabbau zu entschärfen. Das Gremium geht auf Beschlüsse der Landtage von Hessen und Thüringen zurück und soll Lösungen für die Salzlaugenentsorgung finden.

Runder Tisch

Teilnehmer des Runden Tisches sind Vertreter der Umweltministerien von Bund und fünf Bundesländern, zahlreiche Landkreise und Kommunen, mehrere Gewerkschaften, die Umweltverbände BUND und NABU sowie der Düngemittelhersteller K+S (Kali + Salz), der dafür zwei Millionen Euro zur Verfügung gestellt hat. Der Runde Tisch besitzt zwar keinerlei Entscheidungsgewalt. Von seinen Beschlüssen wird aber dennoch ein großer Einfluss auf die Genehmigung des Bauantrags erwartet.

Quelle: <http://www.hr-onli->

[ne.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp;jsessionid=CBAB424ED5B280EB3EC819AAC7BB3A47?rubrik=36086&key=standard_document_36254304](http://www.hr-onli-ne.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp;jsessionid=CBAB424ED5B280EB3EC819AAC7BB3A47?rubrik=36086&key=standard_document_36254304)

Freies Wort

Ressort Thüringen

Erschienen am 28.01.2009 00:00

Umwelt

Scharfe Kritik an neuem Kali-Vertrag

Opposition bemängelt große Zugeständnisse an K+S bei Werraversalzung

Erfurt – Mit scharfer Kritik haben Opposition und Umweltverbände auf eine Vereinbarung zu Umweltbelastungen durch den Kalibergbau reagiert. Die Thüringer Linkspartei sprach von einem „verheerenden Entgegenkommen“ der Landesregierung gegenüber dem Kasseler Düngemittelkonzern K+S. Die SPD nannte den Vertrag, den Thüringen, Hessen und das Unternehmen schließen, eine „Farce“. Dagegen lobte ihn das Erfurter Umweltministerium als einen „Einstieg in die deutliche Verbesserung der Gewässerökologie der Werra“.

Die Vereinbarung bezieht sich auf ein bereits vor Monaten von K+S vorgestelltes Investitionsprogramm in Höhe von 360 Millionen Euro. Damit soll die Menge der Salzlauge, die bei der Kaliproduktion als Abfall anfällt, bis 2015 auf sieben Millionen Kubikmeter halbiert werden. Als Gegenleistung wird dem Unternehmen nun zugestanden, „den geltenden Härtegrenzwert für die Einleitung in die Werra bis 2012 beizubehalten“. Der Härtegrad, der für eine massive Belastung des hessisch-thüringischen Grenzflusses Werra sorgt, gilt nach Angaben von Oppositionspolitikern bisher nur bis 2009.

„Damit beraubt sich die Politik eines Druckmittels gegen den Konzern“, kritisierte die SPD-Umweltpolitikerin Dagmar Becker. „Das ist eine Freibrief für K+S, die Werra im gleichen Umfang wie bisher auch in den nächsten drei Jahren zu belasten“, klagte der Umweltpolitiker Tilo Kummer (Die Linke). Der Umweltverband BUND sprach von einer „glatten Mogelpackung“. Nach Auffassung des Landesvorsitzenden Burkhard Vogel „haben sich die Länder von dem Unternehmen über den Tisch ziehen lassen“.

Der Vertrag enthält keinerlei verbindliche Festlegung, wie und bis wann der Fluss – entsprechend der EU-Vorgaben – wieder seinen natürlichen Zustand erreicht. K+S soll bis Ende Mai eine „Gesamtstrategie“ vorlegen.

Die hessische Landesregierung muss der Vereinbarung, die Thüringen gestern bereits gebilligt hat, noch zustimmen. ek

Quelle: <http://www.freies-wort.de/nachrichten/thueringen/seite2thueringenfw/art2437,925771>

Recyclingmagazin

28.01.2009 | UNTERNEHMEN

K+S AG entsorgt Abwässer aus dem Werra-Kalirevier

Die Länder Thüringen und Hessen haben mit der K+S AG eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung geschlossen. Ziel ist die Verbesserung der Umweltsituation und die Lösung der Entsorgerprobleme im Werra-Kalirevier, erklärte Thüringens Staatssekretär im Umweltministerium, Stefan Baldus.

Schon 2007 hatten der hessische und der Thüringer Landtag die Firma K+S aufgefordert, mit den jeweiligen Landesregierungen einen öffentlich-rechtlichen Vertrag abzuschließen. In dem Vertrag sollte sich das Unternehmen gegenüber den Ländern zu einer nachhaltigen Verringerung der Belastung des Werra-Reviere mit Salzabwässern aus der Kaliproduktion erklären. Diese Verhandlungen sind nun abgeschlossen.

Inhaltlich nimmt die geplante Vereinbarung die Zusage der K+S auf, mit einem Investitionsprogramm in Höhe von bis zu 360 Millionen Euro die flüssigen Rückstände aus der Kaliproduktion bis 2015 schrittweise auf 7 Millionen Kubikmeter pro Jahr zu halbieren. Das Unternehmen verpflichtet sich, zur Umsetzung dieser Zusage eine Gesamtstrategie zu erarbeiten und dieses mit einem integrierten Maßnahmenkonzept zu unterstützen.

Die Vereinbarung verlange von dem Unternehmen, zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, um in dem Zeitraum bis 2015 die Belastung des Werra-Reviere mit Salzabwässern zu verringern. Dies ist notwendig, da die Versenkräume in Hessen voraussichtlich mittelfristig nicht mehr zur Verfügung stünden und in Thüringen keine Möglichkeit für eine unterirdische Speicherung von Kalibwässern bestehe, teilte das Thüringer Ministerium mit. In den Verhandlungen sei es gelungen, auch Thüringer Länderinteressen einzubringen und umzusetzen.

Derzeit laufe die politische Abstimmung der Vereinbarung in Hessen und Thüringen. Nach der Einbeziehung des Runden Tisches „Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion“ ist die Unterzeichnung durch die Vertreter der zuständigen Umweltressorts von Hessen und Thüringen sowie vom K+S-Vorstand vorgesehen.

Quelle: http://www.recyclingmagazin.de/rm/news_detail.asp?ID=10440&NS=1 (

Südthüringer Zeitung

Ressort Klartext

Erschienen am 28.01.2009 00:00

KLARTEXT

Die Werra muss es ausbaden

Von Georg Grünewald

Wir haben uns wieder lieb! Das ist die knappste Formel, auf die man den Inhalt der Vereinbarung zwischen Hessen, Thüringen und dem Düngemittelhersteller K+S bringen kann. Da ist man sich einig, die wird zur Kenntnis genommen, da wird geprüft und beabsichtigt. Harmonie pur, konkrete festgezurrte Maßnahmen kaum. Außer: Dass der Härtegrenzwert für die Werra um drei Jahre verlängert werden soll. Auch wenn selbst das nur als „Ziel“ formuliert ist. Dafür verspricht K+S, umweltengagiert wie das Unternehmen nun mal ist, endlich zum Musterknaben in Sachen Umweltschutz zu werden. Und die Länder, dass sie eifrig genehmigen wollen, was zu genehmigen ist. Na prima! Alles wie gehabt. Die folgenden Fragen sind mit gesundem Men-

schenverstand allerdings kaum zu beantworten: Was haben drei Jahre intensive Diskussion um die Werraversalzung gebracht, wenn jetzt der 2009 auslaufende Grenzwert um drei Jahre verlängert werden soll? Wieso richtet man einen runden Tisch ein, der Gutachten vergibt und Alternativen prüfen soll, um dann einen Vertrag zu schließen, bevor die Gutachten und Endergebnisse vorliegen? Wieso schließt man jetzt einen Vertrag, mit dem man K+S als Hausaufgabe aufgibt, bis Ende Mai eine Gesamtstrategie vorzulegen, statt noch vier Monate zu warten, bis die Gesamtstrategie steht und man entscheiden kann, ob sie taugt? Warum schließt man einen Vertrag, der keinerlei konkrete Maßnahmen beschreibt, wie man die Laugenabwässer über das unzureichende Investitionsprogramm von K+S hinaus reduzieren kann? Wo in der Woche zuvor der Leiter des runden Tisches noch darauf hingewiesen hat, dass die Belastung der Werra zwischenzeitlich noch steigen könnte, wenn nicht mehr passiert. Diese Fragen machen einem das Vertragswerk mehr als suspekt. Wer will da wirklich daran glauben, dass die Umweltprobleme jetzt schnellstmöglich gelöst werden? Die Antwort auf die Fragen kann nur lauten: Wir wollen uns wieder liebhaben – und uns nicht weiter um die optimale Entsorgung streiten oder Grenzwertvereinbarungen gar nachfolgenden Landesregierungen überlassen. Ärgerlich nur, dass die Werra nicht am Verhandlungstisch saß. Sie wird es wohl wieder mal ausbaden müssen.

Quelle: <http://www.stz-online.de/nachrichten/kommentar/seite1stz/art2442,892948>

Göttinger Tageblatt 28.01.2009

**Salzstreit: Niedersachsen und runder Tisch ausgebootet
Neue Pläne zur versalzten Werra sorgen für einen massiven Krach zwischen Niedersachsen und den Nachbarländern. Thüringen und Hessen haben mit dem Kasseler Unternehmen Kali + Salz einen Vertrag über künftige Salzeinleitungen in die Werra ausgehandelt – ohne Beteiligung Niedersachsens.**

Über die Salzeinleitung aus der Kaliproduktion in die Werra gibt es neuen Streit. Niedersachsens Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) protestierte gestern gegen einen Vertrag zwischen Hessen und Thüringen sowie dem Düngemittelhersteller K+S. Er fühle sich übergangen so Sander in Beschwerdebriefen an seine Amtskollegen. Der Vertragsentwurf der „Oberlieger“ wolle eine Strategie festlegen, ohne die Hauptbetroffenen zu beteiligen. Es werde nicht genug zur Reduzierung der Rückstände aus der Kaliproduktion unternommen. Sander: „Die Vereinbarung mit einer Laufzeit von 30 Jahren verstößt in dieser Form gegen niedersächsische Interessen und wird daher von mir abgelehnt.“

Auch die Teilnehmer des im Einvernehmen mit K+S eingerichteten runden Tisches, der im Herbst eine Gesamtstrategie zur Reduzierung der Versalzung von Werra und Weser vorlegen soll, sind vergrätzt. Sie teile die Kritik Niedersachsens, sagte die Vertreterin des Niedersächsischen Landkreistages, die Göttinger Kreisumweltdezernentin Christel Wemheuer. Der runde Tisch befasste sich gestern während einer Sondersitzung mit der neuen Lage.

K+S teilte am Dienstag mit, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit den Landesregierungen Hessen und Thüringen solle in Kürze unterzeichnet werden. Es bestehe Einvernehmen, dass die mit der Produktion verbundenen Umweltbelastungen weiter reduziert werden sollen. Das thüringische Kabinett stimmte bereits zu, die hessische Landesregierung will noch eine Stellungnahme des runden Tisches abwarten. Der geltende Grenzwert von 2,5 Gramm Salz je Liter Wasser in der Werra soll auf 1,7 Gramm reduziert werden. Der Bau einer Salzpipeline zur Werra wird weiter verfolgt. Gegen die bestehende Genehmigung hatten Kommunen, darunter der Landkreis Göttingen, bereits Klage eingereicht.

Der Hann. Mündener SPD-Landtagsabgeordnete Ronald Schminke (SPD) forderte Sander auf, gegen die geplante Vereinbarung zu klagen. „Es steht zu befürchten, dass alle Beteiligten in einer beispiellosen Hauruck-Aktion über den runden Tisch gezogen werden.“ Die EU-Wasserrahmenrichtlinie würde dauerhaft ausgehebelt. Offenbar müsse alles fürchterlich schnell gehen, weil man höllisch Angst vor einer öffentlichen Diskussion habe, bei der deutlich werde, dass die Kali-Industrie auch ohne Abwässer auskomme.

Runder Tisch

Auf Initiative der Länder Hessen und Thüringen und des Unternehmens K+S konstituierte sich im März 2008 der runde Tisch Werra/Weser. Es geht um rund acht Millionen Kubikmeter Salzlauge, die bislang in die Werra geleitet werden sowie um weitere sechs Millionen Kubikmeter, da die Verpressung in tiefe geologische Schichten beendet werden muss. Am runden Tisch sitzen Verbände sowie Werra- und Weser-Anrainer: www.runder-tisch-werra.de.

Veröffentlicht am 28.01.2009 19:07 Uhr

Zuletzt aktualisiert am 28.01.2009 19:07 Uhr

Quelle: <http://www.goettinger-tageblatt.de/newsroom/regional/dezentral/goettingenregio/art4264,790934>

Vertragsentwurf mit Kali+Salz ist Blankoscheck für größtmögliche Profite

"Das ist ohne jede Not ein Blankoscheck für die Kali+Salz AG, weiterzumachen wie bisher und keine Anstrengungen zur Entlastung der versalzten Werra zu unternehmen", kritisiert die Landtagsabgeordnete Margaretha Hölldobler-Heumüller den Entwurf für eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung, den die hessischen und thüringischen Landesregierungen mit K + S über einen Gesamtrahmen für eine angeblich nachhaltige Kaliproduktion in Hessen und Thüringen treffen wollen.

Die Eile, mit der in dieser Woche der Vertrag übers Knie gebrochen werden soll, lässt vermuten, dass hier die EU-Wasserrahmenrichtlinie aus dem Jahre 2000 umgangen werden soll. Deren Ziele sollen bis 2015 umgesetzt sein. Der Vertragsentwurf gebe der K + S große Spielräume und ignoriere einen gemeinsamen Antrag aller hessischen Landtagsfraktionen vom 2.07.2007. Der Landtag lehnt darin eine Fortschreibung des am Pegel Gerstungen noch bis zum Jahr 2012 geltenden Grenzwertes von 2.500 mg Chlorid bzw des bis zum Jahr 2009 geltenden Grenzwertes von 90 Grad dH ab. Im Vertrag dagegen sei jetzt vorgesehen, den in diesem Jahr auslaufenden Grenzwert von 90 Grad deutscher Härte am Pegel Gerstungen mindestens bis zum Jahr 2012 beizubehalten.

Offenbar sollten mit diesem Vertrag Tatsachen geschaffen werden, ehe die Wasserrahmenrichtlinie in Kraft trete. "Weder der Runde Tisch noch die Parlamente der betroffenen Länder wurden an der Vertragsgestaltung beteiligt, obwohl vom hessischen Landtag mit dem Antrag vom Juli 2007 die Initiative ausging. "Statt offen nach einer gemeinsamen Lösung der Salzproblematik zu suchen, wird weiter hinter verschlossenen Türen gemauschelt und Menschen, Politik und Umweltverbände vor vollendete Tatsachen gestellt", beanstandet die Grünen. Es sei entlarvend, dass die CDU-geführten Landesregierungen in Hessen und Thüringen diese Vorgehensweise wählen, gäben sie doch vor auch an einer dauerhaften Reduzierung der Salzeinleitungen interessiert zu sein.

Offenbar habe der Runde Tisch, der für Verhandlungen mit allen Beteiligten ins Leben gerufen worden war, nur eine Alibifunktion. Während K + S im Dezember verkündet habe, im thüringischen Rossleben ohne das an anderen Standorten für Ärger sorgende salzhaltige Produktionsabwasser auszukommen, halte die Firma eine solche Produktionsweise in Neuhoof anscheinend nicht für wichtig und beharre weiter darauf, Salzabwässer zu produzieren und diese in der Werra zu entsorgen. K + S geht in Neuhoof freiwillig keinen Schritt in Richtung Umweltschutz, obwohl sie die Technik hat. Im Oktober wurde angekündigt, dass 3,7 Mio Euro in neue Produktionsanlagen für Düngemittel investiert werden sollen.

Selbstverständlich ist es wichtig, den Standort Neuhoof zu erhalten. Aber jedes Unternehmen hat auch eine gesellschaftliche Verantwortung sowie eine Verantwortung natürlich auch für den Umweltschutz, gerade wenn es um so langfristige Folgen geht wie bei K + S, sagt Margaretha Hölldobler-Heumüller und fordert die regionalen Landtagsabgeordneten auf, die Unterzeichnung des Vertrages zu verhindern und dafür zu sorgen, dass die Landesregierung die Europäische Umweltpolitik und den Runden Tisch ernst nehme. K + S müsse seine Betriebsanlagen in Neuhoof auf den neuesten Stand der Entwicklung bringen, wie sie es in Rossleben auch tue, so die Grüne abschließend. +++

Quelle: <http://www.fuldainfo.de/cms1/index.php?area=1&p=news&newsid=5849>

HNA

Hessen

Kalivertrag: **Böse Briefe und Rätselraten**

Abkommen von Hessen, Thüringen und K+S am runden Tisch zur Werraversalzung - Fragen und Antworten

Der Zoff um den Vertrag zwischen Hessen, Thüringen sowie K+S geht weiter. Am Mittwoch trat in Kassel auch der runde Tisch zur Werraversalzung auf die Bremse. Er will das Papier zur Zukunft von Kalibergbau und Umwelt an der Werra vor einem Abschluss diskutieren.

Alle wollen das eine: Der Werra, Deutschlands salzhaltigstem Fluss, soll es besser gehen. Der Knackpunkt, und darüber geht der Streit seit Jahren: Wie schnell, mit welchen Mitteln und auf wessen Kosten klappt das? Diese Fragen wälzt der runde Tisch zur Werraversalzung seit März 2008 hin und her. Zur jüngsten Sitzung des Gremiums aus Industrie, Behörden, Anliegern und Umweltschützern reisten am Mittwoch etliche Teilnehmer ziemlich geladen nach Kassel.

Der Grund: Parallel zur Arbeit des runden Tisches haben Hessen, Thüringen und der Kasseler Düngerkonzern K+S einen Vertrag über die Zukunft des Kali-Bergbaus an der Werra ausgehandelt. Der Inhalt? Bis Montagabend unter Verschluss. Die Bedenken: Der runde Tisch will sich nicht auf halbem Wege vor vollendete Tatsachen stellen lassen. Fragen und Antworten:

Zoff schon vor der Sitzung gab's ja mit Niedersachsens Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP). Was hat der gegen den Kali-Vertrag?

Sander ist sauer, dass er das Papier nicht früher bekommen hat. Er fürchtet, dass die Nachbarn mit K+S auf 30 Jahre Laufzeit Dinge vereinbaren, die auf Kosten Niedersachsens gehen - "ohne die Hauptbetroffenen zu hören". Nicht mit mir, hat Sander in bösen Briefen nach Wiesbaden und Erfurt geschrieben. Er prüft rechtliche Schritte. Und aus der Niedersachsen-SPD wird schon nach Klage gerufen.

Gibt's schon Reaktionen auf Sanders Post?

Offiziell nicht. K+S und das Land Thüringen loben das Papier als "klare Perspektive für Kali-Arbeitsplätze und Umwelt". Wiesbaden sagte bis gestern nur, dass die Meinung des runden Tisches ganz wichtig sei - vor einer Unterschrift.

Und was steht drin in dem viel zitierten Papier?

Als gemeinsamer Wunsch die Sicherung der Kaliwerke und ihrer Jobs - bei "Gleichrangigkeit der ökologischen, ökonomischen und sozialen Ziele". Und das "Einvernehmen, dass die mit der Kaliproduktion verbundenen Umweltbelastungen kontinuierlich weiter reduziert werden sollen".

Hört sich nicht wirklich dramatisch an ...

Der Vertrag birgt natürlich Sätze, an denen sich Juristen im Konfliktfall abarbeiten werden. Und Festlegungen, die so bislang nicht bekannt waren. Zum Beispiel: Bis Ende März macht K+S konkrete Vorschläge, wie die Salzabwasserversenkung schnell reduziert werden soll. Abwässer aus dem Thüringer Werk Unterbreizbach, mit denen man dort bald nicht mehr wohin weiß, sollen über einen "Laugenverbund" in Hessen entsorgt werden. Was am runden Tisch gestern für Ärger und Widerstand sorgte: Der Härtegrenzwert, der neben dem Chloridwert die Maximalbelastung der Werra regelt, soll nicht schon Ende 2009 auslaufen, sondern bis 2012 verlängert werden.

Weitere Knackpunkte der Vereinbarung?

Die Werra-Weser-Anrainerkonferenz sieht nach erster Prüfung eine ganze Liste von Rechtsverstößen: etwa weil die Vereinbarung versuche, EU-Recht auszuhebeln, weil das Papier in Rechte der nördlichen Nachbarländer westerabwärts eingreife und weil Hessen und Thüringen mit der Vereinbarung jetzt das Druckmittel aus der Hand gäben, immer den neuesten, umweltfreundlichsten Stand der Produktionstechnik bei K+S einzufordern.

Von Wolfgang Riek

28.01.2009

Quelle:

http://www.hna.de/hessensolo/00_20090128190236_Kalivertrag_Boese_Briefe_und_Raetselraten.html

Werraversalzung**Streit um Kali-Vereinbarung****Kaliabbau im Werk Werra bei Philippsthal (Kreis Hersfeld-Rotenburg).**

Hessen, Thüringen und der K+S-Konzern haben sich auf eine Vereinbarung zur Verbesserung des Umweltschutzes an der Werra geeinigt. Der Runde Tisch zum Gewässerschutz fühlt sich übergangen. Umweltschützer sprechen von einer Mogelpackung.

Das Thüringer Kabinett billigte am Dienstag als erster Partner den Vertrag zur Entsorgung der Abwässer aus dem Kalibergbau. Thüringen, Hessen und der Düngemittelhersteller K+S hatten vereinbart, dass die Kaliproduktion an der Werra gesichert werden soll. Dabei soll gleichzeitig auf einen schonenden Umgang mit der Natur geachtet werden, wie das thüringische Umweltministerium mitteilte.

In den Vertrag wurde das bekannte Maßnahmenpaket von K+S aufgenommen, mit dem das Unternehmen bis 2015 die Abwässerproduktion aus der Kaliproduktion halbieren will. Gleichzeitig wurde festgelegt, dass K+S weitere Schritte ergreifen muss, um die Belastung der Werra zu reduzieren. Der Vertrag soll am Mittwoch dem Runden Tisch vorgelegt werden.

Umweltorganisationen protestieren

Mitglieder des Runden Tisch zum Gewässerschutz Werra/Weser kritisieren das Vorgehen der Landesregierungen und des Unternehmens K+S. Sie fühlen sich von der Vereinbarung übergangen. Auch Umweltorganisationen kritisierten den frühen Kabinettsbeschluss. "Ich bin skeptisch, was die aktuelle Entwicklung angeht", sagte NABU-Sprecher Mark Harthun gegenüber hr-online. Der BUND erklärte, der Vertragsentwurf sei eine "glatte Mogelpackung". Er verpflichte K+S nicht zu konkreten Maßnahmen oder zu einer verbindlichen Reduzierung der Salzbelas-

tung.

Niedersachsens Umweltminister Heinrich Hans-Heinrich Sander (CDU) reagierte mit Beschwerdebriefen an seine Amtskollegen. Die Vereinbarung lege eine Strategie fest, ohne die Hauptbetroffenen zu beteiligen. Sie stelle einen Eingriff in die Interessen Niedersachsens dar, sagte Sander. Die Thüringer SPD-Landtagsabgeordnete Dagmar Becker warf der Politik vor, vor dem DAX-Konzern K+S einzuknicken.

HR-online

Runder Tisch soll Konflikt entschärfen

Der Runde Tisch wurde Mitte März 2008 gebildet, um den Konflikt um den Kaliabbau zu entschärfen. Das Gremium geht auf Beschlüsse der Landtage von Hessen und Thüringen zurück und soll Lösungen für die Salzlaugenentsorgung finden.

Runder Tisch

Teilnehmer des Runden Tisches sind Vertreter der Umweltministerien von Bund und fünf Bundesländern, zahlreiche Landkreise und Kommunen, mehrere Gewerkschaften, die Umweltverbände BUND und NABU sowie der Düngemittelhersteller K+S (Kali + Salz), der dafür zwei Millionen Euro zur Verfügung gestellt hat. Der Runde Tisch besitzt zwar keinerlei Entscheidungsgewalt. Von seinen Beschlüssen wird aber dennoch ein großer Einfluss auf die Genehmigung des Bauantrags erwartet.

Quelle: http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp;jsessionid=CBAB424ED5B280EB3EC819AAC7BB3A47?rubrik=36086&key=standard_document_36254304

Hann. Münden

Schminke fordert Klage

HANN. MÜNDEN. Der Landtagsabgeordnete Ronald Schminke (SPD) fordert die niedersächsische Landesregierung auf, Klage einzureichen gegen die Bundesländer Hessen und Thüringen sowie gegen den Düngemittelhersteller K+S. Der Abgeordnete begründet seine Forderung mit dem bekannt gewordenen Vertrag, den Hessen und Thüringen mit K+S zur Sicherung der Kaliproduktion geschlossen haben (wir berichteten).

Katze aus dem Sack

Nun sei die Katze endlich aus dem Sack und der "unverschämte Deal" zwischen den Ländern Hessen und Thüringen mit K+S zum Nachteil Niedersachsens bestätige sich, meinte der Politiker.

Niedersachsens Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) solle juristische Schritte gegen die Vertragsparteien prüfen, verlangt der Abgeordnete. Der K+S-Vertrag schreibe dauerhafte Schä-

den für Werra und Weser fest, die nicht hingenommen werden können. Schminke: "Das sind eklatante Verstöße gegen die Wasserrahmenrichtlinie der Europäischen Union."

Die Mitglieder des Runden Tisches seien von K+S schamlos vorgeführt worden und würden wie "unmündige Dorfdeppen" behandelt.

Schädliche Salzfracht

Minister Sander hatte die viel zu langfristige und nur sehr geringe Reduzierung der schädlichen Salzfracht für Werra und Fulda scharf kritisiert. Bis 2015 solle die Salzfracht schrittweise lediglich auf sieben Millionen Kubikmeter jährlich verringert werden. (kri)

28.01.2009

Quelle: http://www.hna.de/muendenstart/00_20090128174639_Schminke_fordert_Klage.html

Göttinger Tageblatt 29.01.2009

Wie „unmündige Dorfdeppen“ behandelt

Niedersachsen will im Streit um die Salzeinleitung in die Werra möglicherweise rechtliche Schritte gegen den umstrittenen Vertrag zwischen Hessen, Thüringen und dem Kasseler Düngemittelhersteller K+S einlegen.

„Mit großem Bedauern hat Niedersachsen die Entscheidung des runden Tisches zur Werra-Versalzung zur Kenntnis nehmen müssen, den Vorschlag nicht herauszunehmen, die Einleitstelle flussabwärts zu legen“, sagte Niedersachsens Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP). Damit sehe der Vertrag eine Salzeinleitung aus der Kaliproduktion in Richtung Niedersachsen vor. Sander fordert die Landesregierungen von Hessen und Thüringen auf, den Vertrag mit Kali und Salz nicht zu ratifizieren, sondern gemeinsam eine tragfähige Lösung zu finden. „Die Länder Hessen und Thüringen haben die niedersächsischen Interessen komplett ignoriert“, kritisierte der Mündener SPD-Landtagsabgeordnete Ronald Schminke nach der Sondersitzung des runden Tisches am Mittwoch. Das Vertragswerk sei an „Unzulänglichkeiten und Unverschämtheiten“ nicht zu überbieten, so Schminke. Es verstoße gegen das Wasserhaushaltsgesetz, da eine weitere Laugenversenkung Trinkwasserversorgung vernichte, Fristen und Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie nicht eingehalten würden, notwendige Abwägungen zu Alternativen fehlten sowie in die Rechte der Länder Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bremen eingegriffen würde. Die Vorgehensweise sei eine „Riesensauerei“. „Die Mitglieder des runden Tisches wurden von K+S schamlos vorgeführt und letztlich behandelt wie unmündige Dorfdeppen.“ Der Vertragsentwurf sieht vor, Salzeinleitungen in Flüsse für weitere 30 Jahre abzusichern. Der runde Tisch mit Beteiligung aller Werra- und Weser-Anrainer sollte erst im Herbst eine Gesamtstrategie vorlegen.

Veröffentlicht am 29.01.2009 19:11 Uhr

Zuletzt aktualisiert am 29.01.2009 19:11 Uhr

Quelle: <http://www.goettinger-tageblatt.de/newsroom/regional/dezentral/goettingenregio/art4264,791982>

Thüringer Allgemeine 30.01.2009

Große Skepsis

Kontrovers diskutiert wird derzeit der öffentlich-rechtliche Vertrag zwischen K+S und den Ländern Thüringen und Hessen. Das Misstrauen gegenüber Versprechen des Kaliproduzenten ist vor allem in Gerstungen hoch. Bei den Landtagsabgeordneten der Region zeigt sich ein differenziertes Bild.

GERSTUNGEN. Das Urteil des Gerstunger Bürgermeisters zu dem Vertragsentwurf fällt vernichtend aus: "Kali und Salz wird alles zugestanden, und die Länder haben keinen Einfluss mehr." Werner Hartung hat sich am Runden Tisch in dieser Woche stark dafür gemacht, dass die Mitglieder zwei Wochen Zeit bekommen, um Hinweise und Kritiken einzureichen. Sollte dies keine Berücksichtigung finden, ist er der Meinung, dass der Runde Tisch seine Arbeit einstellen kann. Ohnehin hätten beide Landesregierungen und K+S an dem Gremium vorbei operiert und damit deutlich gemacht, dass sie gar nicht an einem Konsens interessiert sind. Dabei war der Runde Tisch gebildet worden, um Alternativen zur bisherigen Entsorgung von K+S zu finden.

Als Ergebnis der Hartnäckigkeit seiner Gemeinde wertet Hartung einen Passus in dem Vertrag, wonach es eine zeitlich befristete Versenkung von Lauge nur noch in Hessen, aber nicht mehr in Thüringen und damit Gerstungen geben soll. Allerdings ist das verklausuliert, weshalb der Bürgermeister skeptisch bleibt. Auch befürchtet er, dass die Produktionsrückstände, die in den Untergrund von Kleinensee (Hessen) gepumpt werden, beispielsweise in den Baggerseen bei Dankmarshausen wieder auftauchen. Schließlich suche man bereits nach 350 Millionen Kubikmeter Lauge, die vermutlich in Richtung Gerstungen und Eisenach "abgewandert" sind. "Eine Sicherheit gibt uns das Dokument nicht", schätzt Hartung ein.

Garantiert werden die Arbeitsplätze im Kaliwerk Unterbreizbach. Aber unter der Bedingung eines Laugenverbunds mit hessischen Standorten. Ansonsten drohe die Schließung im ersten Halbjahr 2009. Bis spätestens 2015 will K+S erreichen, dass in Unterbreizbach rückstandsfrei gearbeitet wird.

Landtagsabgeordneter Christian Köckert (CDU) gibt zu bedenken, dass die Interessen sowohl von Unterbreizbach als auch Gerstungen berücksichtigt werden müssen. Er kann zwar das Misstrauen der Anwohner im Werratal verstehen, weil der Kalikonzern bisher nicht gerade mit offenen Karten gespielt hat. Wichtig sei aber auch, dass in Unterbreizbach weiter und möglichst umweltfreundlich produziert werden kann. Köckert verweist darauf, dass sich K+S verpflichten, 360 Millionen Euro zu investieren, um die Umweltschäden, die sie angerichtet haben, zu minimieren.

Aber ein Passus des Vertrags muss auch aus Sicht des CDU-Politikers nachgebessert werden: Der zum Härtegrenzwert für die Einleitung in die Werra. So ist die Rede davon, dass der jetzt geltende Härtegrenzwert bis 2012 beibehalten werden soll. Damit würde man die Belastung durch Chlorid, Magnesium und Kalium wie bisher akzeptieren. Doch der Thüringer Landtag hatte bereits beschlossen, den Grenzwert, der in diesem Jahr ausläuft, nicht länger gelten lassen zu wollen. Sollte es hier nicht zu einer Änderung oder Zusatzvereinbarung kommen, befürchtet Köckert eine Verfassungsklage.

SPD und Linke wollen ohnehin nicht, dass die Landesregierung unterschreibt. "Der Vertragsentwurf ist nicht nur heimlich, sondern auch schlecht ausgehandelt worden", meint Landtagsabgeordnete Sabine Dohr (SPD). Die Willensbekundungen von K+S seien "wischiwaschi", und die Festlegungen zum Härtegrenzwert würden Beschlüssen des Landtags widersprechen. Das ist auch für die Landtagsabgeordnete Katja Wolf (Linke) der Knackpunkt. Außerdem sieht sie die Rechte Dritter verletzt. Dazu zählt sie den Runden Tisch und das Land Niedersachsen. Dessen Umweltminister hatte sich gestern beschwert, nicht einbezogen worden zu sein (TA berichtete).

Er lehnt die Vereinbarung mit einer Laufzeit von 30 Jahren ab. Heute wird sich der Thüringer Landtag auf SPD-Antrag mit dem Vertragsentwurf befassen.

"Das ist ein Husarenstück", kommentierte Klaus Reinhardt von der Bürgerinitiative (BI) "Für ein lebenswertes Werratal" aus Dankmarshausen die Tatsache, dass man gar nicht die Ergebnisse des Runden Tisches abgewartet hat. Er vermutet, dass man die Mehrheiten im Thüringer Landtag nochmals nutzen will, nachdem die in Hessen feststehen. "Wir sind mit unserem Protest aber nicht allein", schöpft der BI-Sprecher neue Hoffnung. Birgit SCHELLBACH

29.01.2009

Quelle: [http://www.thueringer-](http://www.thueringer-allgemei-)

[ne.de/ta/ta.eisenach.volltext.php?kennung=on2taLOKStaEisenach39840&zulieferer=ta&kategorie=LOK&rubrik=Stadt®ion=Eisenach&auftritt=TA&dbserver=1](http://www.thueringer-allgemei-)

Schaumburger Nachrichten 29.01.2009

Weserversalzung: Nachbarländer schießen quer

Rinteln. Als „Rückfall in die Kleinstaaterei“ hat die Rintelner Ratsfrau und Landtagsabgeordnete der Grünen, Ursula Helmhold, die Absicht der Landesregierungen von Hessen und Thüringen kritisiert, mit dem Düngemittelhersteller Kali+Salz die Zukunft der Kaliproduktion festzuschreiben.

Die Grünen-Fraktion im Niedersächsischen Landtag forderte die beiden Landesregierungen auf, auf einen Vertragsabschluss zu verzichten, bis der Runde Tisch seine Arbeit beendet habe. „Es ist nicht akzeptabel, wenn die Flussoberlieger einen Vertrag zulasten der Flussunterlieger an der Weser abschließen. An Entscheidungen, die die Weser betreffen, müssen Niedersachsen, NRW und Bremen beteiligt werden“, forderte sie. Kritik übte Helmhold auch an Umweltminister Sander, der bei seinen Kollegen bisher nicht einmal habe erreichen können, dass ihm der Vertragsentwurf ausgehändigt worden ist.

„Die Weseranrainer müssen gemeinsam Druck ausüben auf die Nachbarländer, deren Flüsse in die Weser fließen. Es reicht nicht, immer nur über eine moderne, auf das gesamte Flussgebiet bezogene Wasserpolitik zu reden, sie muss auch umgesetzt werden“, betonte Helmhold. Es sei zu befürchten, dass mit dem Vorstoß von Hessen und Thüringen Entscheidungen vorweggenommen würden über die der Runde Tisch noch nicht beraten habe. Das Ziel des Runden Tisches, Lösungen zu finden, die Werra und Weser von der Salzfracht entlasten und zu einem guten Zustand der Flüsse führen, sei so nicht zu erreichen.

Die Ergebnisse des Runden Tisches, die bis Ende des Jahres vorliegen sollen, könnten dann in Staatsverträgen zwischen allen Anrainerländern verbindlich festgelegt werden, schlägt Helmhold vor. Weder Hessen noch Thüringen hätten bisher plausible Gründe anführen können, warum jetzt vorschnell ein Vertrag über den Rahmen der künftigen Kaliproduktion und notwendige Umweltmaßnahmen mit der Firma vereinbart werden müssten.

Umweltminister Sander erklärte zu den bisherigen Ergebnissen des „Runden Tisches“ gestern: „Mit großem Bedauern hat Niedersachsen die Entscheidung des Runden Tisches zur Werra-Versalzung zur Kenntnis nehmen müssen, den Vorschlag im Vertrag nicht herauszunehmen, die Einleitstelle flussabwärts zu legen. Wir werden daher erneut prüfen, ob für Niedersachsen juristische Möglichkeiten bestehen. Ich fordere die Landesregierungen von Hessen und Thüringen auf, den Vertrag mit Kali und Salz nicht zu ratifizieren, sondern gemeinsam mit Niedersachsen eine tragfähige Lösung zu finden.“ r

Veröffentlicht am 29.01.2009 21:23 Uhr

Zuletzt aktualisiert am 29.01.2009 21:23 Uhr

Quelle: <http://www.sn-online.de/newsroom/wirtschaft/dezentral/wirtschaft/art5090,792048>

Südthüringer Zeitung 29.01.2009

Ressort Thüringen

Erschienen am 29.01.2009 15:54

**Anrainerkonferenz greift Runden Tisch an
Im Streit um ein Abkommen des K+S-Konzerns mit den Ländern Hessen und Thüringen um
Salzeinleitungen hat die Werra-Weser-Anrainerkonferenz den Runden Tisch scharf angegrif-
fen.**

Witzenhausen/Unterebreizbach (dpa/th)

Das Gremium mit Vertretern von Ländern, Kommunen und Verbänden habe die Brisanz des Vertragswerkes offenbar nicht erkannt, erklärte die Konferenz am Donnerstag in Witzenhausen. Würde das Abkommen wirksam, könnten keine niedrigeren Grenzwerte für die Flüsse mehr ausgehandelt werden. Zudem greife ein Vertrag in die Rechte anderer Bundesländer ein, die dann von Hessen und Thüringen Schadenersatz fordern könnten.

Quelle: <http://www.stz-online.de/nachrichten/thueringen/thueringen/art2935,893704>

Thüringer Landeszeitung 30.01.2009

Vertragstext wird geändert

Wartburgkreis. (ep) Beim Abkommen der Bundesländer Thüringen und Hessen mit der Kali + Salz AG (TLZ berichtete) handele es sich nicht um einen Staatsvertrag, sondern einen "öffentlich-rechtlichen" Vertrag, belehrte Staatssekretär Stefan Baldus. Das ist in der Tat ein wichtiger Unterschied. Denn ein Staatsvertrag muss dem Parlament vorgelegt werden, während ein öffentlich-rechtlicher Vertrag allein Sache der Exekutive ist. Dass das Thüringer Parlament im Landtag heute trotzdem darüber spricht, weil die niedersächsische Landesregierung angedroht hat, dagegen zu klagen, sei allein der politischen Dimension der Sache geschuldet. Weil es der niedersächsische Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) persönlich war, der wegen Nichtbeachtung der niedersächsischen Interessen drohte, antwortet ihm nun auch sein thüringischer Kollege Volker Sklenar (CDU). Die Klagen werden, wenn schon, dann standesgemäß gekreuzt.

So oder so, die ganze Aufregung um den noch nicht unterzeichneten Vertrag mit K+S (TLZ berichtete) ist Umweltstaatssekretär Stefan Baldus (CDU) eh suspekt. Der Runde Tisch, der gestern inhaltliche Ergänzungen forderte (TLZ berichtete), sei "nicht Vertragspartner", beantwortete er TLZ-Anfragen nach Konsequenzen. Dennoch sei das Gremium "bereits Anfang Dezember 2008" über den Vertragstext informiert worden und Mitte Januar das zweite Mal. Das sei auch so gewollt gewesen, denn, so Stefan Baldus: "Wir haben ja den Runden Tisch auch selbst eingesetzt." Die Ergänzungsvorschläge, die von dort gekommen seien, würden nun auch in den Vertrag eingearbeitet werden, entweder, "indem wir den Vertragstext ändern" oder mittels einer "verbindlichen Änderung", die als Zusatz zum Vertrag aufgenommen werde.

In naher Zukunft

Schon heute könnte die Textabstimmung erledigt sein, wann genau oder ungefähr der Vertrag unterschrieben werden soll, das wollte der Umweltstaatssekretär nicht beantworten, nur so viel dazu: "In naher Zukunft."

Der Runde Tisch hatte die Beibehaltung des Härtegrenzwertes in die Werra über den November 2009 hinaus "aus heutiger Sicht für voreilig" bezeichnet. Stefan Baldus sprach von einem "Zielwert", der 2009 festzulegen sei. Was den neu festzulegenden Wert betrifft, läge der "deutlich unter dem heutigen Wert". Wie genau, "das liegt noch nicht fest". Die Kritik an den "wachsweichen Formulierungen" des Vertragstextes durch die Eisenacher Landtagspolitikerin Katja Wolf (Die Linke) bezeichnete er als "sachlich nicht fundiert".

Man habe zudem offensichtlich das wirklich Neue des Vertragstextes nicht erkannt: K+S verpflichte sich, die Produktion am thüringischen Standort Unterebreizbach für 30 Jahre aufrecht zu erhalten. Stefan Baldus: "Ohne den Vertrag müsste das Werk 2009 geschlossen werden."

Nicht in Gruben

Außerdem dementierte der Staatssekretär, dass K+S mit Hilfe Thüringens Lauge künftig in aufgelassenen Thüringer Bergwerken entsorgen könnte, nachdem der Vertrag die Laugenversenkung in Gerstungen "dauerhaft" ausschließt. Stefan Baldus: "Es gibt keinen Antrag im Freistaat Thüringen, an einer anderen Stelle in Gruben Lauge zu versenken." So etwas finde nicht statt in Thüringen, das sei "völlig ausgeschlossen" und "aus der Luft gegriffen".

Das Thema ist hochsensibel. Deswegen darf die Presse darüber auch nicht mit einem Bergdirektor aus dem Thüringer Landesbergbauamt sprechen, der dort gerade die abwesende zweiköpfige Leitungsmannschaft vertritt, sich aber sachkundig machte. Ganz abwegig ist die Nassversenkung in Gruben allerdings nicht. Im Maßnahmenpaket von K+S vom Oktober vergangenen Jahres war immerhin vom "Ausbau der Salzwasser-Steuerung der hessisch-thüringischen Kalistandorte" die Rede. Genaue Nachfragen, ob beim Landesbergbauamt Thüringen nachträglich geänderte Betriebspläne dafür vorliegen, Schächte in beispielsweise Abteroda, Alexandershall, Dietlos, Merkers, Springen I und II zur Nassverwahrung von Lauge umzubauen, blieben der TLZ, wie gesagt, verwehrt. Mit dieser Frage konfrontiert, antwortete der TLZ ein Bergbauexperte, dass er solche Versenkmethode für "ausgeschlossen hält, weil das gebirgsmechanisch nicht geht". Im schlimmsten Fall, das befürchten Fachkollegen, könnte es zu Geländesenkungen kommen, auf Thüringer und Hessischer Seite. Und wer will das schon.

Aber, weil die Lauge laut Umweltstaatssekretär Stefan Baldus nicht in die Thüringer Gruben kommt, muss man das auch nicht befürchten.

29.01.2009 Von Rita Specht

Quelle:

<http://www.tlz.de/tlz/tlz.eisenach.volltext.php?kennung=on4tlzLOKStaEisenach39840&zulieferer=tlz&kategorie=LOK&rubrik=Stadt®ion=Eisenach&auftritt=TLZ&dbserver=1>

Osthessennews 30.01.2009

GRÜNE zu Vertrag mit K+S: Landesregierung handelt vollkommen falsch

30.01.09 - REGION - Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag kritisiert die Vereinbarung zwischen den Landesregierungen von Hessen und Thüringen und dem Düngemittelhersteller K+S (ON berichtete: http://www.osthessen-news.de/beitrag_A.php?id=1161146). "Die harsche Kritik von allen Seiten zeigt, wie falsch die Landesregierung beim Thema Werraversalzung handelt. Die Unterzeichnung des Werra-Vertrages zwischen dem Düngemittelhersteller K+S und den Ländern Thüringen und Hessen kommt zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht. Inhaltlich sind noch zahlreiche Baustellen zu beackern", kommentiert die stellvertretende Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Sigrid Erfurth, die Beschlüsse des Runden Tisches und den Brief des niedersächsischen Umweltministers Hans-Heinrich Sander an seine Amtskollegen in Hessen und Thüringen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Forderung des Runden Tisches, den bestehenden Härtegrenzwert nicht fortzuschreiben. "Außerdem müssen die Ergebnisse des Runden Tisches abgewartet und genutzt werden, bevor K+S eine Einleitenehmigung für die nächsten 30 Jahre erteilt wird", so Erfurth. "An der Vertragsgestaltung müssen außerdem die übrigen Anrainerländer wie Niedersachsen, NRW und Bremen beteiligt werden." Es sei nicht einzusehen, warum nur Hessen und Thüringen an der Vereinbarung über den zukünftigen ökologischen Zustand von Werra und Weser beteiligt werden sollten. +++

Quelle: http://www.osthessen-news.de/beitrag_A.php?id=1161287

HNA Witzenhausen, 30. Januar 2009

Diese Kritik ist nicht gut

Frank Hix, Vorsitzender der BI Rettet die Werra und Teilnehmer am Runden Tisch

Eine hitzige Debatte um den im Verborgenen ausgehandelten Vertrag zwischen den Bundesländern Hessen, Thüringen und dem Unternehmen K+S gab es in der Sitzung des Runden Tisches Gewässerschutz am Mittwoch. Frank Hix war dabei. Wir sprachen mit ihm.

Herr Hix, haben sich die Wogen der Empörung gelegt?

Frank Hix: Ja, es ging hoch her. Aber nachdem der Runde Tisch die Änderungsvorschläge formuliert hatte, ging es sachlicher zu.

Was passiert mit den Änderungswünschen und welche sind das?

Hix: Die Änderungen sollen in den Vertrag eingearbeitet werden. Wir wollen damit auch die vorgesehene längere Gültigkeit der Grenzwerte, so bei der Wasserhärte, verhindern. Der Runde Tisch wird nun einbezogen, bevor der Vertrag abschließend beraten wird. Das ist ein Erfolg.

Der Runde Tisch ist somit also nicht überflüssig?

Hix: Wer so etwas wie Herr Hölzel öffentlich behauptet, der schadet der Sache. Ohne den Runden Tisch wären viele Dinge nie öffentlich geworden. Er ist wichtig und sinnvoll. (tko)

Südthüringer Zeitung

Ressort Thüringen

Erschienen am 30.01.2009 16:51

Streit um Vertrag mit Kali+Salz - Keine Klarheit bei Grenzwerten

Für einen heftigen Streit im Thüringer Landtag hat der geplante Vertrag der Regierung zur Laugenentsorgung mit Hessen und dem Kali-Konzern K+S gesorgt.

Erfurt (dpa/th)

Die Opposition aus Linke und SPD warf der Regierung vor, dem Unternehmen einen Freifahrtschein ausgestellt zu haben. Der Vertrag stehe im Widerspruch zu Beschlüssen des hessischen und thüringischen Parlaments, die Grenzwerte für die Belastung der Werra schnell zu senken. Umweltminister Volker Sklenar (CDU) verteidigte die Regelungen. Sie stellten einen gelungenen Kompromiss zwischen Arbeitsplatzertand und Umweltschutz dar. Die Linke verlangte die Entlassung von Staatssekretär Stefan Baldus.

Quelle: <http://www.stz-online.de/nachrichten/thueringen/thueringen/art2935,894083>

Thüringer Allgemeine 30.01.2009

Große Skepsis

Kontrovers diskutiert wird derzeit der öffentlich-rechtliche Vertrag zwischen K+S und den Ländern Thüringen und Hessen. Das Misstrauen gegenüber Versprechen des Kaliproduzenten ist vor allem in Gerstungen hoch. Bei den Landtagsabgeordneten der Region zeigt sich ein differenziertes Bild.

GERSTUNGEN. Das Urteil des Gerstunger Bürgermeisters zu dem Vertragsentwurf fällt vernichtend aus: "Kali und Salz wird alles zugestanden, und die Länder haben keinen Einfluss mehr." Werner Hartung hat sich am Runden Tisch in dieser Woche stark dafür gemacht, dass die Mitglieder zwei Wochen Zeit bekommen, um Hinweise und Kritiken einzureichen. Sollte dies keine Berücksichtigung finden, ist er der Meinung, dass der Runde Tisch seine Arbeit einstellen kann. Ohnehin hätten beide Landesregierungen und K+S an dem Gremium vorbei operiert und damit deutlich gemacht, dass sie gar nicht an einem Konsens interessiert sind. Dabei war der Runde Tisch gebildet worden, um Alternativen zur bisherigen Entsorgung von K+S zu finden.

Als Ergebnis der Hartnäckigkeit seiner Gemeinde wertet Hartung einen Passus in dem Vertrag, wonach es eine zeitlich befristete Versenkung von Lauge nur noch in Hessen, aber nicht mehr in Thüringen und damit Gerstungen geben soll. Allerdings ist das verklausuliert, weshalb der Bürgermeister skeptisch bleibt. Auch befürchtet er, dass die Produktionsrückstände, die in den Untergrund von Kleinensee (Hessen) gepumpt werden, beispielsweise in den Baggerseen bei Dankmarshausen wieder auftauchen. Schließlich suche man bereits nach 350 Millionen Kubikmeter Lauge, die vermutlich in Richtung Gerstungen und Eisenach "abgewandert" sind. "Eine Sicherheit gibt uns das Dokument nicht", schätzt Hartung ein.

Garantiert werden die Arbeitsplätze im Kaliwerk Unterbreizbach. Aber unter der Bedingung eines Laugenverbunds mit hessischen Standorten. Ansonsten drohe die Schließung im ersten Halbjahr 2009. Bis spätestens 2015 will K+S erreichen, dass in Unterbreizbach rückstandsfrei gearbeitet wird.

Landtagsabgeordneter Christian Köckert (CDU) gibt zu bedenken, dass die Interessen sowohl von Unterbreizbach als auch Gerstungen berücksichtigt werden müssen. Er kann zwar das Misstrauen der Anwohner im Werratal verstehen, weil der Kalikonzern bisher nicht gerade mit offenen Karten gespielt hat. Wichtig sei aber auch, dass in Unterbreizbach weiter und möglichst umweltfreundlich produziert werden kann. Köckert verweist darauf, dass sich K+S verpflichten, 360 Millionen Euro zu investieren, um die Umweltschäden, die sie angerichtet haben, zu minimieren.

Aber ein Passus des Vertrags muss auch aus Sicht des CDU-Politikers nachgebessert werden: Der zum Härtegrenzwert für die Einleitung in die Werra. So ist die Rede davon, dass der jetzt geltende Härtegrenzwert bis 2012 beibehalten werden soll. Damit würde man die Belastung durch Chlorid, Magnesium und Kalium wie bisher akzeptieren. Doch der Thüringer Landtag hatte bereits beschlossen, den Grenzwert, der in diesem Jahr ausläuft, nicht länger gelten lassen zu wollen. Sollte es hier nicht zu einer Änderung oder Zusatzvereinbarung kommen, befürchtet Köckert eine Verfassungsklage.

SPD und Linke wollen ohnehin nicht, dass die Landesregierung unterschreibt. "Der Vertragsentwurf ist nicht nur heimlich, sondern auch schlecht ausgehandelt worden", meint Landtagsabgeordnete Sabine Doht (SPD). Die Willensbekundungen von K+S seien "wischwaschi", und die Festlegungen zum Härtegrenzwert würden Beschlüssen des Landtags widersprechen. Das ist auch für die Landtagsabgeordnete Katja Wolf (Linke) der Knackpunkt. Außerdem sieht sie die Rechte Dritter verletzt. Dazu zählt sie den Runden Tisch und das Land Niedersachsen. Dessen Umweltminister hatte sich gestern beschwert, nicht einbezogen worden zu sein (TA berichtete). Er lehnt die Vereinbarung mit einer Laufzeit von 30 Jahren ab. Heute wird sich der Thüringer Landtag auf SPD-Antrag mit dem Vertragsentwurf befassen.

"Das ist ein Husarenstück", kommentierte Klaus Reinhardt von der Bürgerinitiative (BI) "Für ein lebenswertes Werratal" aus Dankmarshausen die Tatsache, dass man gar nicht die Ergebnisse des Runden Tisches abgewartet hat. Er vermutet, dass man die Mehrheiten im Thüringer Landtag nochmals nutzen will, nachdem die in Hessen feststehen. "Wir sind mit unserem Protest aber nicht allein", schöpft der BI-Sprecher neue Hoffnung. Birgit SCHELLBACH

29.01.2009

Quelle: <http://www.thueringer-allgemei-ne.de/ta/ta.eisenach.volltext.php?kennung=on2taLOKStaEisenach39840&zulieferer=ta&kategorie=LOK&rubrik=Stadt®ion=Eisenach&auftritt=TA&dbserver=1>

Südthüringer Zeitung 30.01.2009

Ressort Thüringen

Erschienen am 30.01.2009 16:05

**Runder Tisch soll sich zu Werra-Salzeinleitung äußern
Nach Kritik des Runden Tisches zur Salzeinleitung in die Werra soll das Gremium nun doch an den weiteren Entscheidungen beteiligt werden.**

Kassel/Unterbreizbach (dpa/th)

Der Runde Tisch werde bei der Abstimmung über eine Strategie und ein Maßnahmenkonzept zur Gewässerreinigung einbezogen, erklärte das hessische Umweltministerium am Freitag. Das gleiche gelte für eine Festlegung des Härtegrenzwertes. Der Runde Tisch aus Vertretern von Ländern, Kommunen, Verbänden und Wirtschaft hatte zuvor eine Diskussion der weiteren Maßnahmen gefordert. Das Thüringer Umweltministerium hatte nur von einer Einbeziehung des Gremiums gesprochen.

Quelle: <http://www.stz-online.de/nachrichten/thueringen/thueringen/art2935,894063>

HNA 30.01.2009

Hessen

Streit um Vertrag mit Kali+Salz - Keine Klarheit bei Grenzwerten

Erfurt/Kassel. Für einen heftigen Streit im Thüringer Landtag hat der geplante Vertrag der Regierung zur Laugenentsorgung mit Hessen und dem Kali-Konzern K+S gesorgt. Die Opposition aus Linke und SPD warf der Regierung vor, dem Unternehmen einen "Freifahrtschein" ausgestellt zu haben.

Der Vertrag stehe im Widerspruch zu Beschlüssen der Parlamente in Hessen und Thüringen, die Grenzwerte für die Belastung der Werra schnell zu senken. Unterstützung erhielten sie durch den CDU-Abgeordneten Christian Köckert, der dem Vertrag ebenfalls Schwächen bescheinigte.

Umweltminister Volker Sklenar (CDU) verteidigte die Regelungen. Sie stellten einen gelungenen Kompromiss zwischen Arbeitsplatzertret und Umweltschutz dar. In dem Vertrag sage das Unternehmen Investitionen von 360 Millionen Euro zu, um die Laugenabwässer bis 2015 von jetzt 14 auf 7 Millionen Kubikmeter zu senken. Den Maßnahmenkatalog soll Kali+Salz im Mai und Oktober dieses Jahres vorlegen.

Außerdem werde auf die Versenkung der Lauge in Gerstungen verzichtet und in Hessen schrittweise zurückgefahren. Die Grenzwerte sollen sich bis 2015 den europäischen Vorgaben annähern.

Die Kritiker Tilo Kummer von der Linken, Dagmar Becker von der SPD und Christian Köckert von der CDU kritisierten die "butterweiche" Formulierung beim Thema Laugenversenkung. Der Text schlieÙe keineswegs aus, dass diese Art der Entsorgung nicht wieder aufgenommen werden kann. Auch die Vertragslaufzeit auf 30 Jahre sei merkwürdig. Es bestehe die Gefahr, dass Kali+Salz bis 2015 in neue Technik investiere, "und dann bis 2039 Gott einen guten Mann sein lässt", sagte Köckert. Mit der Unterzeichnung des Vertrages, bevor das Unternehmen konkrete Maßnahmen benannt habe, gebe die Regierung ein starkes Druckmittel aus der Hand, sagte Becker.

Dass der Vertrag die heutigen Grenzwerte für die Wasserhärte bis 2012 festschreibt, widerspricht nach Angaben der Kritiker dem Anliegen der Parlamente. Sie hätten beschlossen, die Grenzwerte bereits ab diesem Jahr zu senken. Sklenar erklärte, dass diese Passage ein Fehler in der Vereinbarung sei, der in einer Protokollnotiz korrigiert werde. Dort werde ebenfalls dem Runden Tisch zur Salzeinleitung in die Werra ein größeres Mitspracherecht eingeräumt. Dies zog Kummer in Zweifel.

Wenn es die Regierung ernst meine, müssten diese Punkte in den Vertrag eingearbeitet werden. (dpa/lhe)

30.01.2009

Quelle:

http://www.hna.de/hessenstart/00_20090130180600_Streit_um_Vertrag_mit_KaliSalz___Keine_Klarheit.html

HNA 31.01.2009

Witzenhausen

Druck muss hoch bleiben

Werrasalz: Quanz kritisiert Vorgehen, Hölzel den Runden Tisch und das Ministerium meldet sich

Werra-Meissner-Kreis. Der Druck auf K+S darf nicht nachlassen, frühe und voreilige Zugeständnisse an das Unternehmen wie in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag seien für das Ziel Werra-Entsalzung kontraproduktiv. Diese Meinung vertritt der heimische Landtagsabgeordnete Lothar Quanz (SPD), der mit Befremden die Entwicklung um den zunächst geheim gehaltenen Vertrag zur Kenntnis genommen hat.

Quanz stellt fest, dass der Runde Tisch Gewässerschutz zu spät von dem Vertrag erfahren habe, begrüßt aber, dass er nun vor der Unterzeichnung des Papiers noch beteiligt wird. Allerdings geht dem Politiker die Beteiligung nicht weit genug. Quanz fordert deshalb die Landesregierung auf, dass im Landtag und dem zuständigen Ausschuss über das Vertragswerk verhandelt wird. "Es kann nicht sein, dass das Parlament bei einer solch wichtigen Angelegenheit vor vollendete Tatsachen gestellt wird", kritisiert Quanz, der aber vor allem das Ziel einer sauberen Werra nicht aus den Augen verliert: "Es muss klar sein, in welchen Schritten und Maßnahmen die Qualität der Werra dauerhaft verbessert wird."

Quanz warnt vor einer Übereile beim Abschluss von Vertragswerken, obwohl durchaus Tempo gemacht werden muss, da die Abwässer schon jetzt nicht mehr in Thüringen versenkt werden dürfen und die Speicher auch in Hessen voll seien.

Schließlich so Quanz hingen an der Lösung der Entsorgung die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens, vor allem auch die Arbeitsplätze. "Und die müssen erhalten bleiben."

Aus dem Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz in Wiesbaden kam über Sprecher Torsten Volkert der Hinweis, dass auf "Veranlassung der Landesregierung der Entwurf des öffentlich-rechtlichen Vereinbarung dem Runden Tisch übersandt worden ist". Dem Ministerium käme eine Stellungnahme des Runden Tisches zum Vertrag "sehr gelegen". Das Landeskabinett werden erst danach über die Vereinbarung beschließen.

Hölzel legt nach

Derweil legte der Vorsitzende der Werra-Weser-Anrainerkonferenz, Dr. Walter Hölzel, in Pressemitteilungen noch einmal ein Schippe Kritik in Richtung Runder Tisch nach: Dessen Forderungen, in Zukunft besser informiert zu werden, reichten bei weitem nicht aus. Hölzel vermutet, "dass dem Runden Tisch die Tragweite und die rechtliche Brisanz des Vertrags offenbar nicht bewusst sind". Stehe der Vertrag, könnten keine Grenzwerte mehr ausgehandelt werden, befürchtet Hölzel, der erneut darauf hinweist, dass der Vertrag in das Recht der anderen Anrainerländer entlang der Weser eingreift. (tko)

Der zweite Info-Brief des Runden Tisches Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion ist als PDF-Datei auf der Homepage verfügbar. Er liefert Informationen zum Thema Versenkung und Perspektiven für das Werra-Wasser: www.runder-tisch-werra.de

Quelle:

http://www.hna.de/witzenhausensolo/00_20090130172806_Druck_muss_hoch_bleiben.html

Freies Wort 31.01.2009

Ressort Thüringen

Erschienen am 31.01.2009 00:00

Landtag

Druck auf Baldus wächst

Auch die CDU kritisiert den Staatssekretär wegen des neuen Kali-Deals

Von Eike Kellermann

Erfurt – Ein Gespräch im Hohen Haus über den abwesenden Herrn Staatssekretär. So ließe sich frei nach dem Titel eines bekannten Schauspiels formulieren, was sich am späten Nachmittag gestern im Landtag abspielte. Allerdings: Ein bloßes Gespräch war es nicht. Und dem Umwelt-Staatssekretär Stefan Baldus (CDU), der angeblich im Urlaub weilt, dürften fern der Landeshauptstadt die Ohren geklingelt haben. So mächtig wie die Werra bei Hochwasser wogte die Kritik über ihn hinweg – sogar aus den eigenen Reihen.

Baldus sieht sich seit Dienstag dieser Woche schwerer Vorwürfe wegen des Vertrags ausgesetzt, den er mit Hessen und dem Düngemittelriesen K+S ausgehandelt hat. Der Vertrag soll den Gesamtrahmen bilden für eine „nachhaltige Kaliproduktion“. Opposition, Umweltverbände und Nachbarländer kritisieren jedoch, dass die Werra durch die Salzlaugen, die bei der Produktion als Abfall entstehen, unvermindert weiter belastet wird.

Der niedersächsische Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) ließ jegliche diplomatische Zurückhaltung fallen. Seinem Thüringer Amtskollegen Volker Sklenar (CDU) schrieb er einen geharnischten Brief. Sander beklagte, der Vertrag sei „ein Eingriff in die Interessen Niedersachsens, den ich so nicht hinnehmen kann“. Als Unterlieger der Werra fühlt sich das Bundesland durch den neuen Kali-Deal ausgeschlossen.

Sklenar keilte im Landtag mit einer Heftigkeit zurück, die zwischen befreundeten Regierungen unüblich ist. So warf er Sander „unbegründete Kritik“ vor. Er wisse nicht, was den Kollegen geritten habe, der wohl sein Amt als Umweltminister habe sichern wollen. Er, Sklenar, werde ihn, Sander, jedenfalls nicht anrufen. „Er hat ein Problem, ich habe damit kein Problem.“ Übertroffen wurden die starken Töne nur noch von den Angriffen der Opposition auf den Staatssekretär. Baldus, in der Vergangenheit bereits durch überschießendes Temperament aufgefallen, wurde wohl vorsichtshalber in den Urlaub geschickt. Aus der Schusslinie kam er nicht: Umweltpolitiker Tilo Kummer (Linkspartei) forderte seine Entlassung. Baldus habe den Umweltausschuss noch vorige Woche nicht über den neuen Kali-Vertrag informiert. Kummers Forderung hat in Zeiten des beginnenden Wahlkampfs kaum eine Chance. Immerhin aber zeigte Sklenar Reue: „Tut mir leid, was Ihnen mein Staatssekretär gesagt hat.“

Die ungewohnte Demut hatte wohl damit zu tun, dass Kritik selbst aus den eigenen Reihen kam. Der Eisenacher CDU-Abgeordnete Christian Köckert nannte die Vertragspassage, die angeblich die Verpressung von Lauge in Gerstungen endgültig stoppt, eine „wachsweiche Formulierung, die alles offen lässt“. Ein „Schwachpunkt“ sei die Vereinbarung zur Wasserhärte der Werra, die laut Vertrag vorerst unverändert hoch bleiben darf. Dagegen hatte sogar der Landtag der Regierung aufgetragen, für eine Reduzierung zu sorgen.

Die Zugeständnisse für K+S, so Köckert, würden mit dem Vertrag 30 Jahre gelten. Beim Umweltschutz fehle jedoch die Verpflichtung des Konzerns, dass er „dabei nicht stehen bleibt und in zehn Jahren den lieben Gott einen guten Mann sein lässt“. Die von K+S angekündigten Umweltinvestitionen in Höhe von 360 Millionen Euro nähmen sich auf 30 Jahre gesehen gar nicht so groß aus. Da auch der CDU-Umweltpolitiker Horst Krauß von einem „Fehler“ des Vertrags bezüglich der Wasserhärte sprach, blieb Sklenar nichts übrig, als klein beizugeben.

„Herzlichen Dank für die vielen guten Ratschläge“, sagte er zähneknirschend und stellte Veränderungen in Aussicht.

Quelle: <http://www.freies-wort.de/nachrichten/thueringen/seite2thueringenfw/art2437,927298>

Thüringer Landeszeitung 31.01.2009

Vertrag "wie Schlüpfergummi"

Gerstungen. (ep) Umweltstaatssekretär Stefan Baldus (CDU) erklärte gegenüber der TLZ, dass der Runde Tisch Gewässerschutz Werra/Weser bereits Mitte Dezember 2008 erstmals über den Text des nun vorgelegten öffentlich-rechtlichen Vertrages mit der Kali + Salz GmbH "über einen Gesamtrahmen für eine nachhaltige Kaliproduktion in Hessen und Thüringen" informiert worden sei. Gerstungens Bürgermeister, Mitglied des Runden Tisches, sprach dagegen am Donnerstagabend im Gemeinderat davon, dass das Dokument "lange geheim" gewesen sei, bis es schließlich am Montag dieser Woche in seinem E-Mail-Briefkasten ankam. Am Mittwoch schließlich habe sich der Runde Tisch damit befasst und umgehend Änderungsvorschläge publik gemacht (TLZ berichtete).

Werner Hartung bewertete das Dokument, das allen Gemeinderäten vorgelegt wurde, als "einseitiges Vertragswerk" zugunsten von K+S. Sei bislang von 30 bis 35 Jahren Produktion an den K+S-Lagerstätten die Rede gewesen, würden nun sogar 55 Jahre festgeschrieben. "Zwischen den Zeilen" las er, "dass die Leitung von Neuhof-Ellers an die Werra gebaut wird". "Wer etwas herausliest, wo K+S in die Pflicht genommen wird", sich den gültigen Umweltrichtlinien zu stellen, "der möge sich bei mir melden", so der Bürgermeister.

Bitte konkreter

Insbesondere monierte er, dass der für die Gerstunger Mulde so wichtige Versenkungsstopp von Lauge nicht festgeschrieben ist. Im Vertragstext steht lediglich dies: "Nach heutigem Erkenntnisstand kann in Hessen unbeschadet von Übergangsregelungen eine Fortschreibung der in 2006 erlaubten Versenkung nach 2011 und in Thüringen die Aufnahme einer Versenkung von flüssigen Rückständen in der Gerstunger Mulde nicht unterlegt werden." Was "nach derzeitigem Erkenntnisstand" bedeute, habe man ja zur Genüge erfahren, charakterisierte Werner Hartung das Glaubwürdigkeitsproblem mit der Thüringer Landesregierung und K+S. Da nützten auch die Erklärungen des Landtagsabgeordneten Christian Köckert (CDU) nicht viel, der mit Deutungen des Vertragswerkes von Stefan Baldus angereizt war. Der Staatssekretär, der sich nach dem Rummel um das Papier gestern in den Urlaub verabschiedete, will die Vereinbarung so verstanden wissen, dass damit "die Laugenversenkung in Gerstungen dauerhaft ausgeschlossen" sei. Warum steht das so eindeutig nicht auch im Vertrag, fragt sich der Bürgermeister. Man solle den Vertrag "an diesem Papier messen", so der Landtagsabgeordnete, der außerdem bei den Gemeinderatsmitgliedern die Hoffnung auf Veränderungen im Vertragstext nährte. Was die Eile betrifft: Man müsse nun auch mal zu Stuhle kommen, verhandelt werde ja schon seit 2007. Bis 31. Mai 2009 soll K+S nun einen Strategieplan vorlegen, wie die im Papier formulierte Ziele umgesetzt werden. Nachverhandlungsbedarf sieht Christian Köckert dort, wo es um den Härtegrad des Wassers geht. Festlegungen dazu trafen bereits die Landtage Hessen und Thüringen, Veränderungen könnten eine Verfassungsklage nach sich ziehen.

Dass beim Härtegrad mittlerweile nicht mehr von einem "Grenzwert" sondern "Zielwert" gesprochen wird, darüber kann Werner Hartung nur den Kopf schütteln. Seine Mitgliedschaft am Runden Tisch sieht er mittlerweile gefährdet. Warum nach Kassel fahren, wenn er dort eh nur abnicken soll, was an anderer Stelle bereits ausgehandelt wurde?

Gemeindewerksleiter Ulf Frank stellte im Anschluss an die Vertragsbewertung die Ergebnisse der bisherigen drei Monitoringbohrungen vor. Sie belegen nach Auffassung des von der Gemeinde hinzugezogenen Geologen Dr. Ralf Krupp, dass es in den Bohrungen Vertikal- und Horizontalströmungen gibt, die die These vom undichten Plattendolomit stützen. Wie gefährlich nah die Trinkwasserbrunnen von Gerstungen salzabwassergefährdeten Stellen kommen, verdeutlichte Ulf Frank anhand von maßstabgetreuen Skizzen. Weitere Proben für genauere Erkenntnisse

habe das Thüringer Bergamt verweigert. Deswegen sah sich die Gemeinde genötigt, beim Verwaltungsgericht einen Antrag auf Beweissicherung zu stellen. Nächster Termin: 4. Februar.

Dieter Trümper (SPD/FW) nannte es einen "Skandal", dass die Gemeinde gezwungen sei, sich gerichtlich Beweise zu verschaffen. Manfred Schramm (CDU) berichtete von einem Telefongespräch mit Stefan Baldus. Der habe ihm persönlich versichert, dass mit der Laugenversenkung Schluss sei. Harry Weghenkel (LAD) sprach von einer "Verarschung des Runden Tisches", die ihn am Demokratieverständnis der Landesregierung zweifeln lasse. Für Wilfried Rösing (FDP) ist der Vertrag "wie ein Schlüpfergummi, der sich nach allen Seiten ziehen lässt".

30.01.2009 Von Rita Specht

Quelle:

<http://www.tlz.de/tlz/tlz.eisenach.volltext.php?kennung=on6tlzLOKStaEisenach39841&zulieferer=tlz&kategorie=LOK&rubrik=Stadt®ion=Eisenach&auftritt=TLZ&dbserver=1>

Ad hoc news 31.01.2009

Sklenar verteidigt geplante Vereinbarung mit K+S

Erfurt (ddp-lth) Umweltminister Volker Sklenar (CDU) hat die geplante Vereinbarung zwischen dem Kasseler Düngemittelhersteller K+S und den Ländern Hessen und Thüringen zur Eindämmung der Salzlauge-Belastung der Werra verteidigt.

Erfurt (ddp-lth). Umweltminister Volker Sklenar (CDU) hat die geplante Vereinbarung zwischen dem Kasseler Düngemittelhersteller K+S und den Ländern Hessen und Thüringen zur Eindämmung der Salzlauge-Belastung der Werra verteidigt. Sklenar zufolge bringt sie eine zukunftsfähige Kaliproduktion und eine nachhaltige Verbesserung der Umweltsituation in Einklang. Die Vereinbarung für eine nachhaltige Kaliproduktion sei ein Kompromiss und enthalte «keine Festlegungen, denen ein an einer Problemlösung interessierter Mensch nicht vorbehaltlos zustimmen kann», sagte Sklenar am Freitag im Landtag.

Kernstück des Rahmenvertrags ist die Zusage des Konzerns, durch ein Investitionsprogramm die flüssigen Rückstände aus der Kaliproduktion bis zum Jahr 2015 schrittweise auf sieben Millionen Kubikmeter zu halbieren. Der Härtegrenzwert in der Werra soll zunächst festgeschrieben und ab 2012 schrittweise reduziert werden.

Die SPD-Umweltpolitikerin Dagmar Becker sagte, der siebenseitige Entwurf der Vereinbarung widerspreche «eindeutig» der Beschlusslage des Thüringer Landtags. Danach dürfe der derzeit geltende Härtegrenzwert in der Werra nicht über das Jahr 2009 hinaus verlängert werden. Becker bemängelte, dass der Vertrag ausschließlich zugunsten von K+S sei. Die Landesregierung liege dem Unternehmen zu Füßen, sagte Becker. Sie forderte eine Gesamtstrategie von K+S, die in dem Vertrag festgeschrieben werden müsse.

Der Umweltexperte der Linken, Tilo Kummer, forderte die Entlassung von Umweltstaatssekretär Stefan Baldus, der die dem Landtagsbeschluss widersprechende Vereinbarung verhandelt habe.

ddp/dro/muc

Quelle: <http://www.ad-hoc-news.de/sklenar-verteidigt-geplante-vereinbarung-mit-k-s--/de/Wirtschaft-Boerse/Wirtschaft/20016655>

5. Schacht Roßleben und der Stand der Technik

Thüringer Allgemeine 12.01.2009

BOTTENDORF: **Angler gegen Kali & Salz**

Kali & Salz hat mit dem Antrag auf Erwerb des Bergwerkseigentums auch gleich einen Antrag auf die Nutzung der Rückstandshalde eingereicht inklusive Entwässerung in die Unstrut, berichtete der Vorsitzende des Vereins, Burkhard Senk, gestern im vollbesetzten Saal der Kupferhütte. "Passt auf, dass ihr keine zweite Werra bekommt", warnte daraufhin auch der Präsident des Verbandes für Angeln und Naturschutz, Reinhard Karol. Der Verband kämpfe seit Jahren gegen den Plan von K+S, weitere Salzabwässer in die Werra einzuleiten. "Wenn das hier passiert, ist der geplante Anschluss der Unstrut-Altarme, der jahrzehntelange Besatz der Gewässer umsonst", so Karol.

Senk betonte, man sei sich völlig darüber im Klaren, dass die Arbeitsplätze, die mit der Ansiedlung des Kaliwerkes in der Region verbunden seien, von immenser Wichtigkeit seien. Dennoch dürfe man den Schutz der Natur nicht aus dem Blickfeld verlieren. Das von der Florett-Gruppe vorgelegte Konzept, das einen untertägigen Versatz der Produktionsabfälle vorsehe, sei wesentlich moderner und auch noch umweltschonender, hieß es gestern weiter.

Schlagwörter: Thüringen, Thüringer Allgemeine, Zeitung, Nachrichten, TA, Bottendorf, Kali & Salz, Unstrut, Abwasser

12.01.2009 10:33 Uhr TA

MDR 13.01.2009

Roßleben

Kali-Lagerstätte steht vor Verkauf

Die Steinsalz-Lagerstätte in Roßleben steht vor dem Verkauf. Ein Sprecher der bundeseigenen Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben sagt dem MDR THÜRINGEN JOURNAL, ein Abschluss sei noch im ersten Halbjahr 2009 angestrebt.

Rund 200 Millionen Tonnen Steinsalz lagern in Roßleben.

Gefahr für die Unstrut?

Die Gesellschaft lege Wert darauf, dass in Roßleben wieder produziert und der Standort nicht nur als Lagerstätte genutzt werde. Befürchtungen von Anglern und Naturschützern, die Unstrut werde wie die Werra durch Laugenabwässer verunreinigt, seien unbegründet, so der Sprecher. Es gebe zwei ernst zu nehmende Interessenten, deren Nutzungskonzepte jeweils einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden.

1991 stillgelegt

Die Lagerstätte in Roßleben umfasst rund 200 Millionen Tonnen Steinsalz. An dem Standort war bereits im vergangenen Jahrhundert über Jahrzehnte hinweg Kalibergbau betrieben worden. Das 1903 eröffnete Bergwerk lieferte im Jahr 1905 das erste Salz. 1991 wurde das Bergwerk jedoch stillgelegt. Wegen der in den vergangenen Jahren stark gestiegenen Nachfrage nach Kalisalz ist ein Neuaufschluss wirtschaftlich wieder interessant geworden. Die Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben hatte die Lagerstätte im Jahr 2007 zum Verkauf ausgeschrieben.

Zuletzt aktualisiert: 13. Januar 2009, 17:48 Uhr

Quelle: <http://www.mdr.de/thueringen/nord-thueringen/6050231.html>

Thüringer Allgemeine 29.01.2009

Vorteil für Saubermänner

Die Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben (GVV) wird nach Aussage ihres Geschäftsführers Hans-Joachim Hartwig mit beiden Interessenten über den Verkauf der Kalilagerstätte im Raum Roßleben verhandeln.

KYFFHÄUSERKREIS. "Auch wenn die in Auftrag gegebenen Gutachten noch nicht vorliegen, kann man das bereits als sicher annehmen", so Hartwig. Sowohl die Kali & Salz-Gruppe (K+S) aus Kassel als auch die internationale "Florett"-Gruppe bewerben sich um den Abbau des weißen Goldes. Bei den Verhandlungen solle aber nicht der Kaufpreis im Mittelpunkt stehen, sondern die Genehmigungsfähigkeit des eingereichten Gesamtkonzeptes, so der GVV-Chef gegenüber TA. Besonderes Augenmerk soll auf eine möglichst umweltverträgliche Förder- und Verarbeitungsmethode gelegt werden, um Widersprüche innerhalb des Genehmigungsverfahrens zu reduzieren. "Ziel ist es, dass die Produktion so schnell wie möglich aufgenommen wird", sagte Hartwig. Da dürfte die Florett-Gruppe wohl insgesamt gesehen die besseren Karten haben. Denn sie plant in ihrem Konzept, die Rückstände vollständig unter Tage in den bestehenden Hohlräumen zu versetzen. "Ob das komplett möglich ist, wage ich allerdings zu bezweifeln", schränkte Hartwig ein. Dennoch dürfte K+S mit seinem zwischenzeitlich bekannt gewordenen Plan, die Kalihalde, die aufwändig renaturiert wird, wieder aufzumachen, in der Region auf wenig Begeisterung stoßen.

Doch sind die beiden Kontrahenten angesichts einbrechender Weltwirtschaft und sinkender Rohstoffpreise überhaupt noch am Erwerb der Lagerstätte interessiert? "Bei beiden ist weiterhin ein vehementes Interesse spürbar", sagte der GVV-Chef in Sondershausen. Zudem sei der Kalipreis auf dem Weltmarkt unverändert hoch - "die Nachfrage nach Düngemitteln ist da. Zudem ist der Bau eines neuen Bergwerkes eine Investition auf lange Sicht. Und da ist man dann bereit, wenn es wieder aufwärts geht."

Das größte Problem sieht Hartwig derzeit in der Finanzkrise. "Wer auch immer den Zuschlag erhält, wird mindestens eine halbe Milliarde Euro investieren müssen", sagte er. Und das sei Geld, das man erst einmal von einer Bank geliehen bekommen müsse.

"Wir gehen da aber auf Nummer sicher. Den Zuschlag gibt es nur, wenn uns Finanzierungszusagen vorliegen", stellte der Geschäftsführer der bundeseigenen Gesellschaft klar. Zudem gebe es garantiert eine Rückfallklausel im Kaufvertrag: "Darin wird genau festgelegt, dass im Verlauf von einigen wenigen Jahren mit dem Abbau der Rohstoffe begonnen werden muss, ansonsten fällt das Bergwerkseigentum an den Bund zurück", so Hartwig.

Doch eines nach dem anderen: Bis zur zweiten Februarwoche sollen die beiden in Auftrag gegebenen Gutachten vorliegen. Einmal prüfte das Büro Ercosplan aus Erfurt die Konzepte der beiden Bewerber, zum anderen wurde ein vereidigter Sachverständiger eingeschaltet, der die Modalitäten der Kaufpreiszahlung festlegen soll. Neben einer Einmalzahlung ist auch eine Abgabe pro geförderter Tonne denkbar (TA berichtete). Die konkreten Verhandlungen könnten locker ein Jahr und noch länger dauern.

29.01.2009 Von Sebastian TAUCHNITZ

Quelle: [http://www.thueringer-](http://www.thueringer-allgemei-)

[ne.de/ta/ta.staedtenews.volltext.php?kennung=on1taLOKStaArtern39840&zulieferer=ta&kategorie=LOK&rubrik=Stadt®ion=Artern&auftritt=TA&dbserver=1](http://www.thueringer-allgemei-ne.de/ta/ta.staedtenews.volltext.php?kennung=on1taLOKStaArtern39840&zulieferer=ta&kategorie=LOK&rubrik=Stadt®ion=Artern&auftritt=TA&dbserver=1)

6. Werra-Gutachten

HNA

Rotenburg

Es stört nicht nur das Salz

K+S stellt Langzeit-Untersuchung zur Wasserqualität der Werra vor

Von Peter Lenz

Heringen. Der biologische und ökologische Zustand der Werra hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert, die Zahl der Arten von Pflanzen, Fischen und Kleinlebewesen im Fluss nimmt ständig zu. Das belegt ein Gutachten des Fachbüros EcoRing im Auftrag der K+S Kali GmbH, dessen Mitarbeiter in den Jahren 2004 bis 2008 umfangreiche Messdaten gesammelt und Laboruntersuchungen ausgewertet haben.

Behörden und Runder Tisch

Der Ökologe Dr. Eckhard Coring von EcoRing stellte das Gutachten in dieser Woche im K+S-Forschungsinstitut in Heringen vor. Es soll den hessischen und thüringischen Fachbehörden vorgelegt und in der nächsten Sitzung des Runden Tisches zur Werraversalzung am 13. Januar behandelt werden.

Das Fazit der Gutachter: Für die Entwicklung der Werra zu einem naturnahen Gewässer ist nicht allein die Reduzierung des Chloridgehalts im Flusswasser entscheidend, sondern vor allem auch eine Absenkung der Kalium- und Magnesiumanteile.

Zu diesen Belastungsfaktoren aus der Kali-Industrie kommen aber weitere wie die Einleitung kommunaler Abwässer, Düngemittelrückstände aus der Landwirtschaft, Schwermetalle sowie bauliche Eingriffe wie Staustufen und Uferbefestigungen, die sich auf Nährgehalt und Fließgeschwindigkeit des Gewässers auswirken und somit auch auf die Lebensbedingungen von Pflanzen und Wassertieren.

"Es konnte gezeigt werden, dass eine biologisch wirksame Schwelle für die weitere Verbesserung des ökologischen Zustands (der Werra) bei deutlich reduzierten Kalium- und Magnesiumgehalten erreicht wird", heißt es in der Zusammenfassung des Gutachtens. "Eine begleitende Reduzierung aller weiteren, in der Werra wirksamen gütebeeinträchtigenden Stressoren ist wünschenswert und würde die zu erwartende ökologische Verbesserung positiv unterstützen", stellen die Wissenschaftler von EcoRing fest.

"Unser Gutachten schreibt keine Grenzwerte vor", erklärte Dr. Coring. Das sei Aufgabe der Behörden, die die Einleitung genehmigten. Das Regierungspräsidium in Kassel hatte die K+S Kali GmbH 2003 in Verbindung mit der verlängerten Einleitungsgenehmigung verpflichtet, die Auswirkungen der salzigen Produktionsabwässer in der Werra wissenschaftlich erforschen zu lassen.

Die Wahl fiel auf das Büro EcoRing im niedersächsischen Hardegsen, das bereits in den Jahren 1993 bis 2002 den hessischen und thüringischen Fachbehörden Gewässergutachten zur Werra geliefert hatte. Dort war deshalb auch der Zustand des Flusses aus der Zeit vor Einführung der geregelten Salzlast-Steuerung durch K+S im Jahr 2000 bekannt.

Passt zum Paket

K+S-Forschungsleiter Prof. Dr. Ingo Stahl erklärte dazu, das von seinem Unternehmen beschlossene Maßnahmenpaket im Wert von 360 Millionen Euro, mit dem spätestens bis 2015 die Abwassermenge aus der Produktion des Werks Werra halbiert werden soll, zielt unter anderem darauf ab, die Anteile von Kalium und Magnesium zu senken - zum Beispiel durch den Bau einer Eindampfanlage in Unterbreizbach.

09.01.2009 | An den Anfang der Seite

Quelle:

http://www.hna.de/rotenburgstart/00_20090109180614_Es_stoert_nicht_nur_das_Salz.html

Osthessen-News

K+S: Gewässer-Gutachten macht deutlich - Zustand Werra und Weser besser

09.01.09 - **KASSEL** - Die Ergebnisse einer Langzeituntersuchung, mit der die Auswirkungen veränderter Salzwassereinleitungen in die Werra abgeschätzt werden sollen, wurden jetzt den hessischen und thüringischen Behörden vorgestellt. Das Gutachten weist nach Meinung des K+S-Konzerns nach, dass sich der biologischökologische Zustand der Werra deutlich erholt hat und weitere maßgebliche Verbesserungen durch das Maßnahmenpaket von K+S zum Gewässerschutz zu erwarten sind. Die Wissenschaftler von EcoRing, Fachbüro für Gewässerökologie, Umweltdokumentation und Datenmanagement, konnten aber auch belegen, dass die geplanten Maßnahmen zur weiteren Reduzierung der Salzwassereinleitungen ihre volle Wirkung nur dann entfalten können, wenn auch an der Beseitigung aller anderen schädlichen Einflüsse für den Fluss gearbeitet wird.

Zur Vorgeschichte: Das Regierungspräsidium Kassel hatte K+S 2003 in Abstimmung mit den thüringischen Behörden im Rahmen einer Genehmigungsaufgabe verpflichtet, in einem weiteren Untersuchungsprogramm die Auswirkungen der Salzwassereinleitung in die Werra erforschen zu lassen. Damit sollte einerseits das bestehende Monitoringprogramm fortgesetzt, darüber hinaus aber auch eine Reihe konkreter Fragen beantwortet werden, die sich insbesondere mit den biologischen Auswirkungen einzelner Stoffe auf das Leben im Fluss befassen. Ziel war, wissenschaftlich belastbare Erkenntnisse für die Weiterentwicklung der Produktions- und Entsorgungsprozesse zu gewinnen. Mit der Durchführung der Untersuchung wurde das Fachbüro EcoRing beauftragt, das bereits vor Jahren für die hessischen und thüringischen Fachbehörden Gewässergutachten für die Werra erstellt hatte.

Gewässerzustand deutlich verbessert

Als zeitlicher Rahmen für das Projekt wurde der Zeitraum 2004-2007 festgelegt und in einzelnen Sachgebieten noch um das Jahr 2008 erweitert. Neben quantitativen und qualitativen Erhebungen mit Hunderten von Mess- und Beobachtungsdaten aus der mittleren und unteren Werra sowie Nebengewässern wurden auch kontinuierliche Sondenmessungen durchgeführt, mit denen Schwankungen des Sauerstoff- und Chlorophyllgehalts sowie der Leitfähigkeit des Wassers aufgezeichnet wurden. Die Dichte der Daten und die Länge des Beobachtungszeitraums seit 1993 führen dazu, dass die Werra wohl als einer der am besten in seinen biologischen Strukturen erforschte Flüsse in Deutschland gelten kann. Sie zeichnen entsprechend dem Stand der Wissenschaft ein vollständiges Bild von den Veränderungen des Lebensraumes in dieser Zeitspanne. Räumlich und zeitlich hochauflösende Untersuchungen an repräsentativ ausgewählten Flussstrecken zwischen Breitung und Hann. Münden bestätigten eine nachhaltige Wiederbelebung der Werra, die eindeutig auf die seit dem Jahr 2000 wirksame Reduzierung und Vergleichmäßigung der Salzwassereinleitung zurückzuführen ist. Dies zeigt sich sowohl in der weiterhin zunehmenden Artenzahl bei Mikroorganismen, Pflanzen und Kleinlebewesen wie auch in dem größer werdenden Artenspektrum bei den Fischen. Gleichzeitig wurde deutlich, dass dieser Prozess sich noch dynamisch entwickelt.

Versuchsreihen an den Universitäten Münster und Göttingen Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Gutachtens waren experimentelle Untersuchungen zur Überprüfung der Freilandbefunde und zur Ermittlung der Wirkungen einzelner Salzwasser-Bestandteile, insbesondere Kalium und Magnesium. Hierzu wurden unter anderem an den Universitäten Münster und Göttingen Versuchsreihen an verschiedenen Algenarten in unterschiedlichen Salz- und Ionenkonzentrationen durchgeführt. Diese Tests gaben wichtige Hinweise darauf, wie sich zukünftig bei der Festsetzung von Grenzwerten weitere Verbesserungen der Gewässerqualität erreichen lassen. Bestätigt wurde die Annahme, dass eine auf die Chloridkonzentration reduzierte Grenzwertdiskussion zu kurz greift. Genau dies ist ein wesentlicher Ansatz des von K+S geplanten Maßnahmenpakets zum Gewässerschutz, das unter anderem eine Verringerung der Kalium- und Magnesiumgehalte um 30 Prozent bis 2015 erreichen will. Auch aus diesem Grund erwartet das Gutachten bei Umsetzung der Gewässerschutz-Maßnahmen durch K+S nachhaltige Verbesserungen der ökologischen Situation in Werra und Weser.

Umfassendes Sanierungskonzept erforderlich

Allerdings weisen die Wissenschaftler auch darauf hin, dass das Maßnahmenpaket nur dann seine maximale Wirkung entfalten kann, wenn zeitgleich die übrigen Einflussfaktoren, die das Werra-Weser-System belasten, reduziert werden. Dazu zählen nach den Ergebnissen der Untersuchung neben überhöhten Nährstoffkonzentrationen aus kommunalen und landwirtschaftlichen Quellen sowie Schwermetallgehalten vor allem bauliche Eingriffe wie Uferbefestigungen, Ausbaggerungen, Wehre und Flusskraftwerke.

Um dem Ziel eines möglichst naturnahen Gewässers näher zu kommen, ist es daher dringend geboten, dass alle Verantwortlichen – Kommunen und öffentliche Verwaltung, Landwirtschaft und andere Gewässernutzer – ihren Beitrag leisten. K+S begrüßt deshalb die Überlegungen des Runden Tisches, der erkannt hat, dass zur Erreichung der Ziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie alle Belastungen reduziert werden müssen. +++

Quelle: http://www.osthessen-news.de/beitrag_A.php?id=1160278

Thüringer Allgemeine

ERFURT: Streit um Werra-Gutachten

Im Streit um die Versalzung der Werra hat der Kasseler Düngemittelkonzern K+S gestern auf eine deutliche Verbesserung der Wasserqualität verwiesen. Dies besage ein Gutachten. Demnach sei der Salzgehalt gesunken und mehr Fische in dem hessisch-thüringischen Grenzfluss gezählt worden. Die Linke bekräftigte ihre Forderung nach einem Ende der Salzeinleitung. Die höhere Fischdichte sei auf die Beseitigung von Staustufen zurückzuführen, sagte der Umweltpolitiker Tilo Kummer. Die Larven und Eier der Fische hätten jedoch keine Überlebenschance angesichts der hohen Salzkonzentration.

10.01.2009 04:28 Uhr TA

Quelle: [http://www.thueringer-](http://www.thueringer-allgemei-)

[ne.de/ta/ta.thueringen.ticker.volltext.php?kennung=ontaTICRatgeberMantel1231558081&zulieferer=ta&kategorie=TIC&rubrik=Ratgeber®ion=Mantel&auftritt=TA&dbserver=1](http://www.thueringer-allgemei-ne.de/ta/ta.thueringen.ticker.volltext.php?kennung=ontaTICRatgeberMantel1231558081&zulieferer=ta&kategorie=TIC&rubrik=Ratgeber®ion=Mantel&auftritt=TA&dbserver=1)

HNA

Witzenhausen

Es stört nicht nur das Salz**K+S stellt Langzeit-Untersuchung zur Wasserqualität der Werra vor**

Von Peter Lenz

Werra-Meissner-Kreis. Der biologische und ökologische Zustand der Werra hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert, die Zahl der Arten von Pflanzen, Fischen und Kleinlebewesen im Fluss nimmt ständig zu. Das belegt ein Gutachten des Fachbüros EcoRing im Auftrag der K+S Kali GmbH, dessen Mitarbeiter in den Jahren 2004 bis 2008 umfangreiche Messdaten gesammelt und Laboruntersuchungen ausgewertet haben.

Behörden und Runder Tisch

Der Ökologe Dr. Eckhard Coring von EcoRing stellte das Gutachten jetzt im K+S-Forschungsinstitut in Heringen vor. Es soll den hessischen und thüringischen Fachbehörden vorgelegt und in der nächsten Sitzung des Runden Tisches zur Werraversalzung am morgigen Dienstag behandelt werden. Das Fazit der Gutachter: Für die Entwicklung der Werra zu einem naturnahen Gewässer ist nicht allein die Reduzierung des Chloridgehalts im Flusswasser entscheidend, sondern vor allem auch eine Absenkung der Kalium- und Magnesiumanteile.

Zu diesen Belastungsfaktoren aus der Kali-Industrie kommen aber weitere wie die Einleitung kommunaler Abwässer, Düngemittelrückstände aus der Landwirtschaft, Schwermetalle sowie bauliche Eingriffe wie Staustufen und Uferbefestigungen, die sich auf Nährgehalt und Fließge-

schwindigkeit des Gewässers auswirken und somit auch auf die Lebensbedingungen von Pflanzen und Wassertieren.

"Es konnte gezeigt werden, dass eine biologisch wirksame Schwelle für die weitere Verbesserung des ökologischen Zustands (der Werra) bei deutlich reduzierten Kalium- und Magnesiumgehalten erreicht wird", heißt es in der Zusammenfassung des Gutachtens. "Eine begleitende Reduzierung aller weiteren, in der Werra wirksamen gütebeeinträchtigenden Stressoren ist wünschenswert und würde die zu erwartende ökologische Verbesserung positiv unterstützen", stellen die Wissenschaftler von EcoRing fest.

"Unser Gutachten schreibt keine Grenzwerte vor", erklärte Dr. Coring. Das sei Aufgabe der Behörden, die die Einleitung genehmigten. Das Regierungspräsidium in Kassel hatte die K+S Kali GmbH 2003 in Verbindung mit der verlängerten Einleitungsgenehmigung verpflichtet, die Auswirkungen der salzigen Produktionsabwässer in der Werra wissenschaftlich erforschen zu lassen.

Die Wahl fiel auf das Büro EcoRing im niedersächsischen Hardegsen, das bereits in den Jahren 1993 bis 2002 den hessischen und thüringischen Fachbehörden Gewässergutachten zur Werra geliefert hatte. Dort war deshalb auch der Zustand des Flusses aus der Zeit vor Einführung der geregelten Salzlast-Steuerung durch K+S im Jahr 2000 bekannt.

K+S-Forschungsleiter Prof. Dr. Ingo Stahl erklärte dazu, das von seinem Unternehmen beschlossene Maßnahmenpaket im Wert von 360 Millionen Euro, mit dem spätestens bis 2015 die Abwassermenge aus der Produktion des Werks Werra halbiert werden soll, zielt unter anderem darauf ab, die Anteile von Kalium und Magnesium zu senken - zum Beispiel durch den Bau einer Eindampfanlage in Unterbreizbach. Hintergrund

11.01.2009 | An den Anfang der Seite

Quelle:

http://www.hna.de/witzenhausenstart/00_20090111155512_Es_stoert_nicht_nur_das_Salz.html

europaticker: Gewässer-Gutachten macht deutlich:

Werra und Weser auf dem Weg der Besserung aber alle sind gefordert

Die Ergebnisse einer Langzeituntersuchung, mit der die Auswirkungen veränderter Salzwassereinleitungen in die Werra abgeschätzt werden sollen, wurden jetzt den hessischen und thüringischen Behörden vorgestellt. Das Gutachten weist nach, dass sich der biologisch-ökologische Zustand der Werra deutlich erholt hat und weitere maßgebliche Verbesserungen durch das Maßnahmenpaket von K+S zum Gewässerschutz zu erwarten sind. Die Wissenschaftler von EcoRing, Fachbüro für Gewässerökologie, Umweltdokumentation und Datenmanagement, konnten aber auch belegen, dass die geplanten Maßnahmen zur weiteren Reduzierung der Salzwassereinleitungen ihre volle Wirkung nur dann entfalten können, wenn auch an der Beseitigung aller anderen schädlichen Einflüsse für den Fluss gearbeitet wird.

Zur Vorgeschichte: Das Regierungspräsidium Kassel hatte K+S 2003 in Abstimmung mit den thüringischen Behörden im Rahmen einer Genehmigungsaufgabe verpflichtet, in einem weiteren Untersuchungsprogramm die Auswirkungen der Salzwassereinleitung in die Werra erforschen zu lassen. Damit sollte einerseits das bestehende Monitoringprogramm fortgesetzt, darüber hinaus aber auch eine Reihe konkreter Fragen beantwortet werden, die sich insbesondere mit den biologischen Auswirkungen einzelner Stoffe auf das Leben im Fluss befassen. Ziel war, wissenschaftlich belastbare Erkenntnisse für die Weiterentwicklung der Produktions- und Entsorgungsprozesse zu gewinnen. Mit der Durchführung der Untersuchung wurde das Fachbüro EcoRing beauftragt, das bereits vor Jahren für die hessischen und thüringischen Fachbehörden Gewässergutachten für die Werra erstellt hatte.

Gewässerzustand deutlich verbessert

Als zeitlicher Rahmen für das Projekt wurde der Zeitraum 2004-2007 festgelegt und in einzelnen Sachgebieten noch um das Jahr 2008 erweitert. Neben quantitativen und qualitativen Erhebungen mit Hunderten von Mess- und Beobachtungsdaten aus der mittleren und unteren Werra sowie Nebengewässern wurden auch kontinuierliche Sondenmessungen durchgeführt, mit denen Schwankungen des Sauerstoff- und Chlorophyllgehalts sowie der Leitfähigkeit des Wassers aufgezeichnet wurden. Die Dichte der Daten und die Länge des Beobachtungszeitraums seit 1993 führen dazu, dass die Werra wohl als einer der am besten in seinen biologischen Strukturen erforschte Fluss in Deutschland gelten kann. Sie zeichnen entsprechend dem Stand der Wissenschaft ein vollständiges Bild von den Veränderungen des Lebensraumes in dieser Zeitspanne. Räumlich und zeitlich hochauflösende Untersuchungen an repräsentativ ausgewählten Flussstrecken zwischen Breitung und Hann. Münden bestätigten eine nachhaltige Wiederbelebung der Werra, die eindeutig auf die seit dem Jahr 2000 wirksame Reduzierung und Vergleichmäßigung der Salzwassereinleitung zurückzuführen ist. Dies zeigt sich sowohl in der weiterhin zunehmenden Artenzahl bei Mikroorganismen, Pflanzen und Kleinlebewesen wie auch in dem größer werdenden Artenspektrum bei den Fischen. Gleichzeitig wurde deutlich, dass dieser Prozess sich noch dynamisch entwickelt.

Versuchsreihen an den Universitäten Münster und Göttingen

Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Gutachtens waren experimentelle Untersuchungen zur Überprüfung der Freilandbefunde und zur Ermittlung der Wirkungen einzelner Salzwasserbestandteile, insbesondere Kalium und Magnesium. Hierzu wurden unter anderem an den Universitäten Münster und Göttingen Versuchsreihen an verschiedenen Algenarten in unterschiedlichen Salz- und Ionenkonzentrationen durchgeführt. Diese Tests gaben wichtige Hinweise darauf, wie sich zukünftig bei der Festsetzung von Grenzwerten weitere Verbesserungen der Gewässerqualität erreichen lassen. Bestätigt wurde die Annahme, dass eine auf die Chloridkonzentration reduzierte Grenzwertdiskussion zu kurz greift. Genau dies ist ein wesentlicher Ansatz des von K+S geplanten Maßnahmenpakets zum Gewässerschutz, das unter anderem eine Verringerung der Kalium- und Magnesiumgehalte um 30 Prozent bis 2015 erreichen will. Auch aus diesem Grund erwartet das Gutachten bei Umsetzung der Gewässerschutz-Maßnahmen durch K+S nachhaltige Verbesserungen der ökologischen Situation in Werra und Weser.

Umfassendes Sanierungskonzept erforderlich

Allerdings weisen die Wissenschaftler auch darauf hin, dass das Maßnahmenpaket nur dann seine maximale Wirkung entfalten kann, wenn zeitgleich die übrigen Einflussfaktoren, die das Werra-Weser-System belasten, reduziert werden. Dazu zählen nach den Ergebnissen der Untersuchung neben überhöhten Nährstoffkonzentrationen aus kommunalen und landwirtschaftlichen Quellen sowie Schwermetallgehalten vor allem bauliche Eingriffe wie Uferbefestigungen, Ausbaggerungen, Wehre und Flusskraftwerke.

Um dem Ziel eines möglichst naturnahen Gewässers näher zu kommen, ist es daher dringend geboten, dass alle Verantwortlichen Kommunen und öffentliche Verwaltung, Landwirtschaft und andere Gewässernutzer ihren Beitrag leisten. K+S begrüßt deshalb die Überlegungen des Runden Tisches, der erkannt hat, dass zur Erreichung der Ziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie alle Belastungen reduziert werden müssen.

Quelle/Autor: Europaticker

erschienen am: 2009-01-09

Quelle: <http://www.umweltruf.de/news/111/news0.php3?nummer=21675>

GRUENE-THUERINGEN.DE | Themen | Umweltschutz | Werraversalzung

Werra-Langzeitstudie: "Einseitig" und "schöngeredet"

Thüringische Landeszeitung Eisenach vom 13.01.09

Im Jahr 20 nach Mauerfall und friedlicher Revolution beschert das Blättern in Zeitungsseiten jener Monate durchaus Überraschendes - oder auch nicht, kommt auf die Sichtweise an. An Aktualität hat seitdem beispielsweise nicht eingebüßt, was in einer Schlagzeile der ersten Ausgabe der "Eisenacher Tagespost" (später in der TLZ aufgegangen) nach der Wende vom 9. Februar 1990 steht: "Versalzung von Werra und Weser soll gestoppt werden", heißt es auf da der Titelseite.

Im Text ist die Rede von mehr als 200 Millionen DM, "erforderlichenfalls mehr", wird Umweltminister Klaus Töpfer zitiert, Geld, das für die Entsalzung der Flüsse verwendet verwendet werden soll mittels "umweltschonender Techniken" statt "abwasserreicher Verfahren". Die andere Seite der Medaille sind Entlassungen. "Frei werdende Kollegen", heißt es, sollen in der Bergbauschwierigkeit eine neue Aufgabe finden, die vielen Millionen DM auch "zur Ansiedlung neuer Industrien in der strukturschwachen Region" dienen.

Weg der Besserung

20 Jahre nach dieser Schlagzeile stellte Kaliproduzent K + S, der von der Übernahme der ostdeutschen Kalistandorte profitierte, in der Auswertung einer Langzeit-Gewässerstudie fest, dass "Werra und Weser auf dem Weg der Besserung" seien (TLZ berichtete in der Samstagsausgabe). Damit könnte die lange Geschichte darüber, warum in der Werra statt Lachsen schottische Salzwasserkrebse leben, ein gutes Ende finden. Doch dass sich der Gewässerzustand deutlich gebessert hat, diese Sicht können Umweltverbände und die Partei der Grünen in Thüringen nicht teilen.

Dagegen argumentiert wird vor allem damit, dass K + S die Langzeitstudie selbst in Auftrag gab. "B 90/Die Grünen halten die Ausrichtung des Gutachtens sowie seine Auslegung durch K + S für höchst einseitig", heißt es in einer Mitteilung. Die Interpretation greife zu kurz, wertete Grünen-Landessprecher Frank Augsten: "Die Bedeutung der zusätzlichen Belastungen der Werra wird überbewertet, damit K + S seine Verantwortung für den schlechten Gewässerzustand verschleiern kann". Dass die Schwermetallbelastung gerade auch durch die Kali-Produktion entstehe, dürfe nicht vergessen werden. Hier müsse mit offenen Karten gespielt werden.

Probleme außen vor

Der Eisenacher Bündnisgrüne Richard Janus spricht von Schönrederei: "Natürlich kann man sich die Studie schön reden, wenn man nicht die weiteren Probleme an der Werra einbezieht. Gerade die Aufhaltung der Produktionsrückstände, der Schwerlastverkehr durch den Laugentransport aus Neuhaus-Ellers an der Werra, die Grundwasserprobleme infolge der Laugenverpressung dürfen nicht außen vor bleiben", fordert der heimische Werrabeauftragte seiner Partei. Für ihn ist die Interpretation der Studie durch K + S auch ein Beleg dafür, "wie leichtfertig mit der Gesundheit von Mensch und Tier umgegangen wird".

B 90/Die Grünen kündigten an, am Ausstieg aus der Werra- und Weserverschmutzung festhalten zu wollen. 2020 müsse endlich die Werraversalzung ein Ende finden.

Welche Schlussfolgerungen das Langzeit-Gutachten zulässt, dürfte heute auch Gegenstand am Runden Tisch Gewässerschutz Werra und Weser sein. Die erste Sitzung des Gremiums im neuen Jahr findet an einem recht glamourösen Tagungsort statt - dem Grand Hotel La Strada.

Ob es Grund zum Feiern gibt?

12.01.2009 Von Rita Specht

Quelle: http://www.gruene-thueringen.de/cms/default/dok/265/265513.werralangzeitstudie_einseitig_und_schoen.htm

HR-online**Gutachten****Wasserqualität der Werra verbessert****Im Streit um die Salzlauge-Einleitung in die Werra erhält der Kasseler Düngemittelhersteller K+S Rückendeckung. Ein externes Gutachterbüro hat Fortschritte bei der Wasserqualität des Flusses festgestellt.**

Der biologisch-ökologische Zustand der Werra habe sich deutlich erholt, heißt es im Gutachten des Büros Ecoring, das von K+S und den Umweltministerien Hessens und Thüringens in Auftrag gegeben wurde. Zwischen Breitungen in Westthüringen und Hannoversch Münden in Niedersachsen sei eine nachhaltige Wiederbelebung des Flusses feststellbar. So haben die Gutachter mehr Arten von Pflanzen, Kleinlebewesen, Mikroorganismen und Fischarten entdeckt. Als Grund für die verbesserte Werra-Qualität wird "die Reduzierung und Vergleichsmässigung der Salzwassereinleitungen seit dem Jahr 2000" genannt.

K+S steht seit Jahren wegen der Salzwassereinleitungen in der Kritik der Umweltschützer und anliegenden Kommunen. Umweltverbände warnen vor einer nachhaltigen Schädigung der Werra und der Weser, die aus der Werra und Fulda hervorgeht. Der Dax-Konzern betont, sich streng an die Grenzwerte zu halten.

Ende Oktober kündigte der Kasseler Düngemittelhersteller an, seine umstrittenen Salzeinleitungen in die Werra zu halbieren und dafür bis 2015 rund 360 Millionen Euro zu investieren. Das halten Kritiker für nicht ausreichend. Vor knapp einem Jahr hat sich in Kassel ein Runder Tisch gebildet, der den Konflikt entschärfen soll. Zwei Dutzend Vertreter der Länder Hessen und Thüringen sowie von Kommunen, Wirtschaft und Umweltschutzgruppen wollen Lösungen für die Salzlagenentsorgung finden.

Quelle: [http://www.hr-](http://www.hr-online.de/)

[ne.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp;jsessionid=45680D6A972A7126BEAAC474C3EB84CA?rubrik=36086&key=standard_document_36137570&msg=36086](http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp;jsessionid=45680D6A972A7126BEAAC474C3EB84CA?rubrik=36086&key=standard_document_36137570&msg=36086)

FR-online**Bessere Wasserqualität****Gutachten sieht wiederbelebte Werra****Die Wasserqualität in der Werra hat sich nach einem von dem Düngemittelhersteller K+S in Auftrag gegebenen Gutachten erheblich verbessert.**

Der biologisch-ökologische Zustand des Flusses habe sich deutlich erholt, heißt es in dem am Freitag in Kassel vorgestellten Papier. Zwischen Breitungen in Westthüringen und Hannoversch Münden in Niedersachsen kurz hinter der Grenze zu Hessen sei eine nachhaltige Wiederbelebung feststellbar.

Das Gutachten ist Teil der Auflagen, die die Behörden K+S gemacht haben. Das untersuchende Gutachterbüro Ecoring war von dem Unternehmen und den Umweltministerien von Hessen und Thüringen ausgesucht worden.

K+S ist seit Jahren in der Kritik, weil es eine 63 Kilometer lange Pipeline von einem Werk bei Fulda zur Werra bauen will. Schon seit Jahrzehnten fließt die bei der Förderung anfallende Salzlauge in den Fluss, derzeit wird sie mit bis zu 200 Lastwagenladungen am Tag an den Fluss gefahren. **dpa**

Quelle: [http://www.fr-](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/1659245_Gutachten-sieht-wiederbelebte-Werra.html?sid=0f296ca5e7444d9615a1001b3d40b410)

[online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/1659245_Gutachten-sieht-wiederbelebte-Werra.html?sid=0f296ca5e7444d9615a1001b3d40b410](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/1659245_Gutachten-sieht-wiederbelebte-Werra.html?sid=0f296ca5e7444d9615a1001b3d40b410)

Wirtschaft**K+S-Gutachten sieht nachhaltige Wiederbelebung der Werra**

(15.01.09)

Die Wasserqualität in der Werra hat sich einem von dem Düngemittelhersteller K+S in Auftrag gegebenen Gutachten zufolge erheblich verbessert. Der biologisch-ökologische Zustand des Flusses habe sich deutlich erholt, heißt es in dem Mitte Januar in Kassel vorgestellten Papier. Zwischen Breitung in Westthüringen und Hannoversch Münden in Niedersachsen kurz hinter der Grenze zu Hessen sei eine nachhaltige Wiederbelebung feststellbar. Das Gutachten ist Teil der Auflagen, die die Behörden K+S gemacht haben. Das untersuchende Gutachterbüro Ecoring war von dem Unternehmen und den Umweltministerien von Hessen und Thüringen ausgesucht worden.

Quelle: [http://www.euwid-](http://www.euwid-was-)
[was-](http://www.euwid-was-)

[ser.de/nachrichten_single.html?&tx_ttnews\[tt_news\]=331&tx_ttnews\[backPid\]=13&cHash=2fc21274c0](http://www.euwid-was-ser.de/nachrichten_single.html?&tx_ttnews[tt_news]=331&tx_ttnews[backPid]=13&cHash=2fc21274c0)

Hann. Münden

"K+S-Studie zur Werra tendenziös"

witzenhausen/mündedn. Ein Gutachten zur Gewässerqualität der Werra, das das Büro Ecoring im Auftrag der Kasseler K+S AG erstellt hat, wird in Fachkreisen als unwissenschaftlich und tendenziös bezeichnet. Das erklärte Dr. Walter Hölzel, Erster Stadtrat der Stadt Witzenhausen und Vorsitzende der Werra-Weser-Anrainerkonferenz. Die im Gutachten getroffenen Aussagen würden von unabhängigen Untersuchungen nicht bestätigt, so Hölzel. Die anstehenden Genehmigungsverfahren machten deshalb ein vom Verursacher K+S unabhängiges Gewässermonitoring erforderlich.

"Erst unterhalb des hessischen Kalireviere ist die Werra der am stärksten belastete Fluss Deutschlands."

Dr. Walter Hölzel

Schon im November 2007 habe einer der K + S-Gutachter Ergebnisse vorgestellt, nach der die Werra auch ohne Salzbelastung durch die Kali-Industrie in schlechtem Zustand sei. Ursache seien unzureichend geklärte kommunale Abwässer aus Thüringen und der Landwirtschaft.

Ein völlig anderes Bild zeichne dagegen der Fachbereich Gewässerökologie/Gewässerentwicklung der Universität Kassel. Danach ändere sich die Werrafauna ab Einleitung der K + S-Salzlaugen bei Heringen/Gerstungen drastisch. Erst unterhalb des hessischen Kalireviere sei die Werra der am stärksten belastete Fluss Deutschlands.

Für die Werra-Weser-Anrainerkonferenz sei das K + S-Gutachten deshalb nicht haltbar, betonte Dr. Hölzel. Es ziele vielmehr darauf ab, die Bedeutung der Salzbelastung zu verschleiern und zu relativieren (asc)

18.01.2009

Quelle:

http://www.hna.de/muendenstart/00_20090118170755_quotKS_Studie_zur_Werra_tendenzioes_quot.html

Fuldainfo 20.01.2009**K+S soll Gutachten zur Gewässerqualität der Werra zurückziehen**

Das von der K+S AG beauftragte und vom Büro Ecoring durchgeführte Gutachten zur Gewässerqualität der Werra wird seit Monate in Fachkreisen kritisiert und als unwissenschaftlich und tendenziös bezeichnet. Im Gutachten getroffene Aussagen werden von unabhängigen Untersuchungen nicht bestätigt. Die anstehende Genehmigungsverfahren mache ein vom Verursacher K+S unabhängiges Gewässermonitoring erforderlich.

Schon am 22. November 2007 hatte einer der Gutachter, Dr. Bäche vom Büro Ecoring, im Hessischen Rundfunk Ergebnisse des Gutachtens vorgestellt. Nach seiner Aussage ist die Werra auch ohne die Salzbelastung durch die Kali-Industrie in einem schlechten Zustand; sie könne auf keinen Fall einen mäßigen oder guten Zustand erreichen. Ursache sei die Belastung der Werra durch unzureichend geklärte kommunale Abwässer aus Thüringen und durch die Landwirtschaft. Damit zielt Dr. Bäche offenbar auf ein §4 der EG-Wasserrahmenrichtlinie, welcher die K+S AG unter diesen Umständen ein Beibehalten ihrer gewässerschädigenden Entsorgungspraxis ermöglichen könnte.

Seit dem wird das Gutachten in Fachkreisen und auf Tagungen diskutiert und kritisiert, zuletzt auf der Anrainerkonferenz in Bremen. Eine im Jahre 2008 durchgeführte Überprüfung der damals bekannten Aussagen des Gutachtens durch Prof. Dr. Braukmann vom Fachbereich Gewässerökologie/Gewässerentwicklung der Universität Kassel, hat ein anderes Bild ergeben, als das Gutachten darstellen möchte. Ab der Einleitung der Salzlauge durch K+S im Raum Heringen bis Gersungen ändert sich die Werraflora drastisch. Unterhalb des hessischen Kalireviere ist die Werra der gegenwärtig am stärksten belastete Fluss Deutschlands. "Hauptursache ist eindeutig die Salzbelastung durch die Kali-Industrie.

Die Äußerungen von Dr. Bäche zur Belastungssituation der Werra sind wissenschaftlich nicht haltbar. Sie zielen vielmehr darauf ab, die Bedeutung der Salzbelastung zu verschleiern und zu relativieren", so Prof. Dr. Braukmann auf der Anrainerkonferenz in Bremen am 17.11.2008. Auch das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie HLUG ist anderer Ansicht als die K+S-Gutachter vom Büro Ecoring. In einer "Prognose zum ökologischen Zustand der Werra" vom März 2007 wird folgendes Fazit gezogen: "Hinsichtlich der biologischen Wassergüte wirkt sich der noch unzureichende Anschlussgrad an Kläranlagen in Thüringen nicht erheblich bis in den hessischen Werraabschnitt aus." Diese Aussage bezieht sich auf Untersuchungen, die im Jahre 2006 abgeschlossen waren. Seit dem hat sich der Anschlussgrad an Kläranlagen in Thüringen bereits verbessert.

Bezeichnenderweise veröffentlichen die K+S-Gutachter keine Daten über die Probeentnahmestellen, an denen man die hohe Belastung durch kommunale und landwirtschaftliche Abwässer festgestellt haben will. Limnologische Untersuchungen hängen aber entscheidend von der Wahl der Probeentnahmestelle ab. Ein Gutachten, das diese Daten unterdrückt, hat keinen wissenschaftlichen Aussagewert. Wir fordern K+S daher auf, auch diese Daten zu veröffentlichen oder aber das Gutachten zurückzuziehen, so Walter Hölzel.

Es entsteht sonst der Eindruck, die K+S AG habe ein Gefälligkeitsgutachten vorgelegt. Statt die erforderlichen genauen Angaben zu machen, betont K+S lieber, dass sich der Zustand der Werra seit der Übernahme des Kalireviere durch die K+S AG deutlich verbessert habe. Dieses Ergebnis sollte man auch erwarten, denn die K+S AG hat öffentliche Gelder in dreistelliger Millionenhöhe erhalten, um den zu DDR-Zeiten herrschenden Zustand der Werra zu verbessern. Leider wird übergegangen, dass sich der Zustand der Werra seit 1999 wieder verschlechtert hat, weil seit dem der Grenzwert für die Wasserhärte zweimal erhöht wurde und sich von 50°H auf 90°H fast verdoppelt hat. Allein solche Verzerrungen mindern den Aussagewert des Gutachtens erheblich.

Die Anrainerkonferenz fordert die K+S AG auf, der Öffentlichkeit nicht länger Sand in die Augen zu streuen und statt dessen bei ihren Abbau- und Aufbereitungsverfahren den Stand der Technik anzuwenden. "Wenn die K+S AG den Stand der Technik anwendet, wie er etwa im Betriebsplan des Florett-Konsortiums für die Grube Roßleben beschrieben ist, dann könnte sie schon vor dem Jahre 2015 auf die Einleitung von Salzlauge in die Werra ganz verzichten. Das so genannte "Maßnahmenpaket" ist noch nicht einmal technisch plausibel und vor dem Hinter-

grund der EG-Wasserrahmenrichtlinie auch nicht genehmigungsfähig". Die Werra-Weser-Anrainerkonferenz schließt sich der Forderung von Prof. Dr. Braukmann an, ein vom Interesse des Verursachers K+S unabhängiges ökologisches Gewässermonitoring für Werra und Weser zu initiieren. Das von der K+S AG vorgelegte Gutachten des Büros Ecoring kann wegen erheblicher Mängel nicht für die anstehenden Genehmigungsverfahren herangezogen werden, so Dr. Walter Hölzel, Vorsitzender der Werra-Weser-Anrainerkonferenz e.V. +++

| 20.01.2009, 11:08

Quelle: <http://www.fuldainfo.de/cms1/index.php?type=special&area=1&p=articles&id=3451>

Anrainerkonferenz Kritik an Gutachten zur Werra

Ein vom Düngemittelhersteller K+S veröffentlichtes Gutachten zur Reinheit des Flusses Werra hat Protest bei der so genannten Werra/Weser-Anrainerkonferenz ausgelöst. Das Gutachten, nach dem sich der ökologische Zustand der Werra verbessert hat, sei seit mehr als einem Jahr bekannt und werde in Fachkreisen als unwissenschaftlich und tendenziös bezeichnet, sagte Verbandschef Walter Hölzel in Witzenhausen bei Kassel.

Anrainer: Kaliabbau belastet Flusswasser.

Der Fluss werde nicht durch Landwirtschaft oder fehlende Kläranlagen, sondern durch die Kaliförderung belastet, hieß es weiter: "Unterhalb des hessischen Kalireviere ist die Werra der gegenwärtig am stärksten belastete Fluss Deutschlands."

Nach der Studie des Gutachterbüros Ecoring hat sich die Wasserqualität allerdings erheblich verbessert. Das Gutachten ist Teil der Auflagen, die Behörden dem Unternehmen gemacht hatten. Ecoring war vom Unternehmen und von den Umweltministerien Hessens und Thüringens ausgesucht worden.

"Die in dem Gutachten getroffenen Aussagen werden von unabhängigen Untersuchungen nicht bestätigt", heißt es nun von der Anrainerkonferenz, die aus etwa 20 Kommunen, Verbänden und Einzelpersonen besteht. Zwar habe sich die Qualität des Flusswassers seit Ende der DDR verbessert, dafür allerdings habe das Unternehmen auch Fördergelder in dreistelliger Millionenhöhe erhalten. Seit 1999 indes habe sich die Wassergüte wieder verschlechtert. Hauptgrund dafür sei eindeutig die Salzbelastung durch die Kali-Industrie.

Zuletzt aktualisiert: 20. Januar 2009, 11:55 Uhr

Quelle: <http://www.mdr.de/thueringen/nord-thueringen/6066581.html>

Witzenhausen

Ist Gutachten unseriös?

Werra-Weser-Anrainer-Konferenz fordert: K+S soll Papier zurückziehen

Von Werner Keller

WITZENHAUSEN. In der Diskussion um den Zustand der Werra hat der Verein Werra-Weser-Anrainer-Konferenz das Kasseler Unternehmen K+S aufgefordert, sein Gutachten zur Gewässerqualität der Werra zurückzuziehen.

In Fachkreisen werde das Papier als unwissenschaftlich und tendenziös bezeichnet. Die getroffenen Aussagen - angeblich hat sich der Zustand des Flusses in den vergangenen Jahren zunehmend verbessert - würden von unabhängigen Untersuchungen nicht bestätigt.

Die anstehenden Genehmigungsverfahren machten ein Gewässermonitoring erforderlich, das von K+S als Verursacher für die Salzabwassereinleitungen unabhängig sei.

Dr. Walter Hölzel, Erster Stadtrat in Witzenhausen, und Vorsitzender der Anrainer-Konferenz, verweist in einer Presseerklärung darauf, dass der von K+S beauftragte Gutachter Dr. Bätke vom Büro Ecoring Ergebnisse bereits im November 2007 vorgestellt habe. Nach seiner Aussage

sei die Werra auch ohne die Salzbelastung durch die Kali-Industrie in einem schlechten Zustand; sie könne auf keinen Fall einen mäßigen oder guten Zustand erreichen. Ursache sei die Belastung durch unzureichend geklärte kommunale Abwässer aus Thüringen und durch die Landwirtschaft.

Diese Aussage ziele offenbar auf Paragraph 4 der EG-Wasserrahmenrichtlinie ab, die der K+S-AG unter diesen Umständen ein Beibehalten ihrer Gewässer schädigenden Entsorgungspraxis ermöglichen könnte.

Aussagen nicht haltbar

Dazu die Anrainer-Konferenz: "Eine im Jahr 2008 durchgeführte Überprüfung der damals bekannten Aussagen des Gutachtens durch Prof. Dr. Braukmann von der Universität Kassel hat ein anderes Bild ergeben, als das Gutachten darstellen möchte. Ab der Einleitung der Salzlaugen durch K+S im Raum Heringen bis Gerstungen ändert sich die Werrafauna drastisch. Unterhalb des hessischen Kalireviers ist die Werra der gegenwärtig am stärksten belastete Fluss Deutschlands."

Hauptsache sei eindeutig die Salzbelastung durch die Kali-Industrie. Deshalb seien die Aussagen von Dr. Bäche wissenschaftlich nicht haltbar. Dr. Hölzel verweist außerdem auf die Position der Hessischen Landesanstalt für Umwelt. In einer Prognose zum ökologischen Zustand der Werra vom März 2007 hinsichtlich der ökologischen Gewässergüte wirke sich der noch unzureichende Anschlussgrad an Kläranlagen in Thüringen nicht erheblich bis in den hessischen Werra-Abschnitt aus.

Die Anrainer-Konferenz fordert das Kasseler Unternehmen auf, der Öffentlichkeit nicht länger Sand in die Augen zu streuen und stattdessen bei ihren Abbau- und Aufbereitungsverfahren den Stand der Technik anzuwenden. Dann könnte schon vor dem Jahr 2015 auf die Einleitung von Salzlauge in die Werra ganz verzichtet werden.

Das von K+S angekündigte Maßnahmenpaket ist nach den Worten von Dr. Hölzel technisch nicht plausibel und vor dem Hintergrund der EG-Wasserrichtlinie auch nicht genehmigungsfähig. K+S hatte 2008 ein Paket von 360 Millionen Euro beschlossen, mit dem spätestens bis 2015 die Abwassermenge aus der Produktion des Werkes Werra halbiert werden soll. Sie ziele auch darauf ab, die Anteile von Kalium und Magnesium zu senken. Denn für die Entwicklung der Werra zum naturnahen Gewässer sei der Chloridgehalt nicht allein entscheidend, sagt man bei dem Kasseler Unternehmen.

20.01.2009 | An den Anfang der Seite

Quelle:

http://www.hna.de/witzenhausenstart/00_20090120172811_Ist_Gutachten_unserioes.html

HNA

Witzenhausen

Salzfrei schon vor 2015 möglich

Hauptursache sei eindeutig die Salzbelastung durch die Kali-Industrie. Deshalb seien die Aussagen von Dr. Bäche wissenschaftlich nicht haltbar. Dr. Hölzel verweist zudem auf die Position der Hessischen Landesanstalt für Umwelt. In einer Prognose zum ökologischen Zustand der Werra vom März 2007 hinsichtlich der ökologische Gewässergüte wirke sich der noch unzureichende Anschlussgrad an Kläranlagen in Thüringen nicht erheblich bis in den hessischen Werra-Abschnitt aus.

Die Anrainer-Konferenz fordert das Kasseler Unternehmen auf, der Öffentlichkeit nicht länger Sand in die Augen zu streuen und stattdessen bei ihren Abbau- und Aufbereitungsverfahren den Stand der Technik anzuwenden. Dann könnte schon vor dem Jahr 2015 auf die Einleitung von Salzlauge in die Werra ganz verzichtet werden.

K+S will Abwasser halbieren

Das von K+S angekündigte Maßnahmenpaket ist nach den Worten von Dr. Hölzel technisch nicht plausibel und vor dem Hintergrund der EG-Wasserrichtlinie auch nicht genehmigungsfähig.

K+S hatte 2008 ein Paket von 360 Millionen Euro beschlossen, mit dem spätestens bis 2015 die Abwassermenge aus der Produktion des Werkes Werra halbiert werden soll.

Sie ziele auch darauf ab, die Anteile von Kalium und Magnesium zu senken. Denn für die Entwicklung der Werra zum naturnahen Gewässer sei der Chloridgehalt nicht allein entscheidend, sagt man bei dem Kasseler Unternehmen.

20.01.2009 | An den Anfang der Seite

Quelle:

http://www.hna.de/witzenhausensolo/00_20090120175742_Salzfrei_schon_vor_zweinulleinsfuehnf_moeglich.html

HNA

Witzenhausen

Meisten Fischarten haben keine Chance

Landesfischereiverband Hessen: Werra nach wie vor in schlechtem Zustand

KASSEL/WITZENHAUSEN. Der Landesfischereiverband Hessen hat den schlechten ökologischen Zustand der Werra beklagt. Die Werra müsse auch weiterhin sieben Millionen Kubikmeter Kalilauge pro Jahr verkraften. Die Konzentration von 2500 Milligramm pro Liter ab dem Pegel Gerstungen habe bewirkt, dass nicht einmal ein Drittel der der normalerweise in dem Fluss heimischen Fischarten dort zu finden sei.

Dies hänge mit der völlig veränderten Zusammensetzung der Flora und Fauna zusammen. Nur wenige Kleinlebewesen und Pflanzen könnten hier existieren, die eine hohe Salztoleranz haben. Dieser Zustand werde sich auch nicht spürbar verbessern, so lange die Gewässerbelastung durch das Unternehmen K + S so bleibe.

Zwar habe das Unternehmen 360 Millionen Euro zur Verringerung der Salzwassermenge bereitgestellt, jedoch dauere dies bei 2015 und werde der Werra erst einmal nichts bringen. Der Verband bezweifelt, dass K + S alles getan habe, um die Wasserqualität zu verbessern.

Mit Sorge verfolgen die Fischer die Diskussion des Runden Tisches. An ihm würden technisch machbare Varianten zur Verbesserung der Wasserqualität erörtert, aber leider keine genauen Zeitabläufe zur Umsetzung bestimmt. (wke)

23.01.2009 | An den Anfang der Seite

Quelle:

http://www.hna.de/witzenhausenstart/00_20090123105400_Meisten_Fischarten_haben_keine_Chance.html

HNA

Rotenburg

K+S verteidigt Gutachten

Untersuchung wurde wissenschaftlichen Ansprüchen gerecht - Paket wird umgesetzt

Philippsthal. Die K+S-Aktiengesellschaft hat sich in einer Pressemitteilung energisch gegen den Vorwurf der Weser-Anrainerkonferenz gewandt, das von ihr in Auftrag gegebene und Anfang Januar vorgestellte Gutachten zur Entwicklung der Wasserqualität in der Werra - HNA berichtete - sei unwissenschaftlich.

"Es wirft schon ein bezeichnendes Licht auf die Kritiker", erklärt K+S-Pressesprecher Ulrich Göbel, "wenn 15 punktuelle Stichproben, verteilt auf wenige Tage eines Jahres, für ausreichend gehalten werden, um wissenschaftliche Erkenntnisse in Zweifel zu ziehen, die aus der Auswertung Hunderter von Proben über mehrere Jahre abgeleitet wurden." Noch leichtfertiger, als es

hier vom Vorsitzenden der Anrainerkonferenz getan worden sei, könne man sich selbst wohl kaum als ernstzunehmender Gesprächspartner in Frage stellen.

Nicht zuletzt die uneingeschränkte Zustimmung der hessischen und thüringischen Fach- und Aufsichtsbehörden, auf deren Veranlassung das Gutachten in Auftrag gegeben worden sei, habe bestätigt, dass die Gutachter mit ihrer Arbeit allen wissenschaftlichen Ansprüchen gerecht geworden seien.

Ungeachtet dieser offenkundig unbegründeten Kritik werde K+S mit der Umsetzung des Ende Oktober 2008 beschlossenen Maßnahmenpakets wirksame Beiträge zur weiteren Verbesserung der ökologischen Bedingungen in Werra und Weser leisten, heißt es in der Pressemitteilung. Auch nach Einschätzung des Runden Tisches zur Werraversalzung seien für eine umfassende Sanierung der Flüsse alle belastenden Faktoren zu reduzieren. Bei dieser Aufgabe seien Anstrengungen aller Gewässernutzer gefordert. Konstruktive Beiträge in diesem Sinne sei die Anrainerkonferenz allerdings bisher schuldig geblieben. (red)

27.01.2009

uelle: http://www.hna.de/rotenburgstart/00_20090127182459_KS_verteidigt_Gutachten.html

7. Verschiedenes

Aktuell - 07.01.2009 - 05:29 Uhr

Werra seit 40 Jahren erstmals wieder zugefroren - Fotos hier

Seit 40 Jahren erstmals wieder die Werra zugefroren - dünne Eissicht auf dem Fluss - ein eisiges Naturschauspiel -

Gerstungen. Die Eiseskälte hat die Werra zufrieren lassen. Eisschollen treiben auf dem Fluss. Es liegt eine Zentimeter dünne Eisschicht über dem Gewässer, sagte uns Gerstungens Bürgermeister Werner Hartung. Seinen Angaben zufolge konnte das Naturschauspiel das letzte Mal in den 60ern bewundert werden.

Quelle:

http://www.antennethueringen.de/at_www/misc/voting/einfach/index.php?we_objectID=45426&pid=30682

HÖXTER

10.01.2009

Grüne fordern Nordsee-Pipeline

Meyer: "Landesregierung blockiert Lösung"

Höxter. Mit einer Anfrage an die niedersächsische Landesregierung macht der grüne Landtagsabgeordnete Christian Meyer Druck für eine langfristig tragfähige Lösung der Weserversalzung. "Das tägliche Abkippen von bis zu 200 Lkw-Ladungen Salzlauge in die Werra und damit in die Weser darf kein Dauerzustand werden. Neben der deutlichen Reduzierung des Salzanfalls durch Produktionsverbesserungen bei der K+S AG wollen wir für die dann noch bestehenden Abwässer die Möglichkeit einer Nordsee-Pipeline vorantreiben, um die Weser zu schützen".

Sowohl die Bremer Bürgerschaft, Wasserexperten, Umweltverbände und die Werra-Weser-Anrainerkonferenz der Kommunen sehen darin eine Möglichkeit um das Süßwassersystem der Weser vor weiteren ökologischen und ökonomischen Schäden durch die hohe Salzfracht zu schützen. Auch Landtagsabgeordnete in Thüringen und Hessen fordern, die Versalzung der Weser umgehend zu stoppen. Der Runde Tisch des hessischen Unternehmens K+S hat nun mittlerweile eine Nordseepipeline in die engere Wahl genommen und Machbarkeitsstudien erstellt. "Nur der niedersächsische Umweltminister Sander weigert sich zur Entlastung der Weser beizutragen. Er lehnt den Bau einer Pipeline ab und benutzt dazu fadenscheinige Argumente wie eine angeblich gravierende Beeinträchtigung der Nordsee. Warum die Einleitung der noch Jahrhunderte bestehenden Salzabwässer aus dem Kalibergbau in die Werra besser sein soll, als in ein großes Salzmeer erschließt sich auch keinem Wasserexperten", kritisierte Meyer den FDP-Politiker scharf. Da die Pipeline zur Entlastung der Weseranrainer überwiegend über niedersächsisches Gebiet geführt werden müsste, sei Niedersachsen hier in der Pflicht und kann nicht nur immer mit dem Finger nach Hessen und Thüringen zeigen, so die Grünen.

Außerdem sei es wenig glaubwürdig, einerseits eine Pipeline zum Schutz der Weser abzulehnen und andererseits als Landesregierung eine Pipeline an die Nordsee für die Einleitung von Millionen Kubikmetern Salz aus der für die Speicherung von Erdgas vorgesehenen Salzkavernen an der Ems zu unterstützen.

In der Landtagsanfrage wollen die Grünen nun wissen, warum die Landesregierung eine solche vom Runden Tisch vorgeschlagene Lösung blockiere.

Quelle: http://www.nw-news.de/nw/lokale_news/hoexter/hoexter/?cnt=2780524 (

10.01.2009

Beeinträchtigt Pipeline die Nordsee?**Kein Ende im Dauerstreit um Entsorgung der Kalilauge in Weser**

Höxter (tim). Es ist ein Dauerthema: Seit Mai 2007 kippt der hessische Düngemittelhersteller K+S mit Genehmigung des Regierungspräsidiums Kassel vermehrt Produktionsabfälle in die Werra, einen der beiden Quellflüsse der Weser - aktuell rund 200 Lkw-Ladungen Salzlauge pro Tag. "Das darf kein Dauerzustand sein", sagt der grüne Landtagsabgeordnete Christian Meyer. Er gehört zu den Befürwortern einer Pipeline, mit der die K+S AG ihre Salzlauge in die Nordsee leiten könnte. Der niedersächsische Umweltminister Sander lehnt die Baumaßnahme hingegen ab.

eyer: "Argument ist die angebliche Beeinträchtigung der Nordsee. Warum die Einleitung in die Werra besser sein soll als in ein großes Salzmeer, erschließt sich auch keinem Wasserexperten." Indes belegt eine ökologische Untersuchung der von K+S beauftragten Firma Ecoring eine Verbesserung der Wasserqualität - allerdings für den Zeitraum 2004 bis 2007.

Quelle: <http://mt-online.de/mt/lokales/regionales/?sid=eee153beeca2df59dc7f1f215f7495f6&cnt=2781264> (

17.01.2009

FDP gegen Pipeline**Argument: K+S soll vor Ort Salz reduzieren**

Hannover (Ini). **Im Streit um die Salzlauge-Entsorgung aus der Kaliproduktion hat der niedersächsische Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) erhebliche Bedenken gegen eine Pipeline zur Nordsee. Diesen Weg favorisierten am Freitag die Grünen im niedersächsischen Landtag.**

Sander sagte, die Nordseepipeline, die sich durch Niedersachsen erstrecken würde, führe nicht zu einer Verringerung der Menge an Salzabwasser vor Ort. Es müsse aber zuerst darum gehen, dass der Salzhersteller K+S die Salzbelastung reduziere.

Das Unternehmen will eine Pipeline von einem Werk bei Fulda zur Werra bauen, in der Diskussion ist aber auch eine Röhre bis zur Nordsee. Ein in Kassel tagender runder Tisch soll eine Lösung ausarbeiten.

Quelle: <http://mt-online.de/mt/lokales/regionales/?sid=a8fab90fab4e66a16e73f38d1763a0de&cnt=2793885>

HNA

Niedersachsen

Sander lehnt Salz-Pipeline ab

Umweltminister: K+S hat noch nicht alle Möglichkeiten geprüft, Salzentstehung zu vermeiden

Hannover. Im Streit um die Salzlauge-Entsorgung in die Werra hat der niedersächsische Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) eine Pipeline zur Nordsee abgelehnt. Diesen Weg bevorzugten am Freitag die Grünen im niedersächsischen Landtag.

Sander sagte, die Nordseepipeline, die sich durch Niedersachsen erstrecken würde, führe nicht zur einer Verringerung der Menge an Salzabwasser vor Ort. Es müsse aber zuerst darum gehen, dass der Salzhersteller K+S die Salzbelastung in Werra und Weser und die Abwasser-Menge reduziere. Der Minister sagte, er habe den Eindruck, K+S habe noch nicht alle Möglichkeiten geprüft, um zu einer Reduzierung der Salzbelastung zu kommen.

Das Kasseler Unternehmen will eine Pipeline von einem Werk bei Fulda zur Werra bauen, in der Diskussion ist aber auch eine 400 Kilometer lange Röhre bis zur Nordsee.

Derzeit werden pro Tag bis zu 200 Lastwagenladungen mit Salzlauge an die Werra gefahren und eingeleitet. Umweltschützer protestieren dagegen, weil Werra und Weser geschädigt würden.

Ein "Runder Tisch", der den Streit entschärfen soll, hat ein Gutachten zu einer Nordsee-Pipeline als Alternative zu einer Leitung zur Werra in Auftrag gegeben. Umweltminister Sander berichtete, es werde in dem Gremium auch über eine Leitung an die Weser diskutiert, diese lehne er aber ab. Den Grünen warf der Umweltminister zudem vor, mit der Favorisierung einer Pipeline zur Nordsee wollten sie K+S nur einen einfachen Weg aufzeigen, wie sie ihr Abwasser einleiten könnten. "Eigentlich ist es den Grünen egal, was mit der Nordsee passiert", schimpfte Sander. Der Grünen-Abgeordnete Meyer kritisierte dagegen, der Minister sei der einzige, der sich dieser Lösung verweigere. (Ini)

Von Monika Wendel

Quelle:

http://www.hna.de/niedersachsensolo/00_20090116185713_Sander_lehnt_Salz_Pipeline_ab.html

HNA

Hann. Münden

Fischfreunde sorgen sich

Jahreshauptversammlung: Mündener Verein diskutierte über Gewässerprobleme

Hann. Münden. Die Salzbelastung von Werra und Weser sorgte während der Jahreshauptversammlung der Fischfreunde zu den drei Strömen Hann. Münden für Gesprächsstoff. "Wir freuen uns, dass der öffentliche Druck auf K+S gestiegen ist. Die Klagebereitschaft vieler Kommunen stärkt unsere Einstellung, dass die zusätzliche Einleitung in die Werra eine biologische Katastrophe wäre", sagte Peter Geburt, Vorsitzender des Vereins, am Wochenende während des Treffens im Hotel Schmucker Jäger in Hann. Münden.

"K+S dürfte überhaupt kein Salz fördern, bevor nicht die umweltgerechte Entsorgung der Kalilauge gesichert ist", lautete die Meinung der Fischfreunde. Um die Einleitung zu verhindern, würden der Verein und die Fischereigenossenschaft Münden alle erdenklichen Maßnahmen ergreifen, heißt es in dem Bericht des Pressewarts Egon Frubrich. Auch der Bau von drei Kleinkraftwerken, der in den Vereinsgewässern geplant sei, beschäftigte die Fischfreunde.

Drei Wasserkraftwerke

"Das Kasseler Unternehmen Fulda Energie GmbH plant drei Wasserkraftwerke an den Staustufen Bonaforth, Wilhelmshausen und an der Werra", so die Fischfreunde. Helmut Jahn, Vorsitzender der Mündener Fischereigenossenschaft, forderte unter anderem, dass Fulda Energie das Aal-Warnsystem der Staustufe Wahnhausen an die Staustufen Wilhelmshausen und Bonaforth anschließt. Das bedeute, dass zum Schutz der Tiere nicht nur die Turbinen des E.on-Kraftwerks in Wahnhausen, sondern auch in Wilhelmshausen und Bonaforth gedrosselt würden, berichtet Frubrich.

Keine Jäger für Kormoran

Sorgen bereite den Fischfreunden auch ein Vogel: Der Kormoran habe sich durch seine steigende Population zu einem Problem für die Vereinsgewässer entwickelt. "Die Abschussverordnung ist zwar durch die niedersächsische Landesregierung geregelt, das Problem ist jedoch nicht gelöst", sagte Geburt. Es ließen sich kaum Jagd ausübungsberechtigte finden, die bereit seien, diese Vögel zu jagen. "Insofern haben wir jetzt eine prima Verordnung, aber keine Jäger", so Geburt.

Neben den Diskussionen standen auch Ehrungen auf dem Programm: Geburt zeichnete Werner Kulle und Heinz Hauk mit einer Urkunde für ihre 50-jährige Vereinsmitgliedschaft aus. Anglerkönig der Senioren wurde Stephan Wieland, Erster Ritter wurde Hans-Joachim Koschnik und

Zweiter Ritter Ayk Boymann. Zum Anglerkönig der Junioren wurde Kevin Schinke ernannt. Kein Grund zur Freude hingegen war der Abschied von Helmut Jahn: Nach mehr als 30 Jahren geht der Ausbildungsleiter der Fischerprüfung in den Ruhestand. Etwa 800 Angler habe Jahn ausgebildet und auf die Fischerprüfung vorbereitet.

Ein Dankeschön ging auch an Gewässerwart Siegfried Kalleta, der aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr für das Amt kandidierte. Hans Pechmann wurde zu seinem Nachfolger gewählt. (ric)

12.01.2009 | An den Anfang der Seite

Quelle: http://www.hna.de/muendenstart/00_20090112175543_Fischfreunde_sorgen_sich.html